Krupp, Siemens, Thyssen rüsten für einen neuen Raubkrieg
Seite 13

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 35, 1. September 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Viermal Lebensgefahr durch Militärmanöver

Giftgasmanöver in der Oberpfalz

Montag, 21. August 1978. In den Orten Kemnath und Döswitz sowie auf dem Buchberg im Landkreis Amberg-Sulzbach in der Oberpfalz verdorren Blumen und Pflanzen, Blätter färben sich braun. Menschen leiden an Atemnot, Kopfschmerzen und Übelkeit. Ein Bild, wie wir es von Seveso kennen, wo gefährliche Giftgaswolken einen schleichenden Tod mit sich brachten. Aber diesmal ist kein „Unglück" die Ursache des Schreckens. Diesmal ist es Absicht. Soldaten — wahrscheinlich Besatzertruppen — haben hier den Einsatz von chemischen Kampfstoffen geprobt!

Immer bedrohlicher wird das Treiben des Militärs bereits in Friedenszeiten. Das ist die Bilanz einer einzigen Woche:

21. August: Giftgasmanöver in der Oberpfalz. Die Behörden haben Ernteverbot im Umkreis von 15 Quadratkilometern verhängt. Die Folgen für die Menschen in dieser Region? Nicht abzusehen.

24. August: 77 Schüsse aus der Bordkanone eines Starfighters prasseln auf das Dorf Seeberg im Landkreis Reutlingen, in der Nähe des Truppenübungsplatzes Münsingen nieder. Elf von ihnen schlagen in Häuser des Ortes ein. Ein Geschoß findet sich sogar im Besteckkasten eines Küchenschranks wieder. Glücklicherweise waren die Bewohner im Urlaub...

25. August: Ein Starfighter stürzt ab und zerschellt auf einer Wiese. Das Unglück passiert 1 km (das sind fünf Flugsekunden!) von der Ortschaft Bieberberg im Landkreis Neu-Ulm entfernt.

25. August: Ein US-Militärhubschrauber explodiert in der Nähe der Ortschaft Eschenbach. Er war unterwegs vom Truppenübungsplatz Grafenwöhr nach Nürnberg. Alle drei Insassen sind tot.

Schluß mit dem Manöver- und Militärterror gegen die Werktätigen! (Ausführliche Berichte auf Seite 12 dieser Ausgabe.)

Wußten Sie schon...?

...daß in diesem Herbst weit über 200.000 Soldaten in Westdeutschland den Krieg proben werden? Die vier größten Manöver sind:

- **„Bold Guard" vom 19. bis 22.9. im Raum Schleswig-Holstein und in Dänemark. Beteiligt sind 65.000 Soldaten aus Amerika, Britannien, Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik.**
- **„Blaue Donau" vom 17. bis 21.9. im Raum Bayern. Beteiligt sind 46.000 Soldaten aus der Bundesrepublik, aus Kanada und den USA.**
- **„Certain Shield" vom 18. bis 28.9. im Raum Hessen. Beteiligt sind 56.000 Soldaten der NATO, darunter auch eine Brigade der Bundeswehr.**
- **„Saxon Drive" vom 18. bis 29.9. im Raum Niedersachsen. Beteiligt sind 33.000 Soldaten aus der Bundesrepublik, aus den Niederlanden und den USA.**



Hier ist am 24.8. in Seedorf einer von 77 Schüssen aus der Bordkanone eines Starfighters nur knapp neben dem Fenster eingeschlagen. Die Frauen empören sich mit Recht, der Schuß hätte auch sie treffen können.

Manteltarif-Verhandlungen bei Stahl:

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

In Krefeld begann die erste Verhandlung zwischen den Stahl-Unternehmern und der IG-Metall-Führung über den Manteltarifvertrag in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Zum ersten Mal steht hier die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zur Debatte.

Die IG-Metall-Bonzen haben schon seit Monaten zu erkennen gegeben, daß sie unter dem Kampf für die 35-Stunden-Woche nur die Einhandelung einiger Urlaubstage verstehen. Das müssen sie den Unternehmern bei handlungen erst richtig losgehen.

Die Stahlarbeiter kennen die Pläne der Stahl-Kapitalisten genau, die zigtausend Arbeitsplätze allein in NRW bedrohen. Sie fordern, daß diese Pläne zu Fall gebracht werden müssen. Auch deshalb schon ist es notwendig, daß der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich konsequent, ohne Abstriche, geführt wird. Nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition unterstützt vorbehaltlos die Forderungen der Stahlarbeiter!



Die RGO unterstützt den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das Bild zeigt eine RGO-Demonstration am 1. Mai 1978

der ersten Verhandlung auch schon offen gesagt haben. Denn die Stahl-Bosse ließen inzwischen verlauten, sie sähen „bei der IG Metall die Einsicht, daß Arbeitsmarktprobleme nicht mit der 35-Stunden-Woche zu lösen sind." So schreiten die IGM-Bonzen schon zum offenen Verrat an den Forderungen der Stahlarbeiter, bevor die Ver-

Antifaschistische Demonstration in Weinheim

Etwa 200 Antifaschisten demonstrierten am Samstag, den 19.8.78 auf einer Kundgebung in Weinheim gegen den Landeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten" (Jugendorganisation der NPD), für den die Stadt ein Haus zur Verfügung gestellt hatte.

150 von ihnen, die nach einer Veranstaltung im Saal nicht dort bleiben wollten, während die Neonazis draußen einen Fackelzug durchführten, zogen dann in einem spontanen Demonstrationszug auf die Straße. Die Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten" wurde von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt (siehe auch Seite 16 dieser Ausgabe).

Scheunenbrand:

40 Menschen vergiftet

Letzten Donnerstag nachmittag, 17 Uhr: In Zeitlarn bei Regensburg fängt eine Scheune an zu brennen. Einwohner versammeln sich an der Brandstelle, die Feuerwehr rückt an. Jedoch erst gegen Abend, als sich bei Kindern und Feuerwehrleuten Vergiftungserscheinungen bemerkbar machen, wird klar, was hier eigentlich gebrannt hat: 60 Zentner des Kunstdüngers Nitrophoska (Blaukorn), der beim Verbrennen und Löschen hochgiftige Stickoxide freisetzt!

Niemand hatte davon gewußt. Nun war jedoch höchste Eile geboten. Denn schon nach wenigen Stunden können durch Einatmen der Gase schwere Lungenschäden auftreten, die auch tödlich verlaufen können. Das alarmierte bayrische Umweltamt hatte zunächst jedoch nichts besseres zu tun, als einen Meßwagen (!) an den Brandort fahren zu lassen. Endlich, sieben Stunden nach Beginn des Brandes, schien dann auch das Umweltamt zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß sich hier ein Unglück mit nicht vorhersehbaren Folgen ereignet hatte. Man gab um Mitternacht Katastrophenalarm, 20 Familien aus benachbarten Häusern wurden evakuiert, um am nächsten Tag wurde die Bevölkerung, die sich am Brandort aufgehalten hatte, über Radio aufgefordert, sich untersuchen zu lassen. Traurige Bilanz: 800 Personen ließen sich untersuchen, 20 davon mußten gleich in der Klinik bleiben, 20 Kinder wurden in die Regensburger Kinderklinik eingeliefert.

„Vergangenheitsbewältigung" nach Art von Scheel

Mit der „Affäre Filbinger" haben sich schon viele beschäftigt. Zuletzt Franz-Josef Strauß, der sich vor kurzem für eine Generalamnestie für NS-Verbrecher ausgesprochen hatte.

Jetzt hat sich auch Bundespräsident Walter Scheel zu Wort gemeldet. Im Fernsehen erklärte er: „In Wahrheit werden die Assistenten in die Archive geschickt, um festzustellen, wie es denn mit der persönlichen Verantwortung des anderen gewesen ist. Das scheint mir eine Entartung der Bewältigung der Vergangenheit zu sein." Fordert Strauß, die verurteilten NS-Verbrecher freizulassen, will Scheel, daß es erst gar nicht zu einer Verurteilung kommt. Denn: Wenn nicht nachgeforscht wird, kann bekanntlich auch nicht verurteilt werden. Scheel meinte, „eine Auseinandersetzung über die jüngere Vergangenheit könnte zu einer Gefahr für die demokratische Entwicklung werden".

Er meint wohl eher, eine solche Auseinandersetzung kann zur Gefahr für einige bürgerliche Politiker werden, wie in den Fällen Puvogel oder Filbinger. Und wer weiß, wer da nicht sonst noch so alles Dreck am Stecken hat... Wenige sicher nicht. Scheel braucht sich dabei eigentlich gar nicht so in die Bresche zu werfen. Es ist doch allgemein bekannt, daß in NS-Prozessen die Nazi-Verbrecher geschont werden, wie allein die Zahl von 6.000 Verurteilungen bei 74.000 Untersuchungsverfahren belegt.

Es geht hier im Kern auch um etwas anderes. Scheel, der sich auch für die Freilassung der NS-Größe Rudolf Heß stark machte, leistet hier Schützenhilfe für Leute wie Filbinger, die Mörder von Majdanek, für die Reaktivierung nazistischen Gedankenguts, für die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates.

Zweierlei Maß

Bisher war es Regel Nr. 1 in westdeutschen Justizkreisen: Wer sich im politischen Kampf zur Gewalt bekennt oder dabei Gewalt ausübt, der gilt nicht als „Politischer", der ist ein gewöhnlicher „Gewaltverbrecher". So wurde gegenüber den Gefangenen der RAF verfahren, so werden Angeklagte behandelt, die bei militanten Demonstrationen festgenommen werden. Auf diese Weise wurde die Auslieferung von Rechtsanwalt Croissant aus Frankreich betrieben.

Aber plötzlich hört man es anders. Im Falle des kroatischen Faschisten Damir Petric aus Bochum nämlich, Mitglied der auch in der Bundesrepublik verbotenen faschistischen Bande „Kroatische Revolutionäre Bruderschaft". Obwohl dieser Bande Morde und andere Gewaltverbrechen vorgeworfen werden, sieht das Oberlandesgericht Hamm in Petric keineswegs einen gewöhnlichen „Gewaltverbrecher", sondern — man höre und staune — einen politischen Straftäter. Aus diesem Grund, so das Oberlandesgericht, könne Petric auch nicht an den jugoslawischen Staat ausgeliefert werden.

Das zeigt deutlich, was von den Sprüchen über die „Unvereinbarkeit von Politik und Gewalt" zu halten ist, die in Bonn und in den Gerichtssälen immer dann geklopft werden, wenn es gegen die Linken geht. Unvereinbar sind für diese Herren Politik und Gewalt eben nur dann, wenn sich beides gegen sie richtet. Faschistische Politik und faschistische Gewalt passen dagegen in ihren Augen sehr gut zusammen.

„Freundschaftsmedaille" für Axel Springer

Auf diesen Orden wird er besonders stolz sein, der Herr Zeitungsverleger Axel Springer. Immerhin hat er ihn bekommen für sein „unermüdliches und entschiedenes Eintreten für die Freiheit aller und seinen entschlossenen Widerstand gegen Totalitarismus".

Die „American Friendship Medal" (Freundschaftsmedaille) wurde ihm in Westberlin vom langjährigen Gouverneur von Texas, John B. Conally, überreicht. Conally meinte außerdem, niemand setze sich in diesen Tagen stärker für die Freiheit ein als Springer. Klar, Axel Springer setzt sich für die Freiheit ein: für die „Freiheit" seines riesigen Zeitungsverlages, Lügengeschichten und Verdummungsartikel in Millionenauflage zu verbreiten. Für die „Freiheit", der Polizei, gezielte Todesschüsse abzugeben. Für die „Freiheit" eines Rudolf Heß und anderer Nazi-Verbrecher. Für das „freie" Unternehmertum, sprich die „Freiheit" der Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten, usw. Daß das alles Verdienste sind, für die der Springer nun wirklich einen Orden verdient hat, begründet Conally dann so: Menschliche Freiheit sei auch immer mit wirtschaftlicher Freiheit verbunden, die am besten durch freies Unternehmertum garantiert werde. Daß das nun genau anders herum richtig ist, wissen auch Springer und Conally. Aber dafür gibt es keinen Orden...

Nach der „Panne" — Verstärkte Terroristenhysterie

Die Bonner Politiker sind mal wieder in heller Aufruhr. Schuld daran: die „Panne". In einer Talschlucht im Odenwald verloren die Fahnder vom BKA die vermeintliche Spur von „drei der meistgesuchten deutschen Terroristen" — wie es hieß. Vorher hätten die drei mindestens vier Hubschrauberflüge im süddeutschen Raum unternommen. Um vom Hubschrauber aus „Anschläge zu verüben", „Bomben zu werfen", „prominente Politiker im Hubschrauber abzuschießen", „Gefangene zu befreien" usw., wußten die Zeitungen zu berichten.

Ernst Albrecht hat ja alles schon vorher gewußt. Schon vor einiger Zeit ließ der niedersächsische Ministerpräsident die erstaunte Öffentlichkeit wissen, er sei im Bilde über ein geplantes Mordkomplott. Und wie auf Bestellung hatte er dann einige Wochen später seine Bestätigung. Zufall? Für die Bourgeoisie war es eine „Panne".

Aber — wie bereits bei den Morden in Stammheim — gibt es auch bei der jüngsten Terroristengeschichte eine Menge Ungereimtheiten, müssen sich die Herren vom BKA eine Menge unliebsamer Fragen gefallen lassen. Wie z. B. haben die Fahnder des BKA die Spur verloren? Mittlerweile gibt es darüber allein drei verschiedene Versionen:

Etwa so: „Bei der Verfolgung im PKW glaubten die Kriminalbeamten, die Aufmerksamkeit der Verfolgten erregt zu haben und stiegen aus, um die Verfolgung zu Fuß fortzuführen" („Tagesspiegel"). Oder so: „Auf einer schwierigen Geländestrecke seien die mutmaßlichen Terroristen plötzlich in einem Dorf um einen Bauernhof herumgefahren und hätten die Landstraße beobachtet. Die BKA-Beamten, die nicht auffallen wollten, hätten vorbeifahren müssen und so die Spur verloren" („Frankfurter Rundschau"). Oder so: „Die Beobachteten versuchten die Verfolger abzuschütteln. Das gelang ihnen bei einem kleinen Weiler im Odenwald" („FAZ"). Und wo waren die anderen vier der insgesamt fünf Verfolgerfahrzeuge zu diesem Zeitpunkt? Und ist es nicht seltsam, daß gerade die geschulten BKA-Beamten die drei angeblichen Terroristen nicht erkannt haben wollen? Und wenn die drei mit der Absicht, „Bomben zu werfen" die Hubschrauberflüge unternommen haben, warum konnten sie dann unter den Augen des BKA noch zu einem vierten Flug aufsteigen? Warum haben die Beamten des BKA nicht zugegriffen? Offensichtlich ist doch nichts leichter als das gewesen.

Wie dem auch sei. Albrechts Mutmaßungen über „Mordkomplotte", Berichte wie der im „Spiegel" über die Tätigkeit „Revolutionärer Zellen" und nun die „Panne" — das alles ist mal wieder der willkommene Anlaß für eine verschärfte Terroristenhysterie. Da werden im gesamten Bundesgebiet Büros von Rechtsanwälten durchsucht. Rechtsanwalt Funke wird vorübergehend festgenommen. Da werden die Zellen politischer Häftlinge zum x-ten Mal durchsucht. Die Bevölkerung muß auf verschiedenen Autobahnen Polizeikontrollen mit MPs über sich ergehen lassen. Da wird eine „Meldepflicht für Hubschrauberflüge" erwogen. So etwas muß man sich einmal vorstellen. Demnächst müssen wir wohl auch schon melden, wenn wir mit der Eisenbahn fahren wollen oder unseren Wagen aus der Garage holen! Und der Innenminister von NRW, Hirsch, gibt bekannt, daß in den nächsten eineinhalb Jahren die Polizei in diesem Bundesland um 2.800 Beamte aufgestockt wird, so daß dann auf 400 Einwohner ein Polizist kommt. Überhaupt ist die „Panne" für die Bonner Politiker der willkommene Anlaß, immer wieder die Frage zu stellen, ob ihr ganzer Gewalt-, Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparat nicht viel zu klein sei.

Den Ruf nach dem „starken Staat" erhebt natürlich auch die bürgerliche Presse. Und wie sich die Zeilen gleichen. So die „Bild": „Mit Samthandschuhen Mörder jagen, geht das? Man trug liberale Samthandschuhe." Und die „UZ" der DKP: „Wie kommt es, daß bei der Fahndung nach den drei Verdächtigten offensichtlich mit Samthandschuhen vorgegangen wurde...?" Sie schwören den „heißen Terrorherbst" herbei. Was sie damit meinen: Unter dem Deckmantel der „Terroristenbekämpfung" soll die politische Unterdrückung und Bespitzelung weiter vorangetrieben werden, soll der staatliche Gewaltapparat gegen die Werktätigen weiter ausgebaut werden.

Die „Rote-Hilfe"-Zeitung in neuem Gewand



Die Septembernummer der Zeitung „Die Rote Hilfe" ist erschienen — diesmal in neuer Aufmachung. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe heißt: „Politische Unterdrückung in den fünfziger Jahren".

Bestellungen an: Rote Hilfe Deutschlands, Postfach 215, 4600 Dortmund 1.

Kurz berichtet

Dortmund

Es stand im letzten „Roten Morgen": Seit dem 1. August sind in NRW neue Schulgesetze in Kraft. Auf der gleichen Seite berichteten wir über einen Schulstreik in Dortmund. Eltern und Kinder setzen sich so für einen Lehrer ein, der versetzt worden war, weil er gegen prügelnde Lehrer an der Grundschule Stellung genommen hatte.

Beides war aktueller Anlaß für die Gründung einer „Initiative gegen die Schulmisere" in Dortmund. Lehrer und Eltern haben sich hier in der letzten Woche zusammengeschlossen, um gemeinsam den Kampf gegen Bildungsnotstand, reaktionäre Schulgesetze, Prügelstrafe an den Schulen und andere Mißstände zu führen. Die erste Aktivität der „Initiative gegen die Schulmisere": Sie solidarisierte sich mit dem Kampf der Eltern an der Dortmunder Grundschule und schickte eine entsprechende Erklärung unter anderem an die örtliche Presse, die sie auch abdruckte. Zum zweiten Mal will die Initiative in dieser Woche aktiv werden. Bei einer „Aufklärungsveranstaltung" von Kultusminister Girgensohn über die neuen Schulgesetze wollen auch die Eltern und Lehrer der Initiative dafür sorgen, daß Eltern und Schüler tatsächlich etwas Aufklärung über die neuen Gesetze bekommen.

Berichtigung

Große Verwunderung hat unsere Meldung über den Solidaritätsausflug der RHD im letzten „Roten Morgen" bei den Teilnehmern dieses Ausflugs ausgelöst. Lasen sie doch, heimgekehrt aus dem münsterländischen Olfen, daß sie — laut RM — im sauerländischen Olpe gewesen waren. Wir bitten selbstverständlich um Entschuldigung.



Beim Ausflug

Hannover

Etwa 100 Antifaschisten versammelten sich am vorletzten Samstag in der Hannoverschen Innenstadt am Kröpcke, als dort die Faschisten der NPD eine Kundgebung abhalten wollten. Den 35 Jungnazis wurde immer wieder entgegengerufen: „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk" und „Nazis raus aus Hannover!", und so ihre Kundgebung gestört. Genossen der Roten Garde hatten den Tag davor direkt am Kundgebungsort sowie an einer anderen Stelle Parolen gegen die Faschisten gemalt und beteiligten sich an der antifaschistischen Aktion.

Offen gesagt...

Der Nachfolger



Pferdewechsel in Baden-Württemberg. Nach Filbinger unfreiwilligem Abgang ist nun ab dem 1. September sein ehemaliger Innenminister an der Reihe. Es war nie zu spät — für Lothar Späth, wenn es um seine recht steile Karriere ging. 1967 kaum der CDU beigetreten, wurde er ein Jahr später schon Abgeordneter im Landtag. Vier Jahre danach avancierte er zum Fraktionschef. Im Windschatten Filbingers ließ es sich gut segeln, und 1974 war Späth Innenminister. Und was ein „rechter" Politiker sein will, der braucht natürlich auch seinen Posten in der Wirtschaft. Und wo landete unser Freund Späth? Bei der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat" — im Vorstand! Offensichtlich konnte die Gewerkschaft ihn recht gut gebrauchen.

Diesem Herrn Lothar Späth hinterläßt Filbinger ein „wohlbestelltes Haus" (Rücktrittserklärung). Was er damit wohl meint? Die Berufsverbotspraxis, Radikalenerlaß, brutale Polizeieinsätze gegen die Whyler Winzer, die politische Entrechtung und Knebelung der Studenten jedenfalls — das alles „gedieh" in diesem Hause ja recht gut. Und der Herr Späth hat bei der „Bestellung" kräftig mitgeholfen. Immerhin war er als Innenminister für das alles genauso verantwortlich wie der Ministerpräsident. Späth mag das aber gar nicht so gerne hören. Er gibt sich „liberal" und ordnet sich der „Mitte des Spektrums in der CDU" zu. Wo immer das auch sein mag — Reaktionär bleibt Reaktionär, und Späth wird sich sicherlich als „würdiger" Nachfolger des ehemaligen Nazi-Marine-Richters erweisen. Für die Werktätigen in Baden-Württemberg wird sich jedenfalls durch diesen Austausch nichts ändern.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



1918/19 — 1968/69 — 1978/79

Vorwärts mit der KPD/ML!

In wenigen Monaten, zur Jahreswende 1978/79, jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag der Gründung der KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns. Am gleichen Tag wird unsere Partei, die KPD/ML, 10 Jahre alt.

Dies ist für unsere Partei zum einen Anlaß zurückzublicken. Zurück auf die stürmische Zeit der Novemberrevolution, als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg das Banner des revolutionären Marxismus, das die sozialdemokratischen Verräter in den Schmutz getreten hatten, wieder erhoben und im Feuer des revolutionären Massenkampfes die neue Vorhutpartei der deutschen Arbeiterklasse, die KPD, gründeten; zurück auf die heroischen Tage des Hamburger Aufstands, wo die Hamburger Arbeiter unter Führung von Ernst Thälmann die deutsche Bourgeoisie für einen Augenblick an den Rand des Abgrunds trieben; zurück auf die furchtbare Zeit, als sich die Nacht des Faschismus über Deutschland senkte und unzählige im mutigen und aufopferungsvollen Kampf für die Freiheit des Volkes ihr Leben ließen; zurück auf die Zeit nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus, als im Osten Deutschlands — wenn auch nur für wenige Jahre — zum ersten Mal die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern die Staatsmacht in der Hand hielt und den Sozialismus aufbaute, als im Westen Deutschlands die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen unter Führung der KPD gegen Wiederaufrüstung und Refaschisierung, für ein einiges, freies und sozialistisches Deutschland kämpften.

Zurück aber auch auf die Zeit, als Renegaten wie Reimann und Ulbricht den Kampf der deutschen Arbeiterklasse im Westen und im Osten unserer Heimat verrieten, als sich die KPD in eine Agentur der Bourgeoisie verwandelte und die DDR in ein sozialfaschistisches, kapitalistisches Regime. In diesen Tagen waren es einige wenige wahre Marxisten-Leninisten, die, dem Vermächtnis von Karl Marx, Friedrich Engels, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann treu, im Kampf gegen den revisionistischen Verrat die Vorhutpartei der deutschen Arbeiterklasse neu aufbauten und zur Jahreswende 1968/69 die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten gründeten. Von Anfang an hat unsere Partei für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in ganz Deutschland gekämpft, war es unser Ziel, ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu errichten. Deshalb war es ein entscheidender Erfolg, den unsere Partei erringen konnte, daß sich zur Jahreswende 1975/76 auch in der DDR die KPD/ML gründete.

Im Westen wie im Osten hat die Partei in den zurückliegenden Jahren zahlreiche große und zahllose kleine Kämpfe geführt, sich auf vielerlei Weise bemüht, die revolutionäre Einheit der Werktätigen gegen den Kapitalismus zu schmieden und Kämpfer für die proletarische Revolution, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus zu gewinnen. Auch wenn unsere Partei noch jung ist, auch wenn sie nicht auf so wichtige Kampferfahrungen zurückblicken kann wie die KPD, so hat sie doch ihre Geschichte. Und aus dieser Geschichte, aus den Erfolgen wie aus den Fehlern unserer Partei, gilt es, die Lehren zu ziehen.

Denn als Kommunisten blicken wir anläßlich dieses historischen Jahrestages nicht nur zurück. Wir blicken vor allem nach vorn. Wir nehmen diesen Jahrestag zum Anlaß, um die Aufgaben, die zur Erreichung unseres großen Zieles vor uns stehen, klar zu bestimmen und mit revolutionärer Energie anzupacken. Und das heißt im Hinblick auf die sich in den nächsten Jahren mit Sicherheit erheblich verschärfenden Klassenkämpfe vor allem: Wir müssen uns tiefer in den Massen verankern! Wir müssen die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten des Volkes schmieden und an der Revolution festhalten!

Erzählwettbewerb:

Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML

Anläßlich des 10. Jahrestags unserer Partei ruft das Politbüro der KPD/ML alle Freunde und Genossen zu einem Erzählwettbewerb unter dem Motto „Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML" auf. Viele Genossen werden sich im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag erinnern: An diesen oder jenen Kampf der Werktätigen, in den sie als Parteigenossen eingegriffen haben; an diese oder jene mutige Aktion gegen den Klassenfeind; an diesen oder jenen Kollegen, den sie für die Partei gewonnen haben; an dieses oder jenes Ereignis aus dem Leben der Partei, das sie besonders bewegt oder besonders gefreut hat.

Genossen, behaltet diese Erinnerungen nicht für euch. Schreibt diese Ereignisse, seien sie groß oder klein, auf. Ob ihr humorvoll schreibt oder ernst, ob ihr die Form der Anekdote, der Reportage, der Erzählung oder der Kurzgeschichte wählt, bleibt euch überlassen. Wählt die Form, die dem Inhalt angemessen ist. Aber wählt nicht zu lange, worüber und wie ihr schreiben wollt. Denn wir wollen die drei besten Einsendungen bereits in der traditionellen Sondernummer des „Roten Morgen" zum Jahresende veröffentlichen. Und denkt nicht: Ich kann das nicht. Vor allem der Artikelwettbewerb des „Roten Morgen" im letzten Jahr hat schlagend bewiesen, daß es Dutzende von „unentdeckten" Schreibtalenten in unseren Reihen gibt.

Hier die Teilnahmebedingungen:

— Mitmachen kann jeder, der eine Anekdote, Erzählung oder Kurzgeschichte zum Thema „Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML" verfaßt.

— Euer Beitrag zum Erzählwettbewerb soll nicht länger als 200 Manuskriptzeilen sein.

— Einsendeschluß (Datum des Poststempels) ist der 1. 12. 1978.

— Ausgewertet für den Wettbewerb werden nur solche Einsendungen, die mit dem Stichwort „Aus dem Leben und dem Kampf der Partei" und mit einem Absender (Adresse oder Stichwort/Parteibüro) versehen sind.

— Die Verfasser der drei besten Beiträge zum Erzählwettbewerb erhalten eine Auszeichnung.

— Alle Teilnehmer des Erzählwettbewerbs erhalten einen Trostpreis.

100.000 DM für die KPD/ML!

Das Zentralkomitee der KPD/ML hat auf seinem V. Plenum beschlossen, die Parteigenossen und alle Freunde der Partei anläßlich des 10. Jahrestages der KPD/ML zu einer Spendenkampagne aufzurufen. Das Ziel, das wir bis zum 10. 1. 1979 erfüllen wollen, heißt:

100.000 DM für die KPD/ML!

Die Partei, die keine anderen Geldquellen hat als die Beiträge und Spenden von den Mitgliedern, von den Arbeitern und den anderen Werktätigen, braucht dieses Geld, um besser und mehr als bisher in die Klassenkämpfe eingreifen zu können, um ihre Aufgabe, die revolutionäre Einheitsfront der Werktätigen gegen den Kapitalismus zu schmieden, besser erfüllen zu können. Denn bekanntlich ist im Kapitalismus nichts umsonst. Und das gilt natürlich auch für die revolutionäre Arbeit unserer Partei. Zwar ist das gesteckte Ziel hoch. Das wissen wir sehr gut. Aber wir sind überzeugt davon, daß wir es gemeinsam auf jeden Fall erfüllen, wenn nicht sogar übererfüllen können!
Wir werden die eingehenden Spenden von der nächsten Nummer an regelmäßig im „Roten Morgen" veröffentlichen. Spendet auf die Konten der KPD/ML:

PSchA Dortmund Kto.-Nr. 6420-467
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321004547

Stichwort: 10. Jahrestag

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

38 krebserregende Arbeitsstoffe

38 krebserregende Arbeitsstoffe hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihrem diesjährigen Bericht über gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe aufgeführt. Bei einer Reihe weiterer Stoffe muß nach Ansicht der Deutschen Forschungsgemeinschaft geprüft werden, ob sie auch in diese Liste aufgenommen werden müssen.

Zu den krebserregenden Stoffen, die neu in die Liste aufgenommen wurden, gehören das teer-, terröl- und pechhaltige Bitumen, Zinchromat, 1,2-Dibrom-3-Chlorpropan, 2-Nitronaphtalin und 2-Nitropopan. 38 — wahrscheinlich noch viel mehr — krebserregende Arbeitsstoffe! Das bedeutet: Tausende und Abertausende Werktätigen, die ahnungslos ihrer Arbeit nachgehen, laufen dabei Gefahr, krebskrank zu werden! Denn entsprechende Schutzmaßnahmen gibt es kaum. Sie würden ja den Profit der Kapitalisten schmälern.

Fordern wir deshalb: Information der Belegschaften über krebserregende Arbeitsstoffe! Wirksame Schutzmaßnahmen! Anerkennung von Krebs als Berufskrankheit!

Unternehmerverband fordert Privatisierung der Bundesbahn

Am 25.8.78 in der Fernsehsendung „Plus-Minus", forderte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, die Privatisierung der Bundesbahn. Und zwar stellt sich dieser Unternehmerboss das folgendermaßen vor: Der Ausbau des Schienennetzes und die Wartung sollen beim Staat bleiben. Den Schienenverkehr, die Güter- und Personenbeförderung übernehmen private Gesellschaften. Die in diesem Bereich Beschäftigten werden dann natürlich auch keine Beamten mehr sein, sondern „normale", sprich: kündbare, Arbeiter und Angestellte.

Für die Kapitalisten wäre diese Art Sanierung der Bundesbahn mit Sicherheit ein Riesengeschäft. Denn die Hauptkosten würde ja weiterhin der Staat tragen. Sie könnten dagegen den Gewinn einstreichen. Für die Werktätigen aber hätte eine solche Regelung katastrophale Folgen. Nicht nur, daß sie über ihre Steuergelder den Unternehmern das Schienennetz und dessen Wartung finanzieren müßten. Vor allem würde eine solche Regelung bedeuten, daß zügellos rationalisiert wird, daß erheblich radikaler als bisher schon „unrentable" Bahnstrecken stillgelegt werden, daß ein beträchtlicher Teil der heute mit der Güter- und Personenbeförderung Beschäftigten entlassen würde.

Deshalb ist unsere Antwort: Nein zur Privatisierung der Bundesbahn!

Warnstreik in Krupp-Gießerei

Über 100 Beschäftigte der Krupp-Gießerei in Essen legten in der vorletzten Woche für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Ihre Forderung: Genaue Information über Pläne zur Stillegung von Teilen der Gießerei.

Trotz Aussperrung: Firma muß zahlen

Zum ersten Mal nach bereits 22 Verfahren hat jetzt ein Arbeitsgericht zwei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Recht gegeben, die dagegen geklagt hatten, daß die Firma Meyerhofen, Fries und Co., sie während des Druckerstreiks ausgesperrt und ihnen keinen Lohn gezahlt hatte. In der Urteilsbegründung hieß es unter anderem, der Arbeitgeber könne die Aussperrung nicht mit der notwendigen Herstellung von „Waffengleichheit" begründen. Im Gegenteil werde durch die Aussperrung ein Ungleichgewicht der Kräfte zugunsten der Unternehmer hergestellt. Die Unternehmer haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

SKF: IGM-Apparat stimmt 44-Stunden-Woche zu

Seit Anfang August heißt es für die Hälfte der Belegschaft bei SKF in Stuttgart an jedem zweiten Samstag: Statt Erholung, Maloche bei SKF. Mit Zustimmung des Betriebsrates. Und was ist mit dem IGM-Apparat, dessen Vertreter seit einiger Zeit immer wieder betonen, sie seien für die 35-Stunden-Woche? Auch sie unternahmen nichts, wenn per Sonderschichten den Arbeitern sogar die 44-Stunden-Woche abverlangt wird! Die Partei hat dies alles in einem Flugblatt aufgegriffen. Ihre Forderung: „Konsequenter Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Nein zu Sonderschichten und Überstunden!"

Sonderschichten sind gegen die Interessen der Kollegen!

Seit dem 5.August: Sonderschichten für über die Hälfte der Arbeiter. Statt eines erholsamen Samstags: Malochen bei SKF. Und das bis Ende des Jahres.

SONDERSCHICHTEN - SONDERPROFITE FÜR RATIONALISIERUNGSMASSNAHMEN

Sonderschichten werden nicht eingeführt, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten, sondern um für die SKF-Bosse mehr Profite herauszuholen. Für sie ist es billiger, uns Überstunden machen zu lassen, Sonderschichten einzuführen, als neue Arbeitsplätze zu schaffen. Für sie steht im Vordergrund die größtmöglichste Ausnutzung der Maschinen. Ihre Mittel: weitere Rationalisierung, weiterer Abbau der Belegschaft, 3-Schichten-System, Konzentration der Produktion im Bau 24 (Schließung der Gebäude südlich des Bahngleises).

Mit diesen Sonderschichten soll auch der Produktionsausfall aus den Streikwochen reingeholt werden und der Nebeneffekt ist, daß die Magazine für die kommenden Tarifkämpfe gefüllt werden. →

Bei all dem liegt ihnen nicht unser Wohlergehen am Herzen, wie sie uns immer weismachen wollen. Dies zeigt sich nur allzudeutlich am ständigen Abbau der Sozialleistungen: Streichung des Weihnachtsgeldes für Rentner, Schließung des Schwimmbads, Schließung des Wohnheims.

Sonderschichten bedeuten Raubbau an unserer Gesundheit. Schon jetzt ist die Hetze so groß, daß die Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche immer stärker werden. Stattdessen verpassen uns die SKF-Bosse eine 44-Stunden-Woche.

Und all dies läuft unter der stillschweigenden Zustimmung der IGM-Ortsverwaltung, deren Vertreter Gnann auf der gestrigen Betriebsversammlung keinen Ton dagegen gesagt hat, daß die Unterschrift des Betriebsratsvorsitzenden Eberle unter der Betriebsvereinbarung steht. Die IGM beweist einmal mehr, daß die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei ihnen nur auf dem Papier steht.

Erneut [illegible] daß wir den Kampf für die 35-Stunden-Woche [illegible]

Manteltarifrunde Eisen und Stahl

35-Stunden-Woche nur in Worten

In der vergangenen Woche kamen die Vertreter des IGM-Apparats und der Stahlkonzerne in Krefeld zur ersten Verhandlungsrunde über einen neuen Manteltarifvertrag für die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen zusammen. Die IGM-Bonzen geben vor, sich bei dieser Manteltarifrunde für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich stark zu machen. In Wahrheit aber denken sie überhaupt nicht daran, wirklich für die Durchsetzung dieser Forderung einzutreten.

Der Essener Bezirksleiter der IG Metall, Kurt Herb, hat bereits mehrfach betont, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche „nur schrittweise" möglich sei. Hinter dieser Einschränkung steckt die Taktik, den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche dadurch zu hintertreiben, daß konkret überhaupt keine echte Verkürzung der wöchentlichen bzw. täglichen Arbeitszeit gefordert wird, sondern stattdessen eine relativ unbedeutende Urlaubsverlängerung. Die bürgerliche Wirtschaftszeitung „Handelsblatt" spricht das unverhohlen aus: Die IG Metall „will nicht die kompakte 35-Stunden-Woche, sondern statt dessen die Arbeitszeitverkürzung durch Freischichten". Weiter schreibt das „Handelsblatt": „Man könnte diese ‚Freischichten' ja auch vielleicht zusätzliche Urlaubstage nennen. Die Urlaubsverlängerung ist also die Kernforderung der IG Metall dieses Jahres und nicht die 35-Stunden-Woche."

Es ist eine Frechheit sondergleichen, daß die IGM-Bonzen sich weigern, die Arbeiter klar und konkret darüber zu informieren, was sie nun eigentlich für Forderungen stellen wollen. Auch über den Ablauf des ersten Verhandlungstages wurden die Mitglieder nicht informiert. Man mußte sich mit der nichtssagenden Pressemeldung abspeisen lassen, es seien „Argumente ausgetauscht worden". Diese Haltung der Bonzen zeigt, daß sie die Basis für dumm verkaufen wollen. Offensichtlich will der IGM-Apparat die Verhandlungen über den neuen Manteltarifvertrag monatelang verschleppen, um sie dann mit der Lohntarifrunde zu vermengen. Dahinter steckt die Absicht, die Lohnforderungen gegen die Forderungen zum Manteltarifvertrag auszuspielen. Eine altbekannte Masche der Gewerkschaftsführer, um Forderungen zu drücken und faule Kompromisse anzupeilen.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist für die Stahlarbeiter sehr wichtig. Seit 1960 wurden über 100.000 Arbeitsplätze in der westdeutschen Stahlindustrie vernichtet. Nach den Plänen der EG-Kommission sollen in den nächsten zwei Jahren in der westeuropäischen Stahlindustrie 100.000 bis 140.000 weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Um diesem brutalen Rationalisierungsfeldzug zu begegnen, kommt es darauf an, mit voller Kraft für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen. Genau daran versucht der IGM-Apparat mit seinen Tricks und Manövern die Stahlarbeiter zu hindern.

Nacht- und Nebelabschluß in der Brauerei-Industrie

Die Kollegen der Braubetriebe in NRW waren kampfbereit. 85 Prozent stimmten für Streik. Die Bonzen der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) traten nicht nur diesen Beschluß mit Füßen. Auch ihr Nacht- und Nebelabschluß, den sie am Wochenende mit den Brauereikapitalisten ausmauschelten, erfüllt in keiner Weise die Forderungen der Kollegen.

Forderungen, wie die nach 200 DM mehr Urlaubsgeld oder für den vollen 13. Monatslohn, werden nur teilweise erfüllt und stufenweise über mehrere Jahre verwirklicht.

Und wie steht es mit der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich? Der Abschluß für die Brauereiarbeiter ist ein Lehrstück, wie es die Gewerkschaftsbonzen mit dieser wichtigen Forderung der Arbeiterklasse halten: Was da in der Presse so hochgejubelt wird, läuft auf eine Urlaubsverlängerung hinaus. Die „gesparten" Stunden sollen nämlich als Freizeit angerechnet werden, die dann je nach Betriebsvereinbarung ein-, zwei- oder viermal im Jahr gewährt werden sollen. Nun ist ja Urlaubsverlängerung keine schlechte Sache. Aber diese Regelung hat nichts zu tun mit der Forderung nach einer echten 35-Stunden-Woche! So ist nichts gewonnen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.



Urabstimmung der Brauereiarbeiter

Der Abschluß selbst gilt darüber hinaus nicht etwa für **alle** Arbeiter, sondern nur für ältere Kollegen, was eine weitere Spaltung der Brauereiarbeiter bedeutet.

Und der Lohnausgleich? Die NGG-Bonzen hatten sich da bekanntlich was Feines ausgedacht: Die Arbeiter selbst sollen für den Lohnausgleich aufkommen! Er soll aus einer gemeinsamen „Lohnausgleichskasse" finanziert werden, die zur Hälfte durch Abzüge von den Lohnerhöhungen der Beschäftigten der Brauindustrie gespeist werden soll.

Die Verhandlungen wurden begleitet von einem Streik von 500 Kollegen in der Ritter-Brauerei in Dortmund. Doch für diesen Schandabschluß haben die Kollegen nicht gestreikt. Bei der Urabstimmung am 4. und 5. September kann es deshalb für die Brauereiarbeiter nur heißen: Nein zum neuen Manteltarifvertrag!

Kollegen im Druckbereich fordern:

35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich

Auch in der Druckindustrie stehen Manteltarifverhandlungen ins Haus. In „Rotdruck", Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Druckbetriebe, heißt es dazu: „Die Meinung der Kollegen ist eindeutig: Die entscheidende Forderung muß die nach einer spürbaren Verkürzung der Arbeitszeit, nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sein!"

Es gibt für die Arbeiter und kleinen Angestellten der Druckindustrie viele Argumente für diese Forderung. Da ist zum einen die wachsende Ruinierung der Gesundheit durch ständig steigende Ausbeutung, durch Streß und Arbeitshetze. Ist es nicht so, daß die meisten heutzutage nach acht Stunden Arbeit vollständig fertig sind? Da ist zum anderen der massenhafte Abbau von Arbeitsplätzen als Folge der Rationalisierung der Druck-Kapitalisten. Auch im Kampf gegen drohende Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich von großer Bedeutung.

Wie sieht es denn aus mit der Rationalisierung in der Druckindustrie?

- Allein von 1974 bis 1976 sank die Zahl der Beschäftigten um 25.110.
- In den Rastertarifverhandlungen im Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken, vor allem im Satzbereich, wurden die Weichen für die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze gestellt. (Inzwischen wird bei Springer bereits mit dem Einsatz der Bildschirmterminals begonnen.)
- In den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen für die Drucker, bei denen es unter anderem darum geht, welche Maschinen mit wieviel Mann besetzt werden sollen und welche Qualifikation dieselben haben müssen, geht es wiederum um den Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Und immer geht es den Druck-Kapitalisten darum, ihre Profite auf Kosten der Werktätigen zu sanieren. Aus dem gleichen Profitinteresse heraus sind sie natürlich auch erbitterte Gegner der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. So schimpfte etwa Gerold Mack, Vizepräsident des Bundesverbandes Druck, diese Forderung sei ein „Beweis ökonomischer Rücksichtslosigkeit". (Druckwelt, 13/78)

Die armen Unternehmer! Aber zweifellos werden sie — wie schon bei den letzten Lohntarifverhandlungen, wie schon bei den Rastertarifverhandlungen — auch diesmal wieder ein offenes Ohr für ihre „Sorgen und Nöte" bei den IG-Drupa-Bonzen finden. Auch wenn diese jetzt, vor Beginn der Verhandlungen, noch groß von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche tönen. Wachsamkeit ist deshalb geboten! Schließen wir uns im Kampf für die Durchsetzung unserer Forderung nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Bonzen der IG Drupa zusammen!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Ein notwendiger Kampf

„Was nützt uns denn die 35-Stunden-Woche, wenn gleichzeitig ein Sinken unserer Löhne damit verknüpft ist?" Und ein zweiter Einwand, der bei Diskussionen über den Kampf für die 35-Stunden-Woche oft erhoben wird, ist: „Die Unternehmer werden entsprechend die Arbeitshetze steigern, so daß man in der kürzeren Arbeitszeit mindestens soviel leisten muß wie zuvor in der längeren." Der Gewerkschaftsapparat hat es wohlweislich bislang unterlassen, diese Bedenken ernsthaft auszuräumen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil er gar nicht daran interessiert ist, daß die Arbeiterklasse entschlossen und machtvoll für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kämpft.

Man kann diese Einwände nicht einfach abtun, denn sie beruhen auf einer realen Erfahrung: Die Kapitalisten finden immer Mittel und Wege, um von den Arbeitern hart erkämpfte Verbesserungen wieder zunichte zu machen oder möglicherweise sogar in eine Verschlechterung umzukehren. Tatsächlich ist es doch so, daß das kapitalistische System vollständig von den Profitinteressen der Kapitalisten bestimmt wird und daß in diesem System auf die Dauer keine Errungenschaft, die die Arbeiterklasse durchgesetzt hat, Bestand hat. Aber es wäre natürlich völlig unsinnig, daraus den Schluß zu ziehen, die Arbeiterklasse sollte nicht mehr für Verbesserungen ihrer Lage im Kapitalismus und gegen die Verschärfung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Im Gegenteil! Dieser Kampf wird um so unvermeidlicher und notwendiger, desto brutaler die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage der werktätigen Massen werden.

Die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, wie sie in den vergangenen Jahren betrieben wurde und wie sie in den kommenden Jahren noch radikaler durchgeführt werden soll, kann die Arbeiterklasse nicht kampflos hinnehmen. Dagegen müssen wir uns wehren. Deshalb ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich natürlich) eine dringende Notwendigkeit. Dieser Kampf ist außerdem auch deshalb notwendig, weil uns die Kapitalisten Arbeitsbedingungen aufgezwungen haben, unter denen unsere Arbeitskraft und unsere Gesundheit immer schneller verbraucht, ausgelaugt und zugrundegerichtet werden.

Kein klassenbewußter Arbeiter käme auf die Idee, den Kampf für mehr Lohn für sinnlos zu erklären, obwohl die Kapitalisten und ihr Staat stets danach trachten, Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen, durch Abbau außertariflicher Zulagen, durch Anziehen der Steuerschraube usw. wieder zunichte zu machen. Tatsächlich sind unsere Reallöhne (Löhne, gemessen an der Kaufkraft) in den vergangenen Jahren gesunken, denn die Tarifabschlüsse, die der DGB-Apparat uns aufgezwungen hat, blieben hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurück. Deshalb müssen die Arbeiter sich gegen die Kapitalisten und den reaktionären DGB-Apparat zusammenschließen, um den Lohnkampf konsequenter, radikaler und erfolgreicher führen zu können. Genauso ist es auch notwendig, den Kampf gegen den Rationalisierungsterror, gegen steigende Arbeitshetze zu verstärken.



RGO-Demonstration am 1. Mai 1978 in Kiel

Der Gewerkschaftsapparat aber tut nichts, um dafür eine geschlossene Kampffront der Arbeiter bzw. kleinen Angestellten zu organisieren. Er wiegelt im Gegenteil ab und sabotiert den Widerstand gegen die zahllosen Angriffe der Kapitalisten. Von daher gesehen ist es kein Wunder, daß viele Kollegen skeptisch sind, wenn die Bonzen sich jetzt in Worten für die 35-Stunden-Woche stark machen. Viele Kollegen befürchten, daß die Gewerkschaftsbonzen uns unter dem Deckmantel von Arbeitszeitverkürzung einen Lohnabbau aufs Auge drücken wollen. Und diese Befürchtung ist keineswegs aus der Luft gegriffen. DGB-Boß Vetter hat ja bereits mehrfach öffentlich bekundet, daß er einer Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Löhne „aufgeschlossen" gegenübersteht. Die meisten Kollegen glauben auch nicht daran, daß der DGB-Apparat einen ehrlichen Kampf gegen eine Entwertung von Arbeitszeitverkürzungen durch verschärfte Arbeitshetze führen würde. Auch das ist eine berechtigte Skepsis.

Aber welche Konsequenz muß aus der berechtigten Skepsis gegenüber dem Gewerkschaftsapparat gezogen werden? Die DGB-Bonzen spekulieren genau darauf, daß viele Kollegen die falsche Konsequenz ziehen, nämlich zu resignieren und zu sagen: „Der Kampf für die Verkürzung der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit bringt nichts ein." Das hätten die Bonzen gerne, denn dann wäre es für sie leichter, den Kampf gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten abzuwiegeln. Aber die klassenbewußten Arbeiter werden den Bonzen diesen Gefallen nicht tun. Denn zu resignieren, nicht für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen, das wäre gleichbedeutend mit kampfloser Kapitulation vor der skrupellosen Vernichtung von Arbeitsplätzen, die in den kommenden Jahren Millionen von Kollegen in ihrer Existenz bedrohen wird.

Die einzig richtige Konsequenz ist, daß wie, anstatt zu resignieren und die Flinte ins Korn zu werfen, uns gegen den Verrat der DGB-Bonzen zusammenschließen. Wir brauchen eine starke Front der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen den Rationalisierungsterror, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Wird Klöckner verkauft?

Mit einem Extrablatt enthüllte „Angriff", Betriebszeitung der KPD/ML für die Klöckner Hütte in Bremen, Pläne über den Verkauf der Hütte an den Salzgitter Konzern. Sollten diese Pläne verwirklicht werden, so bedeuten sie für die Stahlarbeiter in Bremen mit Sicherheit weitere Rationalisierungsmaßnahmen bis hin zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.

„Angriff" schreibt unter anderem:

Sie kamen Anfang Juli im Doppeldeckerbus von Salzgitter und beguckten sich, was einverleibt werden soll: die Bremer Hütte. Zu der Zeit war der technische Direktor Habbig beim Salzgitter-Konzern und verhandelte über... Ja, worüber wohl? Das ist offiziell von niemandem zu erfahren. Obwohl

- im Aufsichtsrat von Klöckner vier Gewerkschaftsvertreter sitzen, darunter Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall;
- Arbeitsdirektor Sporbeck von der IG Metall bestellt ist;
- man im Betriebsrat genau Bescheid weiß, was ab dem 1. Oktober auf der Hütte los sein wird.

Es geht das Gerücht um, daß **die Hütte am 1. Oktober zu Salzgitter gehören soll.** Informieren wird man uns sowieso erst kurz vorher, wahrscheinlich auf der Betriebsversammlung im September. Um uns vor vollendete Tatsachen zu stellen! Das bedeutet:

Stillegungen, Entlassungen...

Die Vernichtung von 140.000 Arbeitsplätzen im Stahlbereich sieht ein Plan der „Europäischen Gemeinschaft" vor, der kürzlich veröffentlicht wurde. Im Saarland wird schon danach verfahren. Der multinationale Konzern „Arbed" schluckte die Werke Röchlin-Burbach und die Neuenkirchner Eisenwerke. 1,2 Milliarden staatliche Investitionshilfe dafür schluckte er auch. Jetzt wird alles bei Röchlin-Burbach, außer der Drahtzieherei, stillgelegt. 10.000 Arbeitsplätze bleiben auf der Strecke. Dazu 3.000 in der Zulieferindustrie.

... mit Staatshilfe

So soll es hier in Norddeutschland auch laufen. Schon vor acht Jahren führten Krupp, Salzgitter, Klöckner u. a. Gespräche über einen Zusammenschluß. Als die Stahlkrise kam, wurde das wieder brennend aktuell. Rationalisieren, „Kosten senken" und Abbauen, um ihre Profite zu sichern, das ist die Devise der Kapitalisten. Am meisten gefährdet ist bei uns das Kaltwalzwerk. Hier wird schon seit Jahren nicht mehr investiert, das KW ist veraltet. Salzgitter hat dagegen moderne Kaltwalzanlagen. In der Gegend von Salzgitter liegt auch ein zur Maxhütte gehörendes Kaltwalzwerk.

Kollegen, es ist also fünf Minuten vor zwölf. Jetzt müssen wir die restlose Klarheit über die Pläne der Kapitalisten fordern. **Wir brauchen eine**

Außerordentliche Betriebsversammlung

Die Geheimdiplomatie des Betriebsrates hilft Klöckner, aber nicht uns. Statt uns zu informieren, schloß der Betriebsrat im Februar hinter unserem Rücken einen Sozialplan ab, der die geplanten Massenentlassungen für Klöckner glatt über die Bühne bringen soll. Er wußte bestimmt, warum. Kollegen, jetzt kommt es auf uns an. Jetzt müssen wir selbst um unsere Existenz kämpfen! Einzig verlassen können wir uns dabei auf die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO), die die einzige Alternative zum korrupten Gewerkschaftsapparat ist. Im Aktionsprogramm der RGO heißt es unter anderem:

- Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze. Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!
- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!

DAS ROTE RÜHRWERK

KPD/ML

ZEITUNG DER BETRIEBSZELLE SCHERING DER KPD / MARXISTEN-LENINISTEN

Duogynon, ein Mittel, das ähnlich gefährlich ist wie Contergan, macht seit einiger Zeit Schlagzeilen (siehe auch Bericht auf Seite 6 dieser Ausgabe). Das „Rote Rührwerk", Betriebszeitung der KPD/ML bei Schering in Westberlin, enthüllt in seiner letzten Ausgabe, wie Schering versucht, die Spuren zu verwischen.

Duogynon — Schering verwischt die Spuren

Der weltweit anerkannte Experte für unerwünschte Nebenwirkungen bei Arzneimitteln, Dr. Graham Dukes, folgerte daraus, daß eine Abbruchblutung oder aber eine Störung der Embryonalentwicklung aus der Einnahme von Duogynon folgen könne!

- **1967/68** — Im Oktober 1967 veröffentlichte Dr. Isabel Gal erste statistische Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der Einnahme von Duogynon (oder Primodos, wie das Mittel in England heißt) und mißgebildeten Neugeborenen. Daraus wurde ersichtlich, daß der Prozentsatz von Neugeborenen mit gespaltener Wirbelsäule (offenem Rückenmark) und Wasserkopf bei den Müttern wesentlich höher war, die sich zuvor einem Schwangerschaftstest mit Duogynon (Primodos) unterzogen hatten.
- **1967** — Scherings englischer Marktforscher Dr. Michael Briggs verglich daraufhin die regional aufgeschlüsselten Verkaufsziffern von Primodos und die des Konkurrenzprodukts Amenorone Forte von Roussel mit der amtlichen Gesundheitsstatistik über mißgebildete Neugeborene. Die Zahlen wurden von einem Mathematiker ausgewertet, der einen engen Zusammenhang zwischen den Verkaufsziffern und der Häufigkeit von Mißbildungen feststellte. Dieses Ergebnis wurde zur Konzernleitung geschickt. Scherings Kommentar daraufhin: In Deutschland seien solche Zusammenhänge nicht nachweisbar! (Kein Wunder, denn darüber wird auch keine Statistik geführt!)

Im Herbst 1967 stellte die amerikanische Lebens- und Arzneimittelbehörde fest, daß in der Frühschwangerschaft verabreichte Gestagene und Oestrogene eine Risikoerhöhung für eine Verkrüppelung der Gliedmaßen um das 4,7fache bedeuten würde. Gleichzeitig wurde Frauen in solchen Fällen ein Schwangerschaftsabbruch angeraten.

- **1968** — Schering Chemicals (so heißt die Tochtergesellschaft in England) stellte die Werbung für Primodos (Duogynon) vorläufig ein und informierte die Konzernleitung darüber.
- **1969** — Dr. Norman Dean fand heraus, daß Primodos (Duogynon) die Schwangerschaft nicht nur testet, sondern auch abbricht. Er empfahl Schering, das Produkt vom Markt zu nehmen — keine Reaktion.
- **1969** — Schering-Konkurrent Roussel zieht sein Präparat Amenorone Forte als Schwangerschaftstest zurück. Roussel arbeitete in dieser Zeit an einer Studie am Menschen, deren Zwischenergebnis jetzt schon war, daß „statistisch feststellbare Mißbildungen in Patienten entstanden waren, nachdem sie hormonale Schwangerschaftstests bekommen hatten".
- **1970** — In diesem Jahr wurde von der englischen Arzneimittel-Kennzeichnungs-Kommission durchgedrückt, daß Primodos nicht mehr als Schwangerschaftstest empfohlen wurde.
- **1974** — Schering zieht in Deutschland die Duogynon-Dragees als Schwangerschaftstest zurück.
- **1975** — Primodos wurde natürlich weiter als Schwangerschaftstest verwendet. Erst nach einer Pressekampagne „entschloß" Schering sich, die Packungen mit einem Warnetikett zu versehen — **aber nur in England.**
- **1978** — Im März zieht Schering endlich sein Präparat vom englischen Markt zurück, nachdem der Verkauf um 80 Prozent zurückgegangen war!

Auch für Irland wird keine neue Lizenz beantragt. Bereits aus dem Handel oder verboten ist Duogynon seit Jahren in Schweden, Finnland, Belgien, Niederlande, Australien.

- **1978** — Ebenfalls im März dieses Jahres entschließt sich Schering, ein lapidares Rundschreiben an die Ärzte zu versenden, in dem es schlicht und ohne Begründung heißt: „Nunmehr sind alle Duogynon-Formen zur Diagnose einer Schwangerschaft nicht indiziert."

Ein Verbrechen!

Angesichts dieser Tatsachen muß eigentlich jeder normale, auch nur etwas verantwortungsbewußte Mensch zu der Annahme kommen, daß die Verantwortlichen sofort klein beigeben und das Medikament vom Markt verschwinden lassen! Aber weit gefehlt: Auch in England entschloß man sich erst zu diesem Schritt, als es sich nicht mehr lohnte, Duogynon zu verkaufen! Der Umsatz war um 80 Prozent gesunken. Diese Zahl deckt sich aber fast genau mit Scherings eigener Marktuntersuchung, derzufolge 75 Prozent des Präparats als Schwangerschaftstest verbraucht wurden! Wollen diese skrupellosen Geschäftemacher vielleicht in Deutschland und anderen Ländern auch solange warten, bis der Umsatz um 80 Prozent gesunken ist?

Pharmakonzerne: Zum Wohle des Profits, zum Schaden der Menschen!

Am Vorgehen der Schering AG in diesem Fall zeigt sich, wie wenig es doch den Pharmazie-Konzernen um das Wohl und die Gesundheit der Menschen geht. Der Profit ist die einzige Triebkraft, die in der Schering-Vorstandsetage etwas zum Laufen bringt.

Und Schering kalkuliert auch genau so: Daran wird sich auch nichts ändern, wenn sie Duogynon in CUMORIT umtaufen.

Scherings Stellungsnahme in den Schering-Blättern ist eine unglaubliche Unverfrorenheit!

Dr. Hannse: „Aus unserer Sicht gibt es heute nach mehr als zehn Jahren Untersuchungen und wissenschaftlichen Studien noch keinen Beweis oder auch nur eine Begründung für diesen Verdacht. Wir halten dies für ein zufälliges Zusammenfallen von Mißbildungen und Anwendungen des Präparats." Dieser Satz ist an Frechheit, Kaltschnäuzigkeit und Skrupellosigkeit angesichts der vorweg angeführten Tatsachen kaum noch zu überbieten.

Fazit: Unserer Meinung nach ist jeder weitere Verkauf von Duogynon (oder später Cumorit) ein Verbrechen. Denn es wird bewußt einkalkuliert, daß dieses Präparat auch weiterhin als Schwangerschaftstestmittel verwendet wird. Das wird auch dadurch bewiesen, daß allein Schering fünf weitere Präparate mit geringerer Hormondosierung zur Behandlung der Amenorrhoe vertreibt und es also nicht „nötig" hätte, Duogynon weiterhin zu vertreiben.

Kollegen: Eins steht fest — freiwillig werden sie Duogynon nicht vom Markt nehmen! Dazu ist ihnen der Profit zu heilig und unsere Gesundheit zu unwichtig. Erst eine Welle der Empörung und der aktive Kampf gegen dieses Präparat, wie sie das englische Volk gezeigt hat, wird auch hier den notwendigen Erfolg bringen.

Weg mit Duogynon vom Weltmarkt!

Eine Dortmunder Mutter berichtet

„Weil ich Duogynon einnahm, brachte ich ein geschädigtes Kind zur Welt"

Vor kurzem stand es im „Stern". Duogynon, ein Mittel, das Tausende von Frauen als Schwangerschaftstest oder als Medikament gegen Hormonstörungen vom Arzt verschrieben bekamen, ist offenbar kaum weniger gefährlich als Contergan. Der „Stern" beschrieb die schrecklichen Folgen: mißgebildete, verkrüppelte und kranke Kinder.

Auffällig war nur eins. Alle Fälle, die der „Stern" beschrieb, waren aus dem Ausland. Kein einziger Fall aus Deutschland war aufgegriffen. Warum? Gibt es solche Fälle bei uns nicht? Kann man sie nicht ermitteln? Doch, man kann! Wenn man will!

Da ist zum Beispiel der Fall von Hannelore N. aus Dortmund, 32 Jahre alt, Mutter zweier Kinder. Mit dem ersten Kind, einem Mädchen, gab es keine Probleme. Es war gesund, entwickelte sich normal. Das zweite Kind, ein Junge, aber war krank. Während dieser zweiten Schwangerschaft hatte Hannelore N. Duogynon eingenommen...

Hannelore N. schreibt uns:

„Vor etwa zweieinhalb Jahren glaubte ich, schwanger zu sein. Ein Test in der Apotheke verlief jedoch negativ. Nach vier Wochen ging ich zum Arzt. Ein neuer Schwangerschaftstest: negativ. Eine Untersuchung: ‚Sie sind nicht schwanger', sagte der Arzt. ‚Sie haben eine Hormonstörung, das gibt es oft bei Frauen Ihres Alters. Ich schreibe Ihnen was dagegen auf.' Das Zeug, das ich auf seine Anweisung hin schluckte, hieß Duogynon.



Sonja Fitzpatrick, vier Jahre alt. Zehn Operationen mußte dieses Kind schon über sich ergehen lassen, denn sie hat ein Loch im Herzen, eine offene Wirbelsäule, nur eine Niere, und der Unterkörper ist gelähmt.

Meine ‚Hormonstörung' von damals ist inzwischen zwei Jahre alt. Ein Junge. Ein ‚geschädigtes Kind', wie es im Beamtendeutsch heißt. Für uns persönlich hieß das: ein Jahr lang Heilgymnastik mit dem Kleinen, Schwimmkurse, die keine Kasse bezahlte, Rennerei zum Arzt, zur Krankengymnastin. Und vor allem die Angst: Werden wir es schaffen, wird der Junge gesund werden, oder wird er bleibende Schäden behalten; wird es jemals richtig laufen, rennen, sprechen können wie gesunde Kinder?

Wir haben Glück gehabt. Unser Junge ist heute gesund. Aber dieses Jahr vergeß' ich in meinem Leben nicht.

Könnt Ihr Euch vorstellen, welche Wut ich jetzt in den letzten Wochen bekam, als ich in der Presse und im Funk erfuhr, daß es wahrscheinlich die Schering-Kapitalisten sind, die den Jungen auf dem Gewissen haben? Hunderte von Kindern! Ich habe die Bilder im ‚Stern' gesehen: Kinder mit Hasenscharte und Wolfsrachen, mit verkrüppelten Gliedmaßen, mit Herzschäden, mit offener Wirbelsäule. Es ist schrecklich. Die Mütter aller dieser Kinder hatten Duogynon eingenommen, um zu testen, ob sie schwanger sind.

Eiskalt nehmen die Schering-Kapitalisten seit Jahren in Kauf, daß für die 15 Millionen Umsatz, die sie jährlich mit Duogynon machen, Kinder zu Krüppeln werden. Denn das ist das Empörendste an diesem Skandal: Es ist seit mehr als zehn Jahren bekannt, daß derartige Hormonpräparate, wenn sie im frühen Schwangerschaftsstadium eingenommen werden, zu Mißbildungen führen. Die Schering-Kapitalisten und der Staat aber haben das systematisch vertuscht. Schon vor elf Jahren gab es die ersten Untersuchungen in England. Sie zeigten, daß Frauen, die Duogynon eingenommen hatten, häufiger mißgebildete Kinder zur Welt brachten. In verschiedenen Ländern wurde daraufhin die Konsequenz gezogen: In Schweden, Finnland, Belgien, den Niederlanden und Australien wurde Duogynon verboten. In Deutschland und anderswo konnte Schering weiter ungehindert Profit damit machen — auf Kosten der Kinder.

1975 mußte Schering endlich auf die Duogynon-Packungen aufdrucken lassen, daß das Mittel nicht als Schwangerschaftstest geeignet sei. In England — bei uns dagegen hieß es noch eine ganze Weile, Duogynon könne unbedenklich während der Frühschwangerschaft eingenommen werden. Denn in der Bundesrepublik hatten sich noch nicht, wie in England, empörte Eltern zusammengeschlossen, um gegen die gewissenlose Profitgier der Schering-Kapitalisten vorzugehen.

Aber selbst ein solcher Aufdruck auf die Arzneimittel-Packung nutzt ja nicht viel. Damit schafft man ein so gefährliches Medikament ja nicht aus der Welt. Wieviele Ärzte verschreiben trotzdem Duogynon! Und wieviel Tausend Frauen kann es so ergehen wie mir, daß sie Duogynon einnehmen in der festen Überzeugung, gar nicht schwanger zu sein!

Das einzige, was ein solches Risiko aus der Welt schaffen könnte, wäre ein Verbot dieses gefährlichen Medikaments. Aber daran denkt keiner. Die Schering-Kapitalisten sowieso nicht. Die denken an den schönen



DAS ROTE RUHRWERK

KPD/ML

DER DUOGYNON-SKANDAL

Unzählige Krüppel durch Scherings Profitgier!

Profit, den sie mit Duogynon machen. Und der Staat, der hier doch unbedingt einschreiten müßte, wenn es ihm wirklich darum ginge, uns und unsere Kinder zu schützen, schon gar nicht. Im Gegenteil: Der Staat deckt sogar den neuesten schmutzigen Schachzug der Schering AG, mit dem sie ihren Profit retten will. Statt Duogynon zurückzuziehen, wird das Präparat einfach ab 1. September einen neuen Namen bekommen: Cumorit. So einfach geht das: Die Schering-Kapitalisten waschen ihre Hände in Unschuld, verweisen darauf, daß es Duogynon ja gar nicht mehr gibt und kassieren weiter für dasselbe Mittel unter anderem Namen. Und Tausende von Müttern riskieren, daß ihre Kinder mit schweren Schäden geboren werden.

Es ist doch ganz klar: Duogynon muß weg! Ich hoffe sehr, daß auch hier bei uns Eltern den Kampf gegen die Schering AG organisiert aufnehmen, so wie in England. Ich würde in einer solchen Initiative sofort mitarbeiten."

Vergewaltigte Frauen — von Justiz und Polizei beleidigt und gedemütigt

Eine 28jährige berichtet

Ich möchte mich zunächst einmal vorstellen: Ich bin 28 Jahre alt, seit acht Jahren verheiratet und arbeite als Exportsachbearbeiterin in einem Industriebetrieb, in dem ich stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bin.

Kurz zum Tathergang: In den Morgenstunden des 13.11.77 stieg ich in ein Taxi, und zwei Männer stiegen zu. Obwohl ich den Taxifahrer aufgefordert hatte, die beiden Männer hinauszuwerfen und mich nach Hause zu fahren, fuhr er weiter in eine Straße, wo mich die beiden Männer gegen meinen Willen in ein Haus zogen. In dem Haus schlugen mich die beiden mit einer Peitsche zusammen und vergewaltigten mich. Ich fiel mehrmals in Ohnmacht. Als ich daraus erwachte, versuchten die beiden Männer mich durch Drohungen und Erpressungen von einer Anzeige abzuhalten. So zwangen sie mich unter anderem, meine Unterschrift unter einen Scheck über 900 DM zu setzen. Sie haben mich mehrere Stunden in dem Haus festgehalten, um sich zu vergewissern, ob ihre Einschüchterung auch gewirkt hat. Die Mutter des einen war zu der Zeit in der Wohnung und unternahm nichts gegen die Machenschaften der beiden. Der eine vergewaltigte mich dann nochmals, bevor ich endlich das Haus verlassen konnte.

Und dann die Polizei, unser „Freund und Helfer"

Nachdem ich zu Hause angekommen war, ging ich umgehend zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Obwohl ich zu dem Zeitpunkt schon 33 Stunden wach war und eine Gehirnerschütterung und einen Schock hatte, wie sich hinterher beim Arzt herausstellte, wurde ich bei der Polizei zur Sache vernommen. Dabei wurde ich von den Polizisten gefragt, ob ich nicht nur wegen meines Mannes Anzeige erstatten würde, um ihm gegenüber sozusagen ein Alibi zu haben. Es folgten Unterstellungen, ob ich nicht doch Vorschub geleistet hätte, ob ich nicht doch selbst schuld sei, da ich so spät noch Bier trinken gegangen sei usw. Und das alles, obwohl sich sehr bald herausstellte, daß die beiden Verbrecher der Polizei sattsam bekannt waren. Der eine, ein gewisser M., war bekannt als Chef eines Call-Girl-Rings. Er war wegen Zuhälterei zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden und wartete beim Tatzeitpunkt auf seinen Berufungsprozeß. Der andere, ein gewisser W., war mehrfach wegen Vergewaltigungen vorbestraft. Zuletzt war er deswegen zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Zum Tatzeitpunkt war sein Strafantritt bereits einige Tage überfällig. Insgesamt jedenfalls dauerte die Prozedur bei der Polizei einschließlich Untersuchung in der Uni-Klinik insgesamt ungefähr sieben Stunden.

Der Prozeß — vier Tage Psychoterror

Gegen die beiden Verbrecher M. und W., die nach einiger Zeit gefaßt wurden und in U-Haft kamen, sollte am 30.6.78 ein Prozeß stattfinden. Hauptkläger war die Staatsanwaltschaft. Nebenkläger war ich. Am 3.6.78 wurden mein Mann und ich von fünf Männern brutal zusammengeschlagen. (Ich kann zwar nicht nachweisen, daß die Täter des Überfalls am 3.6. Freunde der beiden Verbrecher waren, aber verwunderlich ist schon, daß der Überfall völlig unbegründet war und uns nichts gestohlen wurde.) Vier Tage nach dem Überfall wurde ich mit einer gefährlichen Beinvenenthrombose auf die Intensivstation eingeliefert. Obwohl ich neun Tage am Tropf mit Medikamenten hing, wurde ich nach 14 Tagen entlassen, damit ich eine Woche später beim Prozeß aussagen konnte. Denn eine Krankschreibung, die ich bis zum Ende des Monats hatte, sei kein Grund, vor Gericht nicht auszusagen, eröffnete mir der Staatsanwalt auf meine Beschwerde. Begründung: Man könne die Täter nur ein halbes Jahr in U-Haft halten! (Bei anderen Gefangenen, etwa denen der RAF, ist man da nicht so zimperlich!)

Und so begann der Prozeß wie geplant am 30.6.78. Einer der beiden Angeklagten trat bei dem Prozeß mit dem „Staranwalt" Bossi auf. Beide zusammen präsentierten insgesamt neun Zeugen, die „beweisen" sollten, daß ich eine Profi-Nutte und eine Alkoholikerin sei. Dabei spielte auch der schon erwähnte Scheck eine Rolle. Das Gericht glaubte mir keineswegs so ohne weiteres, daß die Unterschrift auf dem Scheck von mir erpreßt worden war. Es bestellte extra einen Schriftsachverständigen. Er hatte per Schriftvergleich zu prüfen, ob ich zum Zeitpunkt des Unterschreibens erregt gewesen war! Auf diese Weise wurde mir dann schließlich geglaubt. Dabei muß man aber bedenken, daß ich arbeite und ein relativ hohes Gehalt beziehe und so glaubhaft machen konnte, daß ich auf diese 900 DM keinesfalls angewiesen war. Was wäre aber gewesen, wenn statt mir eine alleinstehende Verkäuferin oder Bürogehilfin vor Gericht gestanden hätte oder gar eine arbeitslose Frau?

Und das ist nur ein Beispiel dafür, wie während des Prozesses, der insgesamt vier Tage dauerte, vorgegangen wurde. Auch mein Mann mußte in dem Prozeß als Zeuge auftreten und Fragen beantworten wie: Ob er die treibende Kraft bei der Erstattung der Anzeige gewesen sei, ob seine Frau häufig Männergeschichten habe usw. usf.

Und die Boulevard-Presse macht mit

Kurz vor Ende des Prozesses tat dann die Boulevard-Presse ein übriges. Und das kam so: Eines Abends kamen Reporter zu uns nach Hause. Zunächst waren sie sehr freundlich. Sie hofften, von mir eine der üblichen „Sensationsstories" bekommen zu können. So fragten sie mich unter anderem, ob ich denn nicht mein ganzes Leben unter diesem Ereignis leiden würde u.ä. Als sie auf solche Fragen nicht die gewünschten Antworten bekamen, wurden sie merklich kühler. Und am nächsten Tag konnte man lesen: „Vergewaltigt: Die drei Versionen einer Millionärstochter." Was heißt hier „Millionärstochter". Was kann ich für den sozialen Stand und was habe ich damit gemein? Nichts! Aber für die Boulevard-Presse war es genau das, was sie für eine Sensationsstory brauchte. Eine Sensationsstory, bei der auf raffinierte Weise, nämlich nicht offen, sondern sozusagen zwischen den Zeilen, die Verleumdungskampagne aus dem Gerichtssaal weitergeführt wurde.

Das Urteil

Dann kam das Urteil. Die Angeklagten wurden zu relativ hohen Strafen (5 und 8 Jahre Gefängnis) verurteilt. In der Begründung dieses Urteils sprach der Richter allerdings dann mehr über mich und die Frauen im allgemeinen als über die Angeklagten. Zunächst einmal behauptete er — obwohl er gleichzeitig alle neun Zeugen der Angeklagten für unglaubwürdig erklärte —, daß ich den beiden Typen freiwillig bis zur Tür ihres Hauses gefolgt sei. Dann zweifelte er an, daß ich tatsächlich eine Gehirnerschütterung gehabt hätte, wie die ärztlichen Gutachten bestätigten und erklärte, ähnliche Reaktionen zeigten sich auch bei Ausfällen des vegetativen Nervensystems und bei zu hohem Alkoholgenuß! Die Urteilsbegründung gipfelte dann darin, daß der Richter erklärte, diese emanzipierten Frauen, die meinten, sie könnten überall hingehen und nachts alleine auf der Straße herumlaufen, seien im Grunde selber schuld, und er werde kein solches Urteil mehr fällen.

Über diese Urteilsbegründung wie auch über den gesamten Prozeßverlauf war im Zuschauersaal, in dem ständig sehr viele Frauen waren, große Empörung. Und ich muß sagen: Nachdem ich am eigenen Leib erlebt habe, wie Polizei und Gericht eine vergewaltigte Frau behandeln, kann ich die Frauen, die nicht wie ich einen Kampf führen, sondern Angst haben, überhaupt Anzeige zu erstatten, schon verstehen. Die hohe Dunkelziffer bei Gewaltverbrechen gegen Frauen kommt allein dadurch zustande, daß diese Frauen nicht die Nerven haben, eine solch erniedrigende Prozedur bei der Polizei und vor Gericht durchzustehen!

Elternaktion für die Sicherheit der Kinder



Weil die Steinfiguren auf dem Kinderspielplatz einer Krippe in Westberlin nicht nur häßlich, sondern auch sehr gefährlich sind, schritten die Eltern zur Aktion und verliehen mit Hilfe von Pinsel und Farbe ihrer Forderung Ausdruck.

Hamburger Antifaschistenprozeß

Der 3. Angeklagte aus dem Betrieb geflogen!

Bereits die 25. Verhandlung fand jetzt im Prozeß gegen die neun Hamburger Antifaschisten im schwer bewachten Staatsschutzsaal statt. Sie sollen verurteilt werden, weil sie im Oktober 1976 gegen einen internationalen Kongreß der Faschisten protestiert haben. Mit dieser Verurteilung will die bürgerliche Klassenjustiz ein für alle Mal festgestellt wissen, daß sie einen revolutionären Kampf gegen das Treiben der faschistischen Banden nicht duldet und streng verfolgt.

Diese Absicht verfolgt das Gericht beharrlich, ungeachtet dessen, daß es zeitweilig durch die Vernehmung der Zeugen in Schwierigkeiten kommt. So ergab zum Beispiel die Vernehmung der Übersichtszeugen eindeutig, daß die Polizei den Demonstrationszug der Antifaschisten überfallen hatte und somit der Vorwurf des Landfriedensbruchs hinfällig war. Daraufhin forderte ein Anwalt die Abtrennung des Prozesses gegen Wolfgang A. und Freispruch, weil Wolfgang nur die Teilnahme an dieser Demonstration vorgeworfen worden war. Das Gericht: Erst müssen wir die Einzelzeugen hören! Aber auch die Einzelzeugen brachten das Gericht noch mehr in die Klemme. Daraufhin stellten Wolfgang noch einmal den Antrag auf Abtrennung und Freispruch. Michael W. schloß sich ihm an.

Wieder verwarf das Gericht die Anträge: Der Vorwurf des Landfriedensbruchs ist noch nicht vom Tisch, wir wollen erst abwarten, was noch kommt. So suchen Staatsanwalt und Gericht nach wie vor nach Möglichkeiten, dem bereits entlasteten Angeklagten doch noch etwas am Zeug flicken zu können. Mit diesem Mammut-Prozeß soll aber auch erreicht werden, daß die Angeklagten außerhalb des Gerichtssaals zunehmendem Druck ausgesetzt werden.

So ist jetzt nach Uwe und Silke auch Jürgen aus seinem Betrieb entlassen worden. Dem Unternehmer schien die Gelegenheit günstig, Jürgen, der von seinen Kollegen zum Betriebsrat gewählt worden war, jetzt endlich loszuwerden. Dabei nützte er aus, daß Jürgen — durch den Prozeß bedingt — seinen ursprünglich geplanten Urlaub verspätet antrat und dementsprechend verspätet zurückkam. So trägt die Taktik des Gerichts Früchte. Zynisch spekuliert das Gericht darauf, daß die angeklagten Antifaschisten auch außerhalb des Gerichts zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt und somit gefügig gemacht werden.

Vor allen Dingen aber hat es die Absicht, durch das Hinziehen des Prozesses möglichst oft Gelegenheit zu haben, Schikanen und Strafen über die angeklagten Antifaschisten verhängen zu können. Das zeigt sich auch in der letzten Verhandlung.

Dabei ging es um Wolfgang K., der schwer mißhandelt worden war und dem das Nasenbein gebrochen wurde. Dieser Fall, der erörtert wurde, um Wolfgang zu belasten, war aber am besten geeignet, den ganzen brutalen Terror zu enthüllen, den die Polizei gegen die Demonstranten ausgeübt hatte. Dementsprechend geriet der Polizei-Zeuge in Widersprüche, die er nicht lösen konnte. Als Uwe R. und Wolfgang K. empört feststellten, daß der Zeuge lügt und dabei auch noch vom Gerichtsvorsitzenden gedeckt wird, versucht der Staatsanwalt, die Sache als „unwesentliche Widersprüche" abzutun.

Aber ein Beisitzer des Gerichts versucht während der ganzen Auseinandersetzung, den Richter auf die Äußerungen der Anwälte aufmerksam zu machen mit der Absicht, sie zu protokollieren und gegen die Anwält zu verwenden. Als Rechtsanwalt Maeffert das entlarvte, verläßt das ganze Gericht den Saal. Nach kurzer Zeit kehren sie zurück: Uwe wird eine Ordnungsstrafe angedroht wegen seiner Äußerung (an den Vorsitzenden) „Sie stellen sich vor den Zeugen, der offensichtlich lügt", ebenfalls Wolfgang K. wegen der Äußerung „Sie decken den Zeugen. Sie wollen nicht, daß die Sache aufgeklärt wird".

Und dann kommt die größte Provokation: Das Verfahren gegen die Angeklagte Silke L. soll abgetrennt werden und die bisher entstandenen Kosten dem Rechstanwalt Maeffert auferlegt werden! "Das Gericht hält eine weitere Verhandlung mit Rechtsanwalt Maeffert für unzumutbar, da dieser durch seine zu Protokoll zu nehmende Äußerung 'Es werden von den Mitgliedern des Gerichts die Ohren gespitzt, um zu erfassen, was man hier den Verteidigern anhängen kann' es erheblich beleidigt hat. Die Betroffenen erhalten Gelegenheit, sich hierzu zu äußern."

Man kann sich leicht vorstellen, was das bedeuten würde. Die angefallenen Prozeßkosten allein für Silke belaufen sich jetzt schon auf etwa 30.000 DM! Die Absicht des Gerichts ist klar: Dadurch, daß den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, sich dazu zu äußern, will man sie erpressen: Entweder sie nehmen die Strafe auf sich, oder sie verzichten darauf, die Methoden des Gerichts zu entlarven. Beides läuft darauf hinaus, daß die Angeklagten in diesem Prozeß fertiggemacht werden sollen. Jeder Antifaschist, der verhindern will, daß mit diesem Prozeß den faschistischen Banden der Weg geebnet wird, hat die Möglichkeit, den Gerichtsvorsitzenden Schmidt am Landgericht, Tel.: 040/34109-3135 zu sprechen und gegen diese Methoden zu protestieren.

„Kein positives Verhältnis zur Verfassung"

Berufsverbot gegen Psychologen

Seit einiger Zeit sprechen bürgerliche Politiker von einer „Entschärfung" des sogenannten Radikalen-Erlasses. Daß dies alles nur zum Fenster hinaus geredet wird, um vor der Bevölkerung das Ausmaß der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote herabzuspielen, beweist erneut ein kürzlich vom Landesarbeitsgericht Hamm ergangenes Urteil gegen einen Diplom-Psychologen aus Bochum.

B. war als Diplom-Psychologe bei der Studentenberatungsstelle an der Ruhr-Universität Bochum angestellt. Die ÖTV-Bonzen hatten gegen ihn wegen seiner gewerkschaftsoppositionellen Tätigkeit und seiner kommunistischen Gesinnung ein Ausschlußverfahren in Gang gesetzt. B. protestierte gegen den Ausschluß in einem Offenen Brief. Darin entlarvte er den Arbeiterverrat der DGB-Bonzen und erklärte, daß es die revolutionäre Politik der KPD/ML sei, die den Arbeitern den einzig richtigen Ausweg aus der Krise zeige. Darauf feuerte im Oktober 1975, 14 Tage nach seinem Amtsantritt, der neue Uni-Rektor, SPD-Mitglied Meyer-Dohm, der heute gern in Presse und Fernsehen als „Gegner" des Radikalenerlasses posiert, den Psychologen B. wegen dieses Offenen Briefes an die ÖTV.

Es kam damals an der Universität zu Protesten gegen die Entlassung: In wenigen Tagen wurden 1.700 Unterschriften gesammelt; die Kollegen aus seiner Dienststelle schrieben einen Offenen Brief an den Minister für Wissenschaft und Forschung; es gab eine Massenversammlung, und über 300 Studenten und Uni-Angehörige forderten im Rektorat ultimativ die Rücknahme der Kündigung.

Der Psychologe klagte gegen die Entlassung und ging bis zum Landesarbeitsgericht. Was nach fast drei Jahren dabei herausgekommen ist, ist nichts weiter als eine Ausweitung des Radikalenerlasses auf die gesamte Berufsgruppe der Psychologen, die ein Diplom erwerben und im Unterschied zu Lehrern oder Ärzten keine Staatsprüfungen ablegen. Sie sind in der Regel auch keine Beamte, sondern Angestellte.

Es heißt da im Urteil: „Als Berater und Therapeut muß der Kläger gesteigerten Anforderungen genügen. Er muß den Studenten, die sich ihm anvertrauen, glaubwürdig die Grundwerte der Verfassung vermitteln. Die Studenten sollen erkennen, daß Freiheit, Demokratie und sozialer Rechtsstaat Werte sind, für die einzusetzen es sich lohnt. Hat der Berater und Therapeut selbst kein positives Verhältnis zu den Grundwerten und Grundprinzipien unserer Verfassung, kann er den Studenten, die sich an ihn wenden, nicht das Wissen und die Überzeugung vermitteln, daß diese Demokratie ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist."

Aber nicht genug damit. So wie heute Rechstanwälte, die Antifaschisten und Kommunisten vor Gericht verteidigen, schon des Terrorismus beschuldigt werden, so ergeht es auch den Psychologen, die „kein positives Verhältnis zu unserer Verfassung" haben.

Warnend heißt es in dem Urteil: „Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß ein solcher Berater und Therapeut die Studenten gegen die Grundwerte unserer Verfassung beeinflußt. Die Studenten sind diesen Einflüssen mehr oder weniger hilflos ausgesetzt. **Die Beratung und Therapie ist deshalb wie die Lehr- und Erziehungstätigkeit, eine Aufgabe von staatspolitischer Bedeutung**... Das Heidelberger Patienten-Kollektiv, welches in der Terroristenszene eine gewichtige Rolle spielt, hat bewiesen, welche verheerenden Schäden im Rahmen therapeutischer Maßnahmen angerichtet werden können."

Und wo solche Verdächtigungen gegen einen Kommunisten erst einmal vorliegen, ist eine gute berufliche Leistung nichts. Denn die Gesinnung ist alles: "Das dem Kläger erteilte gute Zeugnis besagt nichts darüber, inwieweit seine feindliche Einstellung gegenüber dem Staat und seiner Verfassung in die Therapie eingeflossen ist. Daß eine solche Einflußnahme naheliegt, kann kaum übersehen werden."

Dieses Gesinnungsurteil richtet sich nicht nur gegen den einzelnen Psychologen B.. Es will dem gesamten Berufstand unmißverständlich klarmachen, daß es die Pflicht eines jeden Psychologen ist, seinen Klienten diese angebliche Demokratie glaubwürdig als ein „zu verteidigendes und zu erhaltendes Gut" hinzustellen.

Wer jedoch als Psychologe sieht, wie die Wolfsmoral dieses Klassenstaates seine moralische Verlogenheit, seine kulturelle Verkommenheit, die verdummende Ideologie und das wirtschaftliche Elend Menschen zu seelischen Krüppeln macht, der spricht sich in der Logik dieses Gesinnungsurteils selbst ein Berufsverbot aus. Obwohl es — dieser „Logik" folgend — Berufsverbote wiederum gar nicht gibt.

Denn, so belehrt das Urteil kurz und bündig: „Auch von einem Berufsverbot kann keine Rede sein. Das politische Schlag- und Reizwort vom „Berufsverbot" für Radikale ist völlig fehl am Platze und soll offensichtlich nur politische Emotionen wecken." Da fragt man sich: Ist B. nun entlassen worden oder leidet er nur an der „politischen Emotion", er sei entlassen worden?

7jähriger von Polizeihund fast zerfleischt: Verfahren eingestellt!

Am 27. Januar 1977 war es geschehen: Zwei Jungen hatten in Leonberg/Stuttgart auf einem Sägewerksgelände gespielt, als sie von zwei Polizeihunden angefallen wurden, die, während der Reinigung ihrer Zwinger, der Ausbilder der „Diensthundeführerschule", Polizeihauptmeister Ernst Wittkowski, hatte frei herumlaufen lassen. Die Hunde zerfetzten einem der Jungen die Kopfhaut und rissen und bissen ihn am ganzen Leib. Auf diese Weise wurde er fürchterlich zugerichtet. Seine Mutter berichtete: „Im Krankenwagen hat er immer wieder gefragt, ob er jetzt sterben muß." Noch heute schreit er jede Nacht im Schlaf.

800 Mark Geldstrafe für den verantwortlichen Polizisten wegen fahrlässiger Körperverletzung war das empörende Urteil in erster Instanz! Aber auch damit fühlte sich besagter Polizeimeister noch ungerecht behandelt. Er ging in die Berufung. Jetzt fand im Stuttgarter Landgericht die Berufungsverhandlung statt. Die Eltern des Jungen traten als Nebenkläger auf. Hier traten jetzt „Fachleute" in Sachen Hundepsychologie auf, die von „unglücklichem Zusammentreffen verschiedener Faktoren" faselten als Ursache für das Unglück.

Nach vierstündiger Beratung verkündete dann das Gericht in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft, aber entgegen dem Widerspruch des Nebenklägers: Einstellung des Verfahrens! Geradezu zynisch muß einen die Ermahnung des Gerichtsvorsitzenden an den Angeklagten anmuten, ja sorgfältig die einschlägige Fachliteratur über die Psychologie der Hunde zu studieren. Jedermann weiß doch, daß diese Hunde ganz bewußt zu Bestien ausgebildet werden.

Die Worte des Richters sind nichts als ein Trostpflaster zur Beschwichtigung der mit Recht aufgebrachten Eltern. Ihnen wurde nicht nur der Sohn derart zugerichtet, daß er ein Leben lang daran zu tragen hat. Mit diesem Urteil sind auch alle materiellen Ansprüche der Eltern wie Rente, Schmerzensgeld etc. abgeschlagen worden.

Polizei transportiert Druckmaschine ab



Starke Polizeikräfte überwachten die Verladung der beschlagnahmten Druckmaschine.

Stuttgarter Polizei hat die Räume der "Fantasia-Druck GmbH" in Stuttgart besetzt und eine Druckmaschine beschlagnahmt. Auf dieser Maschine sollen angeblich Druckschriften hergestellt worden sein, mit denen die RAF unterstützt worden sein soll. Die Mitarbeiter der Druckerei erklärten, daß die Druckmaschine vorwiegend für den Druck von Schülerzeitungen, Flugblättern und Plakaten für linke Gruppierungen verwendet wurde. Die Hausbewohner hatten die anrückende Polizei empfangen, indem sie die Zufahrt mit Schmierseife versahen. Während des ganzen Abtransports protestierten zahlreiche Demonstranten mit Sprechchören und schnell hergestellten Transparenten gegen die Polizeiaktion.

2.000 Mark Geldstrafe...

...hatte ein Prozeß wegen „Staatsverleumdung" nach § 90 a zwei Lübecker Genossen am 4.8. beschert. Am 24. Februar '78 hatten die beiden Genossen eine Wahlveranstaltung der SPD mit Willy Brandt und Knut Kiesewetter in der Lübecker Stadthalle besucht, um dort Flugblätter zur Wahl zu verteilen. Die Großveranstaltung stand unter dem Motto: „Für mehr Menschlichkeit, wählt SPD." Diese „Menschlichkeit" erfuhren die beiden auch gleich, als sie anfingen, die Flugblätter zu verteilen. Sofort waren sie von einem riesigen Polizei-Aufgebot umzingelt. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt, und die beiden mit vorgehaltener Maschinenpistole und unter Mitführung eines zähnefletschenden Polizeihundes zum Polizeifahrzeug abgeführt. Der Prozeß kam dann zustande, weil in dem Flugblatt stand: „Die Bundesrepublik entwickelt sich zu einem Polizeistaat." Den Richter interessierten nicht die Fälle, die angeführt wurden, in denen Menschen von der Polizei erschossen wurden. Er bestritt sie nicht einmal. Er verurteilte „nur", daß man die Schlußfolgerungen aus diesen Tatsachen zog.

Die Solidarität mit den Angeklagten war groß. Schon vor dem Prozeß waren auf einer Veranstaltung der KPD/ML 51 Mark gesammelt worden. Einige Jugendliche, die zu dem Prozeß gekommen waren, sagten später vor dem Gerichtsgebäude: „Das geht uns alle an. Diese Strafe sollt ihr nicht selbst bezahlen. Wir organisieren ein Solidaritätsfest." Noch am selben Abend stand fest: Voraussichtlich am 1. Oktober veranstalten die Jugendlichen zusammen mit der RHD und der Lübecker Initiative gegen Polizeiübergriffe ein großes Kultur- und Tanzfest.

Berichtigung

In unserer letzten Nummer schrieben wir in dem Artikel "Die Abrechnung bekommen", daß der von Herrn Land denunzierte Lehrer Arbeit bei Ford in Köln aufnahm. Es war aber nicht Ford, sondern Daimon!

Neuer Terror gegen Anwälte

Ihre „Panne" bei der Fahndung nach drei RAF-Anhängern nahmen die Behörden zum Anlaß, zu einem neuen Schlag gegen sogenannte "Terroristenverteidiger" auszuholen. Vier Praxen von Anwälten, die die sogenannten „Stockholm-Attentäter" verteidigen, wurden in razziaähnlichen Überfällen durchsucht. Der Verteidiger von Karl-Heinz Dellwo, Heinz Funke, wurde sogar festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, daß bei ihm angeblich das Original-Exemplar eines von Dellwo verfaßten Papiers gefunden worden sei, in dem Dellwo andere RAF-Anhänger aufgefordert haben soll, weitere Aktionen im Sinne der RAF zu unternehmen. Funke selbst erklärte dazu, daß er das Papier, als es ihm zuging, keine weitere Bedeutung beigemessen habe. Generalbundesanwalt Rebmann aber leitete aus dieser Tatsache sofort ab, Funke habe nicht nur ein Info-System zwischen den verschiedenen RAF-Angeklagten aufgebaut, sondern habe „direkte Tatbeiträge zur Vorbereitung geplanter Verbrechen" geleistet.

Mit dieser Polizeiaktion sollen die Verteidiger von sogenannten „Gewalttätern" immer mehr unter Druck gesetzt werden. Auf diese Weise will man Anwälte heranzüchten, die zu gefügigen Werkzeugen der kapitalistischen Klassenjustiz werden. Darüber hinaus soll in der Öffentlichkeit jede Verteidigung von „Gewalt" kriminalisiert werden.

Überdurchschnittlich viele Krebstote im Ruhrgebiet

Volkskorrespondenz aus Bremen

Kürzlich las ich eine Notiz in der Heilpraktiker-Zeitschrift „Meine Gesundheit" (Nr. 6/78). Ein Professor Hettche hat die Krebserkrankungen im Ruhrgebiet statistisch erfaßt und mit der Häufigkeit im ganzen Bundesgebiet verglichen. Ergebnis: Im Ruhrgebiet ist Krebs 15mal häufiger als im Bundesdurchschnitt. Auch die Universität Tübingen stellt sich hinter dieses Ergebnis. Der damalige Gesundheitsminister von NRW hat die Fortsetzung der Erfassung von Krebserkrankungen verboten!

Die obengenannte Zeitschrift kommentiert: „Die Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik bezüglich der Krebserkrankungen in Nordrhein-Westfalen müssen alle als unrichtig, wenn nicht gar als gefälscht angesehen werden, weil sich diese Institution auf einen in NRW verwendeten Totenschein stützt, der nicht die Norm der Weltgesundheitsorganisation erfüllt."

Oberschnüffler Staat

Volkskorrespondenz aus Hamburg

In den Jugendverbänden von Stadt und Kreis Stade sowie beim Stader Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt stapeln sich vertrauliche Rundschreiben, in denen vor der politischen Einstellung bestimmter Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Heimerzieher gewarnt wird. Das „Stader Tageblatt" enthüllte vor kurzem, daß es ein bundesweites Warnsystem der Jugendämter und Freien Wohlfahrtsverbände vor Sozialarbeitern, die ihrem Arbeitgeber negativ aufgefallen sind, gibt. Wie sagte doch die Bundesregierung: In der BRD gibt es keine Berufsverbote...!

Hamburger Verfassungsschützer hilft Madrider Faschisten

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Sechs Wochen lang weilte der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Madrider Faschistenregierung und brachte ihnen seine Kenntnisse in Sachen Spionageabwehr, Terroristenbekämpfung und Beobachtung von politischen Extremisten bei. Konkret: Dr. Horchem hat die Faschisten beim Aufbau eines Nachrichtendienstes beraten, „auf den das in der Nach-Franco-Ära immer wieder von Unruhen und Anschlägen auf dem Weg zur demokratischen Stabilisierung gestörte Land nicht verzichten kann."(!) Dabei geht es in erster Linie um die Bekämpfung der ETA (basktische Befreiungsorganisation), aber auch der FRAP und der PCE/ML. Der Auftrag des DR. Horchem ist selbstverständlich mit der Bundesregierung abgestimmt.

Man sieht: Die „demokratischste Regierung in der Geschichte Deutschlands" — so Kanzler Schmidt — setzt die blutige und grausame Unterdrückung der spanischen Völker fort — ganz in der Tradition der Hitlerfaschisten. Das Beispiel ist nur eines von so vielen. Und es wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die spanischen Regierungs„demokraten". Wie ein Hund ein Hund ist und bleibt, so sind und bleiben sie Faschisten, und genauso sicher werden sie ihr unrühmliches Ende finden!

Die Post spart auf unsere Kosten

Volkskorrespondenz aus Bochum

Kürzlich, nach der Arbeit, ging ich zu unserem Postamt in Bochum-Langendreer, um zwei Pakete abzuholen, die meine Mutter geschickt hatte. Wie üblich hatte der Paketzusteller zwei Benachrichtigungszettel in den Briefkasten gesteckt, da er mich nicht angetroffen hatte.

Mit den Worten: „Na, da haben Sie aber Glück gehabt", nahm der Beamte an der Paketausgabe meine Zettel in Empfang. Auf meine erstaunte Frage, was denn so „glücklich" sei, eröffnete er mir: „Tja, ab morgen ist hier Schluß mit der Paketausgabe. Ihre Päckchen müssen Sie dann in Bochum bei der Hauptpost abholen."

Die anderen „Abholer" und ich waren empört. Schließlich bedeutet das, daß man 5,20 DM Busgeld und eine gute Stunde Zeit investieren muß, nur um ein Paket abzuholen. Eine alte Frau war richtig verzweifelt. „Ich kriege oft von meinem Sohn Päckchen, weil meine Rente so klein ist", erzählte sie. „Aber ich muß doch immer zum Arzt und kann nicht nur auf die Post warten." Gerade für ältere Menschen, aber natürlich auch für die anderen, ist diese neue „Sparmaßnahme" der Post eine große Belastung. Immerhin hat Langendreer ca. 40.000 Einwohner, die darunter leiden werden. Wir am Schalter waren uns jedenfalls einig: Die Paketausgabe muß in Langendreer bleiben!

Salmonellenerkrankungen im Kreis Pinneberg und was der Staat unternimmt

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Seit Mitte Juni gibt es Salmonellenerkrankungen* im Krankenhaus Pinneberg. Rund 150 Menschen sind in nordwestlichen Randgebieten Hamburgs erkrankt. Es hat fast zwei Monate gedauert, bis die Presse darüber berichtete. Was sie bis Mitte August verschwieg, war, daß es auch Salmonellenkranke in den Krankenhäusern Elmshorn und Wedel gibt und daß es bis heute nicht gelungen ist, die Zahl einzudämmen, im Gegenteil, im Kreis Pinneberg ist diese Erkrankung unterm Krankenhauspersonal wieder aufgeflackert.

Ich arbeite in einem der betroffenen Krankenhäuser. Das erste war, daß wir alle unterschreiben mußten, daß wir über die Salmonellenerkrankungen bzw. Epidemie Stillschweigen bewahren, das heißt, wir haben unterschrieben, daß wir unter der Schweigepflicht stehen. Damit haben die Behörden bewußt zu verhindern versucht, daß wir die Patienten und ihre Besucher, ja sogar unsere nächsten Angehörigen nicht auf diese Gefahr aufmerksam machen, wie es unsere Pflicht sein müßte, ja man hat uns das verboten. Gibt es einen besseren Weg, als einer Epidemie ihre massenhafte Verbreitung zu sichern? Wie verlogen klingt das Gerede der zuständigen Stellen über die Ausbreitung, ihre angebliche Sorge und das Unverständnis über diese Ausweitung. Die Kollegen haben teils sehr empört reagiert. Es zog aber auch teilweise das Behördenargument, daß in Sommermonaten immer Salmonellenerkrankungen auftauchen, und daß alles getan wird, um weitere Erkrankungen zu verhindern. Lüge — wir haben zwar Stuhlproben abgeben müssen —, entlassungsreife Patienten wurden teilweise so lange dabehalten, bis klar war, ob sie auch erkrankt sind, aber wir haben so lange weitergearbeitet, die Patienten sind so lange auf die gleiche Patiententoilette gegangen, bis die Ergebnisse da waren.

Daß es nicht zur massenhaften Epidemie gekommen ist, liegt nur daran, daß es nicht so heiß und schwül war. Welche Ausmaße die Erkrankungen angenommen haben, läßt sich am Eingeständnis der Behörden feststellen, wonach die Schließung des Pinneberger Krankenhauses eine Zeitlang „erwogen" wurde. Geschlossen wurde es nicht — das hätte ja auch Aufruhr bedeuten können und daß das Ausmaß wirklich bekannt wird.

*) Was sind Salmonellen? Es gibt 1.500 verschiedene Salmonellenarten, die vorwiegend in tierischen Lebensmitteln wie Hackfleisch, Geflügel etc. vorkommen. Die Symptome sind: Durchfall und Fieber. Ist der Verlauf der Erkrankung besonders schwer oder wird nichts dagegen unternommen, kann die Erkrankung tödlich verlaufen. Salmonellen sind meldepflichtig.

Sparmaßnahmen auf Kosten der Patienten

Volkskorrespondenz aus Stuttgart

Die Bonzen des Stadtrats von Stuttgart haben seit langem vor, eine ganze Station auf der inneren Abteilung des Bürger-Hospitals zu schließen. Angeblich wegen Umbaumaßnahmen in der Psychiatrischen Klinik. Durch diese Maßnahmen werden 70 Betten abgebaut und ca. 40 Stellen gestrichen.

Das führt dazu, daß die übrigen Stationen noch intensiver belastet werden, obwohl auch jetzt schon auf den meisten Stationen ca. ein bis zwei Stellen fehlen und Schwesternschülerinnen und Zivildienstleistende als volles Pflegepersonal angerechnet werden. Die Klinikverwaltung und der Bürgermeister für Gesundheitswesen, Herr Thieringer (CDU), schwören Stein und Bein, für niemanden würden diese Maßnahmen nachteilig sein. Auch die ÖTV-Ortsleitung (Sekretär für Gesundheitswesen) sagte in einer Mitgliederversammlung, die Bettenstreichung sei gerecht, da ja von Anfang an zuviel Betten geplant worden seien. Später, als er die Empörung von einfachen Migliedern zu spüren bekam, sagt er heuchlerisch, die ÖTV sei ja für die Kollegen da und würde ihren Kampf unterstützen.

Das Pflegepersonal ist empört über diese reaktionären Maßnahmen. Bei einer Unterschriftensammlung gegen diese Maßnahmen gaben 200 von ihnen ihre Unterschrift. Die RGO verteilte ein Flugblatt unter dem Pflegepersonal, in dem diese Pläne des Staates verurteilt und eine Personalversammlung gefordert wird, auf der die Herren ihre Pläne offenlegen.

Aber „Sparmaßnahmen" im Gesundheitswesen bedeuten nicht nur Betten- und Stellenstreichungen. Hier ein anderes Beispiel, wie auf Kosten der Patienten gespart wird: Der Chef einer Klinik im Bürger-Hospital ordnete an, daß man ab jetzt die Insulin-Einmal-Spritzen mehrfach anwenden soll. Diese Anordnung wurde vom Pflegepersonal abgelehnt, weil dies einerseits bei den Patienten zu Eiterungen führt und andererseits für das Personal eine große Konzentration nötig macht (damit die Spritzen nicht verwechselt werden). Vor kurzem hat der gleiche Chef sogar angeordnet, daß die Assistenten vorrangig alte, im Verfall stehende Medikamente an die Patienten geben sollen, damit gespart wird!

Radioaktive Wolke über Jülich

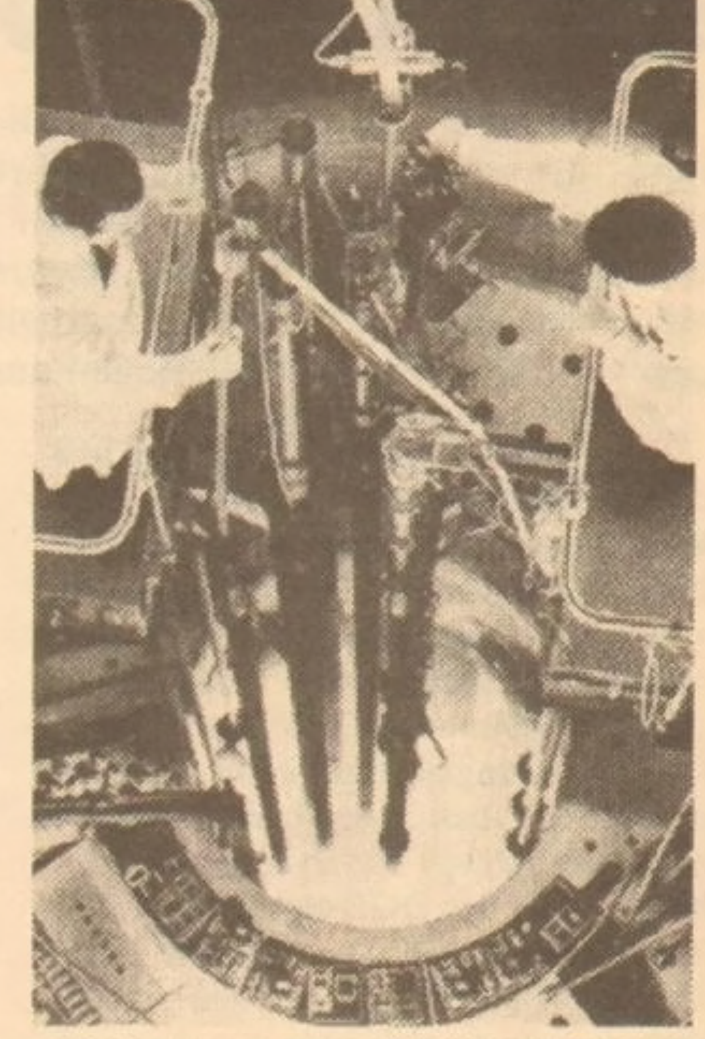
Volkskorrespondenz

Am 18. 8. 78 kam es in der Jülicher Kernforschungsanlage zu einem weiteren Störfall in wenigen Monaten. Bei einer Reparatur flossen 150 Liter radioaktives Wasser aus dem Kreislauf aus. Fünf Liter des giftigen Wassers verdunsteten und wurden durch den Kamin in die Umgebung abgelassen.

Die KFA-Bonzen beeilten sich sofort mit einer Erklärung, daß die Strahlenbelastung für die Bevölkerung und die Kollegen, die die Reparatur durchführten, „unwesentlich" war. Allein aus den Angaben der KFA-Jülich geht aber hervor, daß die Menge an radioaktivem Tritium, die am Freitag abgelassen wurde, über 20mal höher ist, als dem genehmigten Tagesdurchschnitt entspricht.

Um das nicht offen sagen zu müssen, haben die KFA-Bonzen einen ganz einfachen Trick benutzt: Sie sagen, die Angabe an Radioaktivität sei nur 6 Prozent der genehmigten Jahresabgabe gewesen. Überhaupt stellen sie die „gesetzlich zulässigen Werte" an Radioaktivität als besonders harmlos hin. Die Kollegen hätten nur 10 Prozent der „gesetzlich zulässigen Werte" mitbekommen. Das wird heißen, daß sie die Strahlung von 36 normalen Arbeitstagen in der KFA an einem Tag abbekommen haben.

Das schlimmste dabei ist, daß die Lokalpresse den Vorfall zwar mit einer Schlagzeile auf der ersten Seite bringt, aber nirgends von dem Schaden spricht, der wirkliche eingetreten ist, sondern nur verharmlost. Zwei Störfälle in letzter Zeit in Jülich zeigen, was es mit den Lügen der Bonzen von Kernenergie und der Regierung über die sichere Atomkraft auf sich hat. Wenn eine Anlage erst einmal so alt ist wie der jetzt abgeschaltete Forschungsreaktor, dann häufen sich die Störfälle. Das einzig sichere daran ist, daß die Kernenergie-Kapitalisten nur an ihre Profite und nicht an den Schutz der Bevölkerung denken.



Kernforschungsreaktor in Jülich

Solidaritätssportfest

Solidaritätssportfest für die Angeklagten im Hamburger Antifaschisten-Prozeß. Jeder ist herzlich zum Mitmachen bei einem Mannschaftsmehrkampf eingeladen! (Natürlich auch zum Zuschauen.) 17. 9. 1978, 10 Uhr, Waller Baggersee, Bremen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag

Bochum:
Filmveranstaltung, 31.8. um 19.30 Uhr, Am alten Amt, Wittener Str. 142

Dortmund:
Filmveranstaltung, 1.9. um 19 Uhr, Reinoldi-Gaststätte, Reinoldistr. 7

Duisburg:
3.9. um 17 Uhr, Gaststätte Schörken, Duisbg.-Meiderich, Gartsträucherstr. 105

Düsseldorf:
2.9. um 18.30 Uhr, Gaststätte Fleischerinnung, Rather Straße

Essen:
Veranstaltung des Buchladens J. Vetter, 5.9. um 19.30 Uhr, Bürgerhaus Isingerfeld, Essen-Kray, Meistersingerstraße

Hannover:
2.9. um 19 Uhr, Bar Recreo, Hannover-Linden, Diekbornstraße

Kassel:
Filmveranstaltung: „Der letzte Winter" (alb.), 2.9. um 20 Uhr, Schillereck, Schillerstraße

Köln:
3.9. um 17 Uhr, Haus Hemmersbach, Neußer Straße 69, gegenüber Agneskirche

Münster:
1.9. um 19 Uhr, Gaststätte „Goldenes U", Kampstraße, an der Kreuzkirche

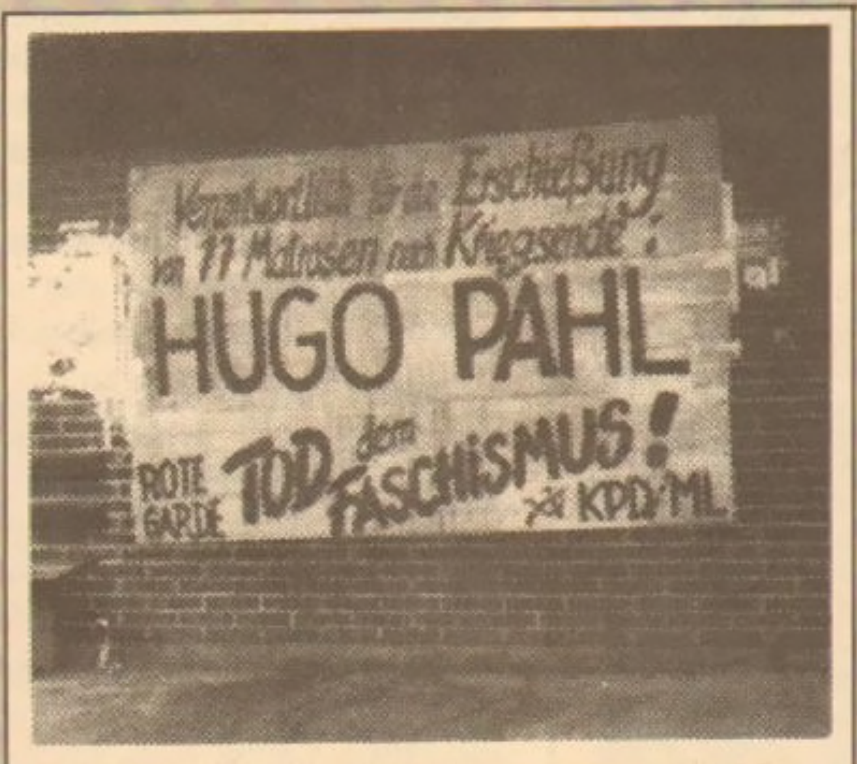
Nürnberg:
2.9. um 18 Uhr, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstraße 103

August im Bild

Frankfurt. Hunderte von Antifaschisten demonstrierten gegen einen provokativen Aufmarsch der Neonazis. Die braunen Banditen konnten sich — wie gehabt — voll auf die Kommandos der Frankfurter Polizei stützen, die brutal gegen Antifaschisten vorging und mehrere von ihnen festnahm.



„Die Mauer muß weg!" Unter dieser Parole führten die Braunschweiger Genossen eine Propagandaaktion zum Jahrestag des Mauerbaus durch (unser Bild). Unter der gleichen Parole fand in Westberlin eine Kundgebung der Partei statt.



Heidelberg. Hugo Pahl ist einer jener Nazi-Mörder, die noch nach Kriegsende als Richter der Hitler-Diktatur Soldaten zum Tode verurteilten. Heute lebt er als Unternehmer in Heidelberg. Die Genossen prangerten mit großen Wandzeitungen und Flugblättern seine Verbrechen an.



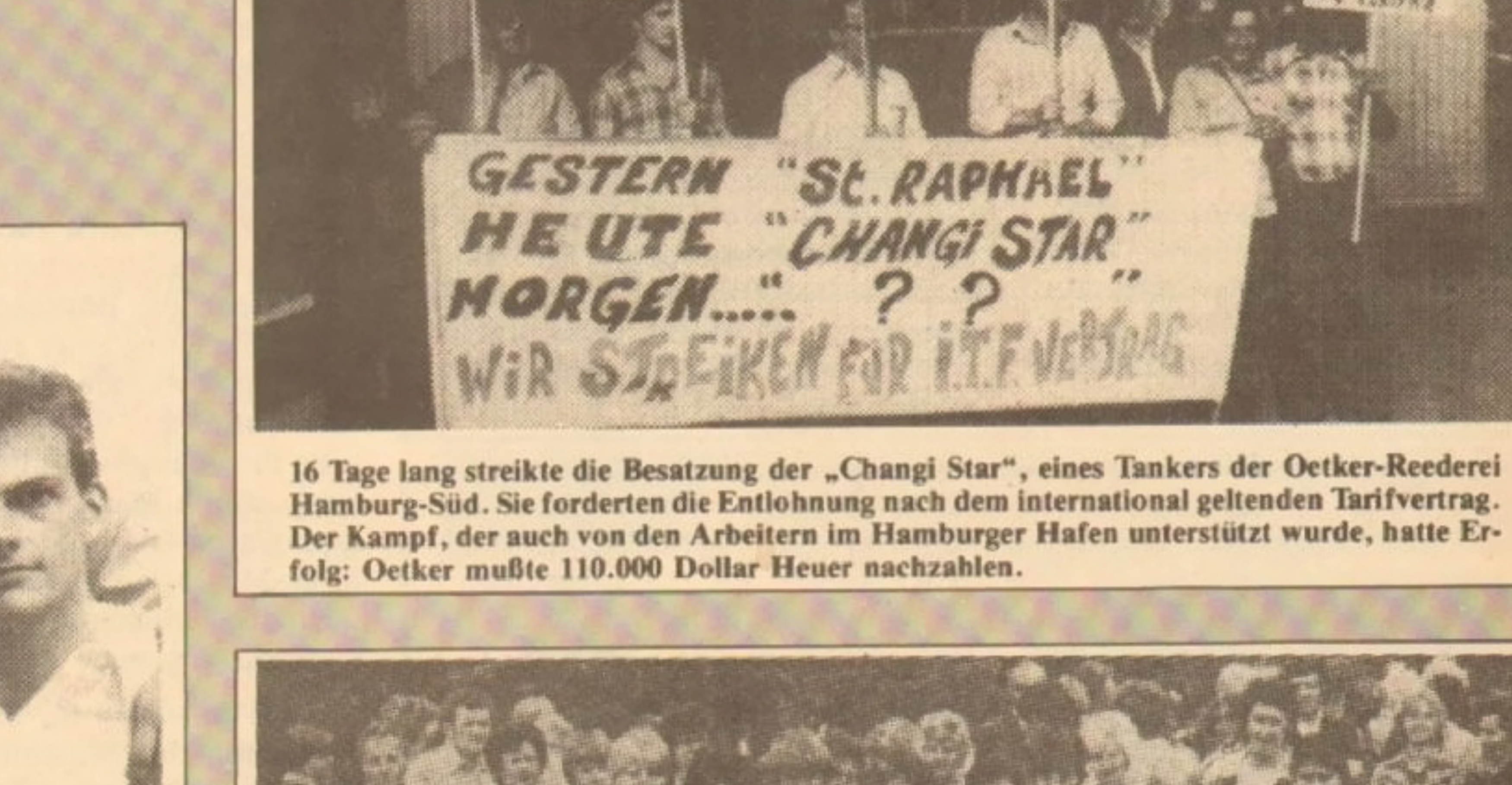
Westberlin. Fast zwei Wochen lang streikten rund 10.000 Bauarbeiter für angemessene Vergütungen der Fahrtkosten und für Wegegeld. Die Bonzen der IG Bau Steine Erden jedoch handelten ein schändliches Abkommen aus, in dem z. B. die Forderung nach Wegegeld ganz unter den Tisch gefallen ist. 53 Prozent der Kollegen stimmten in der Urabstimmung gegen diesen Abschluß.



Essen. Wie in anderen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin, so informierten auch in Essen die Genossen der Partei die Werktätigen über die feindlichen Akte der chinesischen Führer gegen das sozialistische Albanien.



Stuttgart. „Weg mit Filbinger!" Eine Forderung, die in den letzten Wochen — vor allem in Baden-Württemberg — von vielen Werktätigen erhoben wurde. Unser Bild zeigt eine Flugzettel-Aktion des Komitees „Weg mit Filbinger" in Stuttgart.



16 Tage lang streikte die Besatzung der „Changi Star", eines Tankers der Oetker-Reederei Hamburg-Süd. Sie forderten die Entlohnung nach dem international geltenden Tarifvertrag. Der Kampf, der auch von den Arbeitern im Hamburger Hafen unterstützt wurde, hatte Erfolg: Oetker mußte 110.000 Dollar Heuer nachzahlen.



Hamburg. Zweieinhalb Wochen lang reiste der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" bei einer Gastspielreise durch die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Viele tausend Menschen haben die Vorstellungen besucht und die Auftritte des „Roten Sprachrohrs" mit stürmischem Beifall bedacht. Unser Bild: die Mitglieder des Agitproptrupps mit albanischen Genossen.

Dortmund. An zwei Schulen wurde am ersten Tag des neuen Schuljahrs in Dortmund gestreikt. Im einen Fall ging es um die willkürliche Versetzung eines Lehrers. Im anderen Fall (unser Bild) weigerten sich die Schüler mehrerer Klassen mit Unterstützung ihrer Eltern, sich in eine andere, vier Kilometer entfernt liegende Schule verlegen zu lassen.

Iran: Nach dem Massaker Panzer in Abadan

Es geschah ausgerechnet an jenem Tag, an dem der Schah das 25jährige Bestehen seines faschistischen Regimes feierte, an jenem Tag, als überall im ganzen Land sich die Werktätigen zu neuen Protestaktionen gegen dieses Regime rüsteten: In der Hafenstadt Abadan ging ein großes Kino in Flammen auf. Rund 400 Menschen fanden



einen qualvollen Tod. „Extremisten" am Werk, so hetzten der Schah und sein Hofstaat. Aber nicht einmal die bürgerliche Opposition im Iran wagte das nachzubeten. Sie sprach vielmehr von einer deutlichen Ähnlichkeit mit dem von den deutschen Nazis inszenierten Reichstagsbrand.

Zu offensichtlich waren auch die Tatsachen: Da waren alle Türen des Kinos verschlossen und der Schlüssel blieb verschwunden. Da hatte die angerückte Feuerwehr erst keine richtige Spritze und dann kein Wasser zum Löschen. Die Toten von Abadan gehen auf das lange Mordkonto der faschistischen Diktatur. Bezeichnend auch, daß der Schah ausgerechnet seinen berüchtigten Geheimdienst Savak — den wahrscheinlichen Brandstifter — mit der „Untersuchung" des Brandanschlags beauftragt hat.

Die Werktätigen von Abadan jedenfalls, von denen viele Angehörige bei dem Massaker verloren haben, wußten, wen sie für das Verbrechen verantwortlich machen müssen: Sie erhoben sich zu machtvollen Demonstrationen gegen die Diktatur. Und wieder einmal ließ der Schah, der noch kurz zuvor sein Mitleid mit den Verbrannten geheuchelt hatte, seine Panzer rollen. Armee und Polizei gingen mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor und eröffneten das Feuer auf sie.

Libanon: Israelische Terrorangriffe auf Flüchtlingslager

In der vergangenen Woche flogen israelische Terror-Bomber wieder Luftangriffe auf Städte und palästinensische Flüchtlingslager im Libanon. Mindestens fünf Menschen sind dabei ermordet worden. Die größten Zerstörungen gab es in dem Lager Bordsch el Baradschneh in der Nähe der Hauptstadt Beirut.

Italien: Eisenbahner streiken

Streikaktionen der italienischen Eisenbahner legten in der vergangenen Woche einen Teil des italienischen Schienenverkehrs lahm. Die revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen beschimpften den Streik als „Erpressung".

Frankreich: Wieder Streikaktionen der Fluglotsen

Am Wochenende begannen die französischen Fluglotsen eine neue Bummelstreik-Aktion. Sie kämpfen für höhere Löhne und ausreichende Sicherheitsvorkehrungen im Flugverkehr.

Spanien: Polizei gegen Hafenarbeiter

Schwere Kämpfe entwickelten sich in der baskischen Stadt Vigo, als die Polizei gegen streikende Hafenarbeiter vorging. Mehrere Arbeiter wurden verletzt. Zu Straßenschlachten kam es auch in Pamplona, wo die Polizei mit Gummigeschossen und Gasgranaten eine Demonstration für die politischen Gefangenen zerschlagen wollte.

Australien: Massenkämpfe gegen Sparprogramm

Steuererhöhungen für die Werktätigen und neue Preissteigerungen — das ist der Kern des „Sparprogramms", mit dem die australische Regierung noch weitere Lasten der Krise auf den Rücken der Werktätigen abwälzen will. Dagegen hat sich im ganzen Land eine breite Protestbewegung entwickelt. In Melbourne legten die Hafenarbeiter und die Bauarbeiter die Arbeit nieder und zogen in Protestdemonstrationen durch die Stadt. Ministerpräsident Fraser wurde von empörten Demonstranten mit Eiern und Farbbomben beworfen. In Sydney und Brisbane nahm die Polizei über 100 Demonstranten fest.

Nicaragua: Generalstreik

Die Massenkämpfe gegen das faschistische Somoza-Regime in Nicaragua haben sich in den letzten Wochen weiter zuge-



spitzt. Am Wochenende wurde zu einem Generalstreik gegen die Diktatur aufgerufen.

Peru: Bergarbeiter setzen Streik fort

Seit dem 4. August stehen 40.000 Bergarbeiter im Streik. Sie fordern höhere Löhne und die Wiedereinstellung von 320 entlassenen Kollegen. Das peruanische Regime verkündete den Ausnahmezustand und schickte starke Armee-Einheiten in die Bergbaugebiete. Ende der letzten Woche führten 12.000 Bergarbeiter in der Hauptstadt Lima machtvolle Protestdemonstrationen gegen den Ausnahmezustand und für die Verwirklichung ihrer anderen Forderungen durch.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN



Portugal



Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Der Vatikan — ein multinationaler Konzern

Der Vatikan hat einen neuen Chef. Johannes Paul der Erste wird nun als Nachfolger von Papst Paul dem Sechsten als Herrscher über Millionen Katholiken regieren. Und nicht nur über diese. Eine Vielfalt von Aufgaben wartet auf ihn. Ganze Bände könnte man füllen, wollte man die reaktionäre, menschenfeindliche Politik des Vatikan im einzelnen nachzeichnen. Wir wollen und hier nur auf einen Aspekt beschränken, einen, der bis heute mit dem Schleier des Geheimnisses und der Verschwiegenheit umhüllt ist: die Finanzen des Vatikan.

Pauls Nachfolger wird nicht nur der oberste Herr über eine Heerschar von fünf Millionen Menschen sein, die im Dienst der Kirche arbeiten, vom Kardinal bis zur schlechtbezahlten Krankenschwester. Er tritt auch an die Spitze eines multinationalen Konzerns, der in der Skrupellosigkeit seiner Geschäftspolitik wahrhaftig neben den Rockefeller oder Siemens bestehen kann. Den wesentlichen Grundstock zu diesem gewaltigen Unternehmen legten niemand anderes als die Schwarzhemden des faschistischen Diktators Mussolini.

Dazu muß man folgendes wissen: In den großen sozialen und Befreiungskämpfen des vergangenen Jahrhunderts war auch der ursprüngliche Vatikanstaat untergegangen. Jahrzehntelang haderten und schacherten die verschiedenen Päpste und ihr Anhang mit der italienischen Bourgeoisie über Entschädigungen für diesen Verlust. Und erst Mussolini schaffte Abhilfe. Er schenkte dem katholischen Klerus, was ihm gar nicht gehörte: nämlich einen Teil der Hauptstadt Rom, den heutigen Vatikanstaat. Als Dreingabe bekamen die Herren im Petersdom eine Reihe von Privilegien wie etwa die völlige Steuerfreiheit, die Zollfreiheit, eine eigene Gerichtsbarkeit usw. usf.

Doch damit nicht genug: In dem berüchtigten Vertrag von 1929 zwischen dem Papst und dem faschistischen Diktator wurde festgelegt: „Die italienische Kirche verpflichtet sich, den Vertrag zu verwirklichen, indem sie die Summe von 750 Millionen Lire an den Heiligen Stuhl zahlt und ihm gleichzeitig 5prozentige Schatzscheine im Nominalwert von einer Milliarde Lire überschreibt." Diese gewaltige Summe, die dem damaligen Wert von 90 Millionen Dollar entsprach, dieses großzügige Geschenk, das dem italienischen Volk abgepreßt wurde, bildete den wichtigsten Grundstein für die weitverzweigten kapitalistischen Unternehmungen des Vatikans bis in die heutige Zeit.

Natürlich war es ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. So verpflichtete sich etwa der Papst, seine Priester den Treueeid auf den faschistischen Staat schwören zu lassen. Und auf Gegenseitigkeit beruhte auch nach dem Sturz der faschistischen Diktatur das Verhältnis zwischen Vatikan und dem neuen „demokratischen" Staat in Italien. Denn die Bourgeoisie, die sich nach dem Krieg einer starken revolutionären Volksbewegung gegenübersah, wußte sehr wohl, welche Bedeutung die uneingeschränkte Unterstützung durch den Vatikan und die katholische Kirche für die Festigung ihrer Macht hatte. So blieben denn auch alle zwischen Papst und Faschisten geschlossenen Verträge bestehen.

Das galt auch für ein besonderes Geschenk, das Mussolini noch kurz vor seinem verdienten Ende dem Vatikan gemacht hatte: Er befreite ihn von jeglichen Steuerabgaben auf die Aktien-Dividenden, die ihm in reichlicher Form aus seinen Beteiligungen in Italien zuflossen. 1962 ließ sich der Vatikan dieses Geschenk vom Finanzminister Martinelli ausdrücklich bestätigen. Die Sache hatte nur einen Haken: Sie war vollständig ungesetzlich. Es gab einigen Wirbel darum, und der Papst ließ, ganz wie es sich für einen Konzernchef gehört, seine wirtschaftliche Macht spielen. Er drohte mit dem kurzfristigen Verkauf aller Aktien, die der Vatikan an italienischen Unternehmen hält. Mit Hilfe des damaligen Ministerpräsidenten Moro wurde schließlich das ungesetzliche Geschenk an den Vatikan einfach durch ein neues Gesetz legalisiert. Ein Geheimgesetz übrigens, denn von seiner Existenz wußte über Jahre hinweg nicht einmal das italienische Parlament.



„Er will gar nicht beichten, Monsignore, er möchte einen Börsentip vom Vatikan."

Was ist das nun für ein Aktienbesitz, mit dem der Vatikan eine so entscheidende Rolle in der italienischen Wirtschaft und Politik spielen kann? Wie gesagt, über all das hat der „Heilige Stuhl" bewußt den Mantel des Schweigens gelegt. Er veröffentlicht keine getürkten Bilanzen wie andere Konzerne, sondern überhaupt keine. Und die Bank, von der aus die kapitalistischen Operationen des Vatikan geleitet werden, hat den sinnigen Namen „Institut für fromme Werke".

Nun, eines dieser „frommen Werke" ist die Beteiligung an der „Immobiliare", einer der größten Grundstücks- und Baugesellschaften der Welt. Und diese Beteiligung war immerhin so stark, daß man die „Immobiliare" eine Tochtergesellschaft des Vatikans nannte. Nicht nur in Italien, auch im Ausland war diese Gesellschaft aktiv, sie baute und betreibt unter anderem auch den berühmten „Watergate"-Komplex in Washington. Zu den größeren Objekten gehört auch die Errichtung der Trabantenstadt Lomas Verdes bei Mexiko City, die 100.000 Einwohner haben soll. Die Beteiligung an der „Immobiliare" — der Vatikan soll in der letzten Zeit übrigens einige Aktienpakete verkauft haben — ist nur eines der „frommen Werke".

Es gibt kaum einen Bereich in der italienischen Wirtschaft, wo der Vatikan nicht seine Profite machen würde. Genannt seien nur der Konzern Finsider, der 90 Prozent des Stahlmarkts beherrscht und die Lancia-Automobilwerke. Für einen italienischen Werktätigen sieht das dann etwa so aus: seine täglichen Spaghetti — der Vatikan verdient mit; das Wasser, in dem sie gekocht werden — der Vatikan verdient mit; das Gas, mit dem das Wasser erhitzt wird — der Vatikan verdient mit. Und so könnte man die Kette immer weiter führen. Bis dorthin, wo ein solcher Werktätiger, durch die Teuerung an den Rand des Ruins gebracht, seine letzten Wertgegenstände versetzen muß. Die „Monti di Pietà"-Leihhäuser (Betreiber: der Vatikan) werden sich dann seiner annehmen.

Der Papst und seine Mannschaft, sie sind weiß Gott nicht zimperlich in ihren Geschäften. So sollte ihre Beteiligung an dem Chemiefaser-Konzern „Snia Viscosa" niemanden wundern, auch dann nicht, wenn man weiß, daß dieser Konzern Munition für Kriegswaffen produziert. Schließlich gehört ja das Segnen der Waffen in den Händen der imperialistischen Kriegstreiber zu den alltäglichsten Aufgaben der katholischen Kirche. Befremdlicher ist da vielleicht schon die Beteiligung beim „Instituto Farmacologico Serono". Denn dort wird mit päpstlichem Kapital die Antibaby-Pille „Luteolas" hergestellt. Aber wie dem auch sei: Die Pharmaindustrie bürgt ja bekanntermaßen für besonders hohe Profite.

Die Milliarden des Vatikan sind aber heute längst nicht mehr alleine in Italien angelegt. Bekanntlich ist ja dieses Land besonders stark von der kapitalistischen Krise geschüttelt. Also sind die Herren mit dem frommen Blick rechtzeitig bei den ganz Großen eingestiegen: bei der New Yorker Chase Manhattan Bank etwa, bei Exxon (Esso), bei Unilever, Westinghouse usw. Wahrscheinlich hat der Vatikan allein in US-amerikanischen Monopolen etwa zwei Milliarden Dollar angelegt. Und wie sieht es mit dem Aktienkapital in Italien aus? Die frommen Herren schweigen eisern. Ein italienischer Finanzminister hat einmal (1967) die Summe von 100 Milliarden Lire (666 Millionen Mark zu damaligem Kurs) genannt. Experten sind sich jedoch einig, daß diese Zahl viel zu niedrig ist. Das britische Industrie-Organ „Economist" gab die wirkliche Summe mit 22 Milliarden Mark, die amerikanische „Times" mit 40 bis 60 Mrd. Mark an. Diese Zahlen kommen der Wahrheit wohl näher.

Und die Profite aus den kapitalistischen Unternehmungen sind ja beileibe nicht die einzigen Einkünfte des Vatikan. Da gibt es die Einnahmen aus den Münzen, den Briefmarken des Vatikanstaats und woraus die Herren sonst noch klingende Münze schlagen. Nicht zu vergessen auch das erbarmungslose Schröpfen der nach 710 Millionen Menschen zählenden katholischen Christenheit. Einmal im Jahr wird unter all diesen Menschen der sogenannte „Petrus-Pfennig" erhoben, eine Spende, die direkt, ohne Abzüge und bar in die Kasse des Papstes fließt. Da kommen dann allein in den USA pro Jahr 5 bis 20 Millionen Dollar zusammen.

Im Vatikan

Durch die langgestreckten Gänge,
Durch die hochgewölbten Säle
Schlürfen leise, Ohren raunend,
Scheuen Blicks die Kardinäle.

Nachtgewohnte Fledermäuse,
Die sonst gern im Dunkeln blieben,
Huschen hin und her bei Tage.
Was hat sie ans Licht getrieben?

Wie sie horchen! Wie sie lauern!
Wie die klugen Äuglein blitzen,
Während sich verkniffne Lippen
Frömmelnd zum Gebete spitzen!

Seiner Heiligkeit, dem Papste
Nahet sich das bittre Sterben,
Und durch alle Schlüssellöcher
Spähen wartend seine Erben.

Ludwig Thoma (1867-1921)

Und trotzdem konnte der verblichene Paul über nichts so bewegend lamentieren, wie über „Unsere heilige Armut und den Mangel Unserer Geldquellen". In Armut, das ist bekannt, lebt ein großer Teil jener 710 Millionen Katholiken, etwa in Lateinamerika. Das ist allerdings keine „heilige" Armut, sondern eine, die Gründe hat: die gnadenlose Ausbeutung durch die einheimischen und die ausländischen Kapitalisten. Und ein Teil dieser Gründe ist der Vatikan selbst. Nicht nur durch seinen päpstlichen Segen für das System der Ausbeutung, sondern auch ganz weltlich durch seine Aktienpakete bei den internationalen Monopolen.

Frankreich

„Sparpolitik" gegen die Werktätigen

Kaum ein Ereignis in den letzten Monaten hat die Öffentlichkeit in Frankreich so stark bewegt, hat so heftige Empörung unter den Werktätigen hervorgerufen wie die kürzlich erfolgte Freigabe des Brotpreises durch die Pariser Regierung. Die unmittelbare Folge: Bis zu 20 Prozent mehr müssen jetzt die Franzosen für ihre Baguettes bezahlen. Sicher — auch als der Brotpreis noch staatlich festgelegt war, war dieses wichtigste Lebensmittel für die Werktätigen nicht etwa gleichbleibend billig gewesen.

Erst im April hatte es einen Aufschlag von neun Prozent gegeben, im Verlauf der letzten zwölf Monate waren es im ganzen 24 Prozent gewesen. Und auch wenn die bürgerliche Propaganda alles versucht, um die Sache so hinzustellen, als habe das Brot schon lange seine Bedeutung als Grundnahrungsmittel verloren: Die Arbeiterhaushalte sind von dieser Teuerung stark betroffen. Denn sie geben etwa ein Prozent ihres Einkommens für Brot aus.



Gegen die streikenden Moulinex-Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Juni alle zwölf Moulinex-Werke bestreikt haben, wurde Polizei eingesetzt, um so die Fabriken, die größtenteils besetzt waren, mit Gewalt zu räumen.

Aber es ist nicht nur der neue Aufschlag, der jetzt Verbitterung ausgelöst hat. Die staatliche Kontrolle über den Brotpreis, die jetzt von der Regierung Barre aufgehoben wurde, ist eine der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution gewesen. Sie wurde 1791 von den Jakobinern, dem radikalen Flügel der Bourgeoisie, gegen den erbitterten Widerstand der Spekulanten und anderer reaktionärer Elemente durchgesetzt. Damals eine Sache, die im wahrsten Sinne über Leben oder Tod des Volkes mitentschieden hat. So ist die gegenwärtige Maßnahme zu einem Symbol für den reaktionären Charakter der „Sparpolitik" geworden, die von der Regierung Barre gegen die Werktätigen betrieben wird.

Barre, ein ehemaliger Boss im Rothschild-Imperium und von dort auf den Sessel des Ministerpräsidenten hinübergewechselt, hatte nach den Wahlen im Mai ein Paket von Maßnahmen in Gang gesetzt, die darauf abzielten, zugunsten der Monopole den Werktätigen noch tiefer in die Taschen zu greifen. So wurden etwa die öffentlichen Tarife drastisch hochgeschraubt, bei der Bahn um 15, bei der Post um 20 Prozent. Der Bezug von elektrischem Strom wurde um elf, der von Kohlen um 17 Prozent verteuert, usw. usf.

Gleichzeitig werden die Kapitalisten noch weiter von Steuerlasten befreit, werden Milliardensubventionen für sie ausgeschüttet. Das gilt jedoch nur für „lebensfähige Unternehmen", sprich: für die Monopole. Sie sollen noch stärker werden, auch dadurch, daß ihnen die kleineren „nichtlebensfähigen" Betriebe zum Fraß vorgeworfen werden. Ein besonderes Geschenk für die Kapitalisten ist auch die Befreiung von der Pflicht, Sozialbeiträge abzuführen, wenn sie jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahre einstellen. Das ist jedoch nicht etwa mit der Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden. Denn die Bosse brauchen den betroffenen Jugendlichen nur Sechs-Monats-Arbeitsverträge zu geben. Sie haben damit also ein Potential von billigen Arbeitskräften, die sie nach Belieben einsetzen und auch wieder feuern können.

Heute schon gibt es 1,4 Millionen Arbeitslose in Frankreich. Die Kapitalisten selbst erklären, eine weitere halbe Million Beschäftigter in ihren Betrieben wäre „zuviel", eine offene Drohung mit neuen Massenentlassungen. Und unbarmherzig setzen sie die Rationalisierungsschraube an, versuchen sie, die Löhne immer tiefer zu drücken (in der Automobilindustrie z. B. liegen heute die Arbeiterlöhne um ein Drittel unter denen in der Bundesrepublik).

Die französischen Arbeiter jedoch haben diesen Angriffen der Kapitalisten und ihrer Regierung einen starken Widerstand entgegengesetzt. In den Renault-Werken entwickelte sich eine breite Streikbewegung. Abteilungen — oder wie in Cleon — ein ganzes Werk wurden besetzt. Auch die meisten Fabriken des Hausgeräte-Konzerns Moulinex wurden von den Arbeitern besetzt. Die Beschäftigten des Textilkonzerns Boussac sperrten aus Protest gegen drohende Entlassungen eine wichtige Straße in den Vogesen. In Marseille traten Werftarbeiter und Hafenarbeiter gemeinsam in den Streik. Ähnliche Kämpfe entwickelten sich auch in anderen Branchen. Und in vielen Fällen, wie etwa bei den Besetzungen von Renault, mußten die Arbeiter auch gegen die revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen kämpfen, die diesen Aktionen entgegentraten.

Die französischen Kapitalisten haben zwar in einigen Branchen noch vor den Sommerferien Lohnraubabschlüsse durchgepeitscht. Aber sie selbst wissen sehr genau, daß damit die Sache nicht gegessen ist. Denn keine der wichtigsten Forderungen, die in den Kämpfen der letzten Monate gestellt wurden, ist auch nur annähernd erfüllt worden (diese Forderungen waren unter anderem: Lohnerhöhungen von ca. 300 Francs monatlich, Abschaffung der unteren Lohngruppen, Verlängerung des Urlaubs auf fünf Wochen). So erklärte denn auch der Chef des Kapitalistenverbands, Ceyrac, daß er nicht daran glaube, daß es in den Betrieben ruhig bleiben wird. „Die Periode nach der Rückkehr (aus den Sommerferien) wird schwierig sein. Aber noch schwieriger wird meines Erachtens das Frühjahr 1979."

Britannien

Arbeiter wehren sich gegen Lohnraub-Feldzug

Die sozialdemokratische Regierung in London will im Auftrag der Kapitalisten in den nächsten Monaten die Löhne der Arbeiter noch weiter nach unten drücken. In dem mit diesem Monat beginnenden neuen Tarifjahr soll der Lohn bei einer Erhöhung von fünf Prozent festgefroren werden. Im vergangenen Jahr waren es noch zehn Prozent. Begründet wurde dieser geplante Raubzug — wieder einmal — mit der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Britanniens, mit der Notwendigkeit zu sparen. Und sparen sollen — wie gehabt — die Arbeiter und kleinen Angestellten. Den Staatsbediensteten der oberen Ränge gewährte die Regierung noch im alten Tarifjahr einen kräftigen Aufschlag von 50 Prozent, den Polizisten ein Plus von 45 Prozent (jeweils für eine Laufzeit von zwei Jahren).

Diese arbeiterfeindlichen Pläne haben den ersten starken Schlag schon durch die Aktionen der Marinearbeiter bekommen. Um die Forderung von 183.000 von der Regierung — zumeist in der Rüstung — beschäftigten Arbeitern nach einer 14prozentigen Lohnerhöhung zu bekräftigen, verhinderten die Kollegen in den schottischen Faslane-Docks durch einen Streik das Auslaufen des britischen Atom-U-Boots „Revenge". Als Soldaten als Streikbrecher eingesetzt wurden und die „Revenge" schließlich startklar machen konnten, wurde der Streik auf die drei anderen Atom-U-Boote ausgeweitet, die nach dem Auslaufen der „Revenge" zum Überholen in den Docks lagen.

Auch in den anderen Branchen halten größere Streiks und kleinere Kampfaktionen an. Beispiele dafür sind der Überstundenboykott der Post-Techniker, der mehrere Wochen dauernde Streik in der Drainage-Fabrik Hepworth, die zahlreichen Teilstreiks in verschiedenen Autowerken usw. Neben der Forderung nach höheren Löhnen steht oft auch die Entschlossenheit zur Verteidigung der Arbeitsplätze am Beginn solcher Kampfaktionen. So zum Beispiel in der Druckindustrie. Wie bei uns wollen auch in Britannien die Druck-Kapitalisten mit der Einführung neuer Techniken die Betriebe gründlich durchrationalisieren. Und wie bei uns können sie dabei auf die tatkräftige Mithilfe der reaktionären Gewerkschaftsbonzen rechnen, von denen die Einführung der neuen Techniken mit allen Folgen abgesegnet wurde.

Die Belegschaften sämtlicher Londoner Zeitungsbetriebe jedoch lehnten die zwischen Bossen und Bonzen ausgemauschelten Verträge in Urabstimmungen ab. Und seit Monaten schon wehren sich die Arbeiter dagegen mit einer Serie von Streiks, die von den Verrätern in den Gewerkschaftszentralen als Aktionen von „Extremisten" beschimpft werden. Im ersten Vierteljahr konnten aufgrund dieser Kämpfe die Zeitungsverlage 27 Millionen Exemplare ihrer Blätter nicht ausliefern. Allein die „Times" erlitt während dieses Zeitraums einen Auflagenverlust von 20 Prozent.

Diese Kämpfe der britischen Arbeiter, die zum Teil auch gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer geführt wurden, zeigen deutlich, daß die Fünf-Prozent-Lohnleitlinie eine Sache ist, über die noch lange nicht entschieden ist.

Ferrel/Portugal

II. Internationales Jugendtreffen

Ferrel — ein kleines Bauerndorf in der Nähe des Fischerstädtchens Peniche. Hier, an der Küste Portugals, wurde am 7. August das II. Internationale Jugendtreffen eröffnet. Eingeladen hatte der Revolutionäre Kommunistische Jugendverband Portugals. Und aus allen Himmelsrichtungen waren die Gäste gekommen. Aus Spanien, der Deutschen Bundesrepublik oder Frankreich. Aus Angola, Brasilien oder Ost-Timor. Mit dabei und von allen Teilnehmern des Lagers besonders herzlich begrüßt: eine fünfköpfige Delegation des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens. Es war übrigens die gleiche Delegation, die auch zum 1. Kongreß der Roten Garde hatte kommen wollen, der aber von den westdeutschen Imperialisten die Einreise verweigert wurde.

Rund 3.000 Jugendliche aus Portugal und dem Ausland waren es schließlich, als in einer revolutionären und kämpferischen Atmosphäre das Lager offiziell eröffnet wurde. Gewiß, anfänglich hatte es viele Schwierigkeiten gegeben. Da war die Wasserversorgung unzureichend, die Lebensmittelversorgung nicht gesichert, fehlten die Toiletten usw. Aber die Meinung der meisten Genossen war: Diese Schwierigkeiten können behoben werden. So wurden die Ärmel hochgekrempelt, mit den einfachsten Hilfsmitteln Wasserleitungen gelegt, Latrinen gebaut usw.



Kaum eine Stunde verging im Zeltlager, in der nicht an irgendeiner Ecke etwas los war. Unter den Fahnen der FRAP und der Roten Garde hat sich gerade eine Musikgruppe zusammengesetzt.

Und die Mühe hat sich gelohnt. Die Tage von Ferrel werden den Genossen und Freunden noch lange im Gedächtnis bleiben. Sie alle, die an diesem Lager teilnahmen, verband der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Reaktionäre aller Schattierungen. Die Verbundenheit über alle Grenzen und Sprachbarrieren hinweg drückte sich in den zahlreichen Begegnungen, dem Erfahrungsaustausch, den Festen und kulturellen Veranstaltungen aus.

„Enver Hoxha! Albania socialista!" Diese Parole klang immer wieder durch das Lager. Ausdruck der tiefempfundenen Solidarität mit dem sozialistischen Albanien, seiner marxistisch-leninistischen Partei. Wenige Wochen vor Beginn des Lagers hatten die chinesischen Revisionisten ihre Entscheidung bekanntgegeben, jede wirtschaftliche und militärische Hilfe für das sozialistische Albanien einzustellen. Die Teilnehmer des Lagers waren beeindruckt von der klaren und festen Antwort, die die Delegation des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens auf diesen hinterhältigen Angriff der Pekinger Führer gab: „Wir waren darauf vorbereitet. Und es ist nicht das erste Mal, daß die Feinde des Sozialismus mit Erpressung und Sabotage gegen uns vorgehen. So wie die Tito- und Chruschtschow-Revisionisten, so werden auch sie damit scheitern. Wir werden noch entschlossener, gestützt auf die stählerne Einheit zwischen dem Volk und der Partei, unseren Weg des sozialistischen Aufbaus fortsetzen."

Ein Höhepunkt des Lagers war die Unterstützung des Kampfes, den die Bevölkerung in der Gegend von Ferrel schon seit langem gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerks führt, das dort von Siemens und der AEG gebaut werden soll. 2.000 bis 2.500 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration, die auch durch das Dorf Ferrel führte und dort von den Einwohnern begeistert begrüßt wurde.

Für die meisten Genossen und Freunde waren die Tage von Ferrel viel zu schnell verronnen. Aber man tröstete sich: „Bis zum nächsten Mal, zum III. Internationalen Jugendtreffen in Spanien oder Deutschland."

Starfighter greift schwäbisches Dorf an

Genau 1,15 Sekunden dauerte der Luftangriff. 77 Schuß Übungsmunition (20-mm-Granaten) gingen auf den Ort Seeburg bei Reutlingen nieder. Der Feuerstoß kam von einem Starfighter der Luftwaffe um 16.15 Uhr am letzten Donnerstag.

Getroffen wurden sechs Häuser der kleinen Ortschaft. Die Mehrzahl der Schüsse ging jedoch in einen Berg, der zwischen den Häusern liegt. Das Haus Döbler z. B. wurde viermal getroffen: Ein Geschoß ging durchs



Hier, einer von den 77 Schüssen aus der Bordkanone eines Starfighters, direkt in das Haus.

Fenster und landete im Besteckkasten des Küchenschranks, ein zweites durchschlug die Außenwand des Hauses und bohrte sich in die Schrankwand, ein drittes blieb im Fensterrahmen stecken, das vierte Geschoß zerriß einen Dachziegel. Familie Döbler war glücklicherweise gerade in Urlaub. Glück gehabt hatten auch die 13 Kinder, die im benachbarten Kindergarten spielten und die Bewohner eines anderen Hauses, wo eine der kleinen Granaten eine Hose im Kleiderschrank zerfetzte. Denn — wie ein Sprecher der Bundeswehr bestätigte — die fünf bis sieben Zentimeter langen Geschosse hätten Menschen verletzen oder töten können. Am Freitag dann große Hektik in Seeburg. Presse, Rundfunk, Fernsehen — alles ist da. Staatssekretär Bülow vom Verteidigungsministerium trifft ein. Besprechung mit Bürgermeister und Dorfpfarrer. Die Bevölkerung muß beruhigt werden. Das Schießen soll reduziert werden, ein Flugstopp wird erlassen, nach der Ursache geforscht: „Menschliches und technisches Versagen", heißt es.

Doch die Seeburger sind skeptisch. Zu gut kennen sie den Manöverterror, der in diesem Gebiet besonders stark ist. Kanadische, amerikanische, französische und deutsche Einheiten sind hier stationiert. Erst vor zwei Wochen sind kanadische Panzer in ein Naturschutzgebiet gefahren. Vor einem Jahr ging im benachbarten Laichingen mitten in der Stadt eine Leuchtrakete herunter — abgeschossen von einem französischen Flieger. Schießunfälle kommen häufiger vor. Nur gehen dann die Geschosse meistens in die Äcker und Wälder, wo es keiner so schnell merkt. Das ganze Übungsgelände „Münsingen" ist nämlich viel zu klein. Da wird dann einfach von außerhalb auf den Platz geschossen. So zum Beispiel über eine befahrene Straße hinweg. Bei Schießübungen wird die Straße von den Deutschen und Franzosen meistens abgesperrt. Die Amerikaner nehmen es da nicht so genau. Es ist vorgekommen, daß sie geschossen haben,

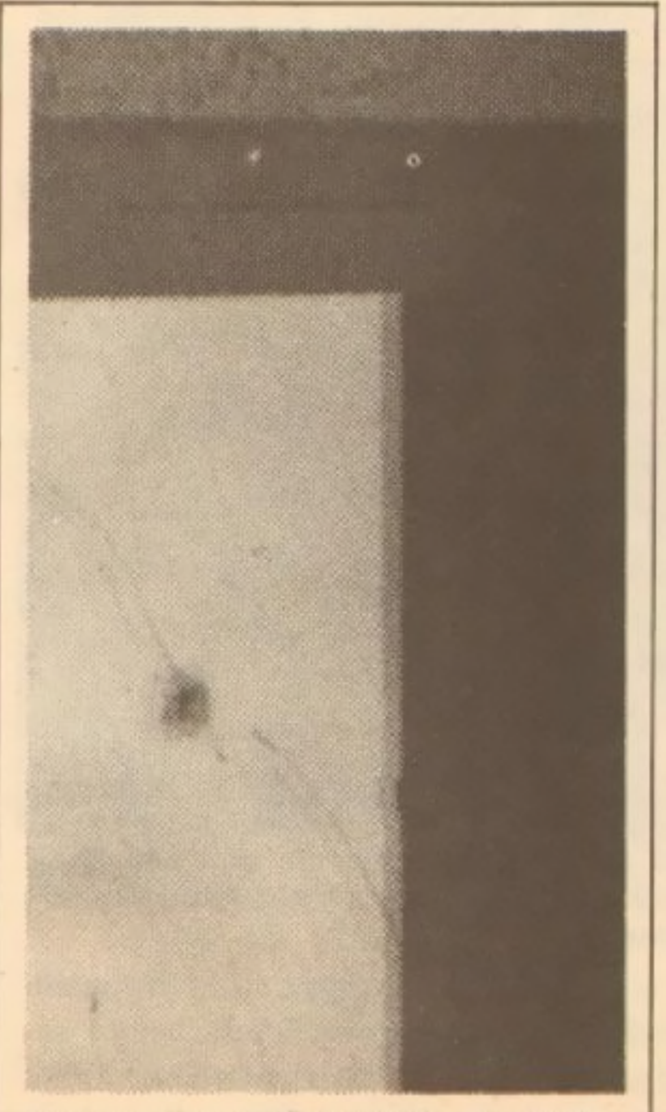


Der Schuß ging durch die Wand hindurch und auch noch durch den Schrank, der an der Wand stand.

ohne die Straße abzusperren.

Hinzu kommt dann noch die starke Belastung der Piloten. Die Flugzeuge fliegen zweimal die Woche (dienstags und donnerstags), kommen in „Rudeln" (drei oder vier Flugzeuge) und machen ihre Schießübungen. Letzten Donnerstag war es das Jagdbombergeschwader 34 aus Memmingen im Allgäu, das die Erlaubnis bekam, am Nachmittag für 30 Minuten ein ehemaliges Dorf auf dem Übungsplatz von Münsingen zu beschießen. Für die Piloten heißt das äußerste Konzentration: Sie müssen auf Sicht fliegen, exakt zu einem vorher bestimmten Zeitpunkt über dem Ziel sein und zum Anflug einen genau festgelegten Sektor von maximal zehn Grad Breite benutzen. Am letzten Donnerstag mußten die Schießübungen auch noch zweimal eingestellt werden, weil auf dem Gelände Menschen vermutet wurden. Einmal war es ein französischer Soldat, beim zweitenmal eine Schafherde. **Der Schießplatz ist nämlich nicht einmal abgesichert! Lediglich eine rote Fahne zeigt an, daß geschossen wird.**

Die Seeburger wollen, daß keine Angriffe mehr geflogen werden, daß die Schießübungen aufhören. Der Schreck sitzt ihnen noch in den Knochen, und zu recht haben sie Angst, daß in Zukunft noch Schlimmeres passiert. Viele meinen jedoch, daß sich da doch nichts ändern wird. Die Polizei schien der Vorfall am Donnerstag sowieso nicht sonderlich zu interessieren. Sie war gleich wieder weg, ohne auch nur einen Bruchteil der Granaten gefunden zu haben. Die Seeburger sind dann selber losgegangen und haben die Granaten im Hügel gefunden. Und was das Flugverbot anbetrifft: Bereits am Samstag konnte man im „Reutlinger Generalanzeiger" nachlesen, daß es bereits aufgehoben wurde. Es laufen ja jetzt auch in diesem Gebiet die großen Herbstmanöver an.



Hier ging ein Schuß mitten durch das Fenster eines Wohnhauses. Hätte ein Bewohner des Hauses am Fenster gestanden, wäre er heute tot.



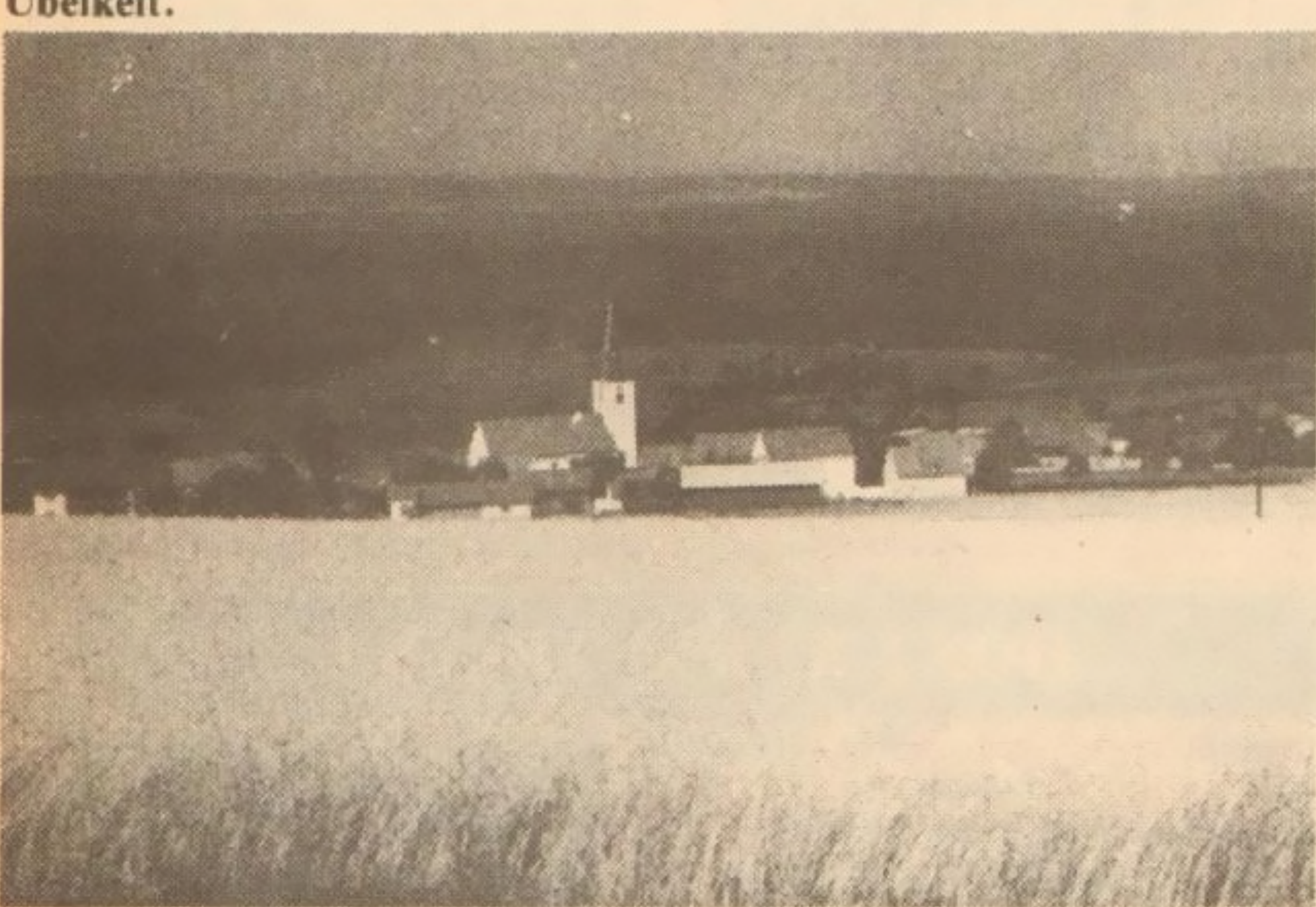
Staatssekretär Bülow erklärte bereits am Freitag letzter Woche auf einer Pressekonferenz: „Eine Wiederholung des Vorgangs kann nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden." Das zeigt, wie diese Herren, wie der Bonner Staat kaltblütig das Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzen.

Sie werden für die Bauern die üblichen Verwüstungen und Flurschäden, für die Soldaten Einsatz bis zur Erschöpfung, für die Bevölkerung Terror bringen. Seeburg und all die anderen Beispiele, von denen man fast täglich in der Zeitung lesen kann, entlarven den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr, der NATO, der imperialistischen Armee. Hier kommt der reaktionäre Charakter des Militarismus, die Verachtung der Bevölkerung zum Vorschein.

Kampf dem Manöverterror!
Nieder mit der imperialistischen Armee!

Giftgas-Manöver in der Oberpfalz

Kennath/Oberpfalz. (Korrespondenz) Wahrscheinlich auf das Konto der Besatzertruppen gehen die verheerenden Folgen, die Giftgaswolken in den Orten Kennath und Döswitz sowie auf dem Buchberg im Landkreis Amberg-Sulzbach hinterlassen haben: Blumen und Pflanzen verdorren, Blätter färben sich innerhalb von Stunden braun und rollen sich zusammen, Menschen leiden an Atemnot, Kopfschmerzen und Übelkeit.



Das ist der Ort Kennath in der Oberpfalz, in dessen Nähe mehrere Rauchsäulen mit giftigen Gasen aufstiegen. Wie Bewohner des Dorfes beobachteten, haben US-Soldaten Rauchbomben geschmissen, sich dann Gasmasken aufgesetzt und sind dann schnell verschwunden.

Am Montag, den 21. August, hatte es angefangen: Einige Bewohner von Kennath und Döswitz hatten aus dem Tal gelbliche Wolken aufsteigen sehen. Zum Teil glaubte man, es seien Nebelschwaden. Doch bald darauf spürten die Bewohner am eigenen Leib, daß es sich hier nicht um Nebel handeln konnte. Zuerst war es nur ein Kratzen im Hals, das immer stärker wurde, ein Brennen der Augen oder Juckreiz. Nach kurzer Zeit schon kam es bei mehreren Bewohnern zu Übelkeit, starker Atemnot und zu Erstikkungserscheinungen. Einige bekamen Kopfschmerzen. Schon fast verheilte Wunden begannen plötzlich stark zu schmerzen. Innerhalb weniger Stunden beginnen sich Blätter braun zu färben und einzurollen. Blumen und Pflanzen verdorren.

Wie üblich, versuchen die zuständigen Behörden zu beschwichtigen: Es handle sich um eine Giftgaswolke, die von der (immerhin 40 km entfernten) tschechischen Grenze herübergeweht sei. Doch angesichts der Tatsache, daß in den Dörfern der Umgebung keine Auswirkungen festgestellt werden konnten, ließ sich diese Behauptung nicht aufrechterhalten. Auch hatten Kinder in einem Garten, der besonders schwer betroffen war, leere Dosen unbekannter Herkunft gefunden. Am gleichen Tag waren ausländische Besatzertruppen, die durch ihre ständigen Manöver und Übungen die Bevölkerung der Oberpfalz terrorisieren, durch die Orte gefahren. Dabei wurde beobachtet, wie einige Soldaten „Rauchbomben" warfen, ihre Gasmasken aufsetzten und davonfuhren.

Beim genauen Beobachten der Schäden stellte man fest, daß nicht alle Pflanzen in gleicher Weise betroffen waren. Bestimmte Pflanzenarten sind vollständig eingegangen, z. B. Löwenzahn. Andere, wie die Brennessel, blieben unversehrt. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich bei dem carbidartig riechenden „Rauch" um Pflanzenvernichtungsmittel handelt, wie sie auch in Vietnam eingesetzt wurden und wie sie bei der Katastrophe von Seveso auftraten.

Dafür spricht auch, daß nach vier Tagen eine sogenannte ABC-Einheit der Bundeswehr eingesetzt werden sollte. Die bayrische Landesregierung, bzw. das Umweltministerium sieht das jedoch anders: Aus „ersten Untersuchungsergebnissen" wird gefolgert, „daß mit hoher Wahrscheinlichkeit Wirkungen von Kampfstoffen ausscheiden". Vielmehr soll es sich jetzt, nachdem die Behauptung von dem aus der CSSR herübergewehten Rauch nicht mehr aufrechterhalten werden kann, um Nebelkerzen gehandelt haben.

Merkwürdig nur, daß die bayrische Regierung es trotzdem für angebracht hält, höchstpersönlich am „Tatort" zu erscheinen. Bereits am dritten Tag nach diesem Vorfall bemühte sich eine dreiköpfige Untersuchungskommission, ungeachtet der Hitze von 28 Grad C im vollklimatisierten BMW direkt aus München



Welche Folgen die Giftgase bisher verursachten, das sieht man an den Pflanzen und Salatblättern, die braune Ränder bekamen und verdörrten — und es ist noch nicht vorhersehbar, welche Folgen dieses Gift noch für die Bewohner haben wird. Viele litten bisher bereits an Übelkeit, Atemnot und Kopfschmerzen.

nach Kennath und hielt sich tatsächlich volle 25 (fünfundzwanzig!) Minuten dort auf. Außerdem wurde die Bevölkerung von der Polizei über Lautsprecher davor gewarnt, in den nächsten Tagen Gemüse und Obst aus dem Garten zu essen sowie dem Vieh Grünfutter zu geben, das mit dem Gift in Berührung gekommen ist. Inzwischen ist Ernteverbot über ein Gebiet von 15 Quadratkilometern verhängt worden! Praktisch hieße das allerdings, daß das Vieh verhungern müßte. Denn wie soll man in so kurzer Zeit Futter in ausreichender Menge von auswärts besorgen?

Eine gründliche medizinische Untersuchung der Betroffenen halten die hohen Herren jedoch für „überflüssig". Angesichts dieser Tatsachen machen sich die Bauern auf etwaigen Schadensersatz keine großen Hoffnungen. „Für die Schäden in den Gärten gibt es sowieso nichts; da müßte schon eine Kuh krank werden oder eingehen. Aber auch dann ist es nicht sicher."

Aber noch ist die Gefahr nicht vorüber. Besorgniserregend ist, daß die Schäden an den Pflanzen nicht konstant bleiben, sondern Tag für Tag neue Blätter und Pflanzen eingehen. Völlig unklar sind die Folgen für die Menschen...

Die Bevölkerung der betroffenen Orte ist über das Vorgehen der Besatzertruppen sehr empört, die jetzt anscheinend die Oberpfalz auch noch zum Testgelände für ihre chemischen Kampfstoffe machen wollen.

Krupp, Thyssen, Siemens...

Sie rüsten für einen neuen Raubkrieg

Es geschah vor 39 Jahren. Am 1. September 1939 überfielen Hitlers Truppen das polnische Volk. Der zweite Weltkrieg, der größte Völkermord aller Zeiten, begann. Nur mit Grauen denken diejenigen, die ihn erlebt haben, daran zurück.

Heute, fast drei Jahrzehnte, nachdem die Völker, unter der Führung der Sowjetunion Stalins zum Gegenangriff gegen die faschistischen Kriegstreiber übergingen und den Sieg über sie errangen, ist der zweite Weltkrieg ein Stück Geschichte geworden. Die jüngere Generation kennt ihn nur noch aus Erzählungen, aus Geschichtsbüchern.

Aber der Friede, in dem sie aufwachsen, ist nicht sicher. In anderen Teilen der Welt tobten und toben in dieser „Friedenszeit" ununterbrochen Kriege, angezettelt und geschürt von den beiden größten Kriegstreibern der Geschichte, den US-Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten, die auf dem Rücken der Völker um die Vorherrschaft in der Welt kämpfen. Und die westdeutschen Imperialisten?

Sie reden von Frieden und Entspannung. Aber sie haben einen Militärapparat aufgebaut, der mächtiger ist, als es die Kriegsmaschine Hitlers jemals war. Sie sind als zweitstärkste Macht des aggressiven NATO-Paktes heute wieder zu gefährlichen Feinden der Völker geworden. Deshalb darf der 1. September, der Rote Antikriegstag, für uns kein bloßer Gedenktag sein. Er muß ein Kampftag sein. Und unsere Losung ist die, unter der die Proletarier aller Länder den Kampf führen: „Krieg dem imperialistischen Krieg!"

Apels „doppelte Buchführung"

Heute hat ihre immer weiter vorangetriebene Aufrüstung schon einen solchen Umfang erlangt, daß auf jeden Einwohner der Bundesrepublik, ganz gleich, ob Kind, Erwachsener oder Greis, 900 Mark Militärausgaben pro Jahr entfallen. Das ist — nach den USA — die höchste Zahl im westlichen Kriegsbündnis. Zahllos sind die Versuche des Bonner Staates, das wahre Ausmaß dieser Rüstung vor den Werktätigen zu verheimlichen. Da wird zum Beispiel seit eh und je mit einer Art „doppelter Buchführung" gearbeitet. Nehmen wir einmal den Haushalt für das kommende Jahr. Dort sind in den vorliegenden Entwürfen 36,1 Milliarden Mark unter dem Haushaltsposten „Verteidigung" aufgeführt.

Tatsächlich jedoch sind auch in den anderen Posten noch gewaltige Militärausgaben versteckt. So hinter dem unverfänglich klingenden Titel „Allgemeine Finanzverwaltung" die Personalverstärkungsmittel für die Bundeswehr und die Leistungen für die Besatzertruppen. So im Etat des Forschungsministeriums die Kosten für die Militärforschung, im Haushalt des Bundeskanzleramts die Ausgaben für den Bundesnachrichtendienst usw. usf. Gegenüber der NATO geben die Bonner Herren übrigens die gesamte Summe der Militärausgaben an. Sie belief sich im vergangenen Haushaltsjahr auf etwa 54 Milliarden Mark und wird im nächsten bis auf ca. 60 Milliarden hochklettern.

Das größte Geschäft aller Zeiten

Ein großer Teil dieser gewaltigen Summe von 60 Milliarden wird in die Beschaffung neuer Waffensysteme fließen. „Das größte Geschäft aller Zeiten" — so nannte das Unternehmer-Blatt „Wirtschaftswoche" die noch von Leber getätigten Waffenbestellungen des Bonner Kriegsministeriums aus den Jahren 1976/77 im Wert von insgesamt 100 Milliarden Mark. Mit der Beschaffung dieser Waffen ist schon begonnen worden, bis Mitte der 80er Jahre soll sie abgeschlossen sein. (Um dann wieder neuen Systemen Platz zu machen. So wird etwa jetzt schon am Kampfpanzer Leopard 3 gebaut, obwohl sein Vorläufer — Leopard 2 — noch gar nicht in Serie gegangen ist.)

Im folgenden ein Überblick über die wichtigsten Systeme aus dem laufenden Beschaffungsprogramm. Sie werden alle von westdeutschen Konzernen bzw. in europäischer Koproduktion unter maßgeblicher westdeutscher Beteiligung gefertigt.

322 Kampfflugzeuge „Tornado"	**mindestens**	**15,0**	**Milliarden DM**
1.800 Kampfpanzer „Leopard 2"	**"**	**6,5**	**Milliarden DM**
432 Flakpanzer Gepard	**"**	**2,86**	**Milliarden DM**
6 Mehrzweckfregatten	**"**	**2,3**	**Milliarden DM**
140 Flugabwehr-Raketensysteme „Roland"	**"**	**2,3**	**Milliarden DM**
175 Kampfflugzeuge „Alpha Jet"	**"**	**3,8**	**Milliarden DM**
115.000 Fahrzeuge (LKW-Folgegeneration)	**über**	**7**	**Milliarden DM**

Beispiele für Einzelpreise: ein „Tornado" = 50 Mio DM, ein „Gepard" = 6 Mio DM

Die gewaltigen Summen, die dieses „größte Geschäft aller Zeiten" umschließt, sind neue drückende Lasten, die den Werktätigen aufgebürdet werden. Denn aus unseren Steuergeldern wird dieses Geschäft ja finanziert. Und wer verdient daran? Schaut man sich die Waffenschmieden in der Bundesrepublik näher an, so entdeckt man die alten, bekannten Namen. Die Namen derjenigen, die schon die Armeen Hitlers und des Kaisers ausgerüstet haben, die zu Sinnbildern des aggressiven deutschen Imperialismus, für Kriegstreiberei und Völkermord geworden sind.

So ist **Flick** durch die Tochtergesellschaft Krauss-Maffei an der Panzerproduktion und über die Dynamit Nobel an der Munitionsproduktion beteiligt.

Krupps Tochtergesellschaft MaK fertigt ebenfalls Panzer, bei der Werft AG Weser laufen Kriegsschiffe vom Stapel.

Thyssen ist über die Thyssen-Industrie AG auch im Panzergeschäft und mit drei Werften (Thyssen Nordseewerke Emden, Blohm & Voss, Bremer Vulkan) an der Kriegsschiffproduktion beteiligt.

Siemens hält eine Beteiligung am Rüstungskonzern MBB (Kampfflugzeuge) und produziert im großen Umfang Elektronik für Kriegswaffen.

Röchlings Tochtergesellschaft Rheinmetall stellt Kanonen, Munition usw. her.

Natürlich kann diese knappe Aufstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Am Rüstungsgeschäft beteiligt sind nahezu alle großen westdeutschen Monopolgesellschaften. Ob es die Elektro-Riesen Siemens und AEG sind, die immerhin einen Rüstungsanteil an der Produktion von 10 Prozent haben, oder die Chemie-Giganten BASF, Hoechst und Bayer, die auch Giftgas-Produzenten sind, oder die Auto-Konzerne wie Daimler und VW, von deren Bändern auch Militärfahrzeuge laufen. Sie alle sind am Geschäft mit dem Tod beteiligt wie in alten Zeiten.

Die „Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr" zu pflegen, das bezeichnete Ernst Wolf Mommsen stets als sein wichtigstes Anliegen. In seiner Person zeigt sich besonders deutlich die Verschmelzung zwischen den Chefetagen der Rüstungskonzerne und den Spitzen des Staates, ganz gleich, ob Weimar, Hitler-Regime oder Bonn. Vor dem Beginn der faschistischen Diktatur war Mommsen Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Als Hitler im Auftrag und im Interesse der deutschen Imperialisten begann, den Raubkrieg vorzubereiten, wechselte Mommsen in das Reichsministerium für Rüstung hinüber, wo er die hohe Funktion eines Hauptabteilungsleiters übernahm.

Der Waffenhändler als Staatssekretär

Nach der Zerschlagung des Faschismus findet man ihn wieder an der Spitze der Monopolgesellschaften, zuerst bei Klöckner, dann bei Thyssen, wo er Generaldirektor des Röhrenwerkdes wurde. Als die Thyssen, Krupp, Flick usw. dann wieder groß in das Waffengeschäft einstiegen, ging Mommsen erneut in den Staatsapparat. Er wurde der Staatssekretär oder, wie er selbst es ausdrückte, der „Chefgehilfe meines Freundes Schmidt" (des damaligen Kriegsministers und heutigen Bundeskanzlers). Wobei das Verhältnis zwischen Chef und Gehilfen natürlich umgekehrt war.

Der Ex-Thyssen-Boss war als Staatssekretär im Bonner Kriegsministerium Beauftragter für Rüstung und Beschaffung, das heißt, er saß an entscheidender Stelle bei der Vergabe der anrollendnen Riesen-Waffenaufträge. Ende 1972 beendete Mommsen sein Gastspiel in Bonn — für das er sich übrigens nur ein symbolisches Monatsgehalt von 1 DM hatte auszahlen lassen — und kehrte in die Chefetagen der Rüstungsindustrie zurück, diesmal an die Spitze des Krupp-Konzerns.

Ein Mann von Thyssen und Krupp an entscheidender Stelle im Kriegsministerium; gab es denn keine parlamentarische Kontrolle? Doch, die existierte. Etwa in der Person des Abgeordneten Pohle, stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags. Pohle ist Gesellschafter des Flick-Konzerns. Es kann als sicher gelten, daß er dem Herrn Mommsen besonders scharf auf die Finger schaute — damit auch der Flick-Konzern seinen Anteil an dem Waffengeschäft bekam.

Die westdeutschen Waffenschmieden schicken nicht nur ihre Leute in Parlament und Regierung. Um die „Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr" noch enger zu gestalten, hält sich jeder größere Konzern mindestens einen General. Das sieht dann so aus: Gleich nach ihrer Pensionierung (was bei diesen Leuten bis zu zehn Jahren früher erfolgt als bei einem Arbeiter) wechseln die Bundeswehr-Generäle auf die Gehaltslisten der Konzerne, wo sie für nichts anderes bezahlt werden als dafür, unter Ausnutzung ihres Dienstgrades mit allen Mitteln neue Aufträge herbeizuschaffen.

Einige Beispiele: Generalleutnant Mäder und Brigadegeneral Becker sind bei Rheinmetall; Luftwaffengeneralmajor Wilcke bei Dornier; Brigadegeneral Kauffmann bei MBB; Generalmajor Müller bei Blohm & Voss; Konteradmiral Topp bei HDW; Generalmajor Hraback bei MTU usw. usf.

Aber nicht nur diese personelle Verflechtung zeigt, daß die Monopole im Kriegsministerium das Kommando führen. Das ganze System der Planung und Beschaffung ist ein deutlicher Ausdruck dafür. Zugleich zeigt sich hier, im Bereich der Rüstung, am deutlichsten, daß sich die Monopole den Staatsapparat direkt untergeordnet haben. Für die Entwicklung, Beschaffung usw. von Waffensystemen zum Beispiel sind die sogenannten „Planungsgesellschaften" verantwortlich. Ihnen wurden — wie Ministerialdirektor Günther Bode bestätigt — „Aufgaben einschließlich der Planung und des Managements übertragen, die ihrer Natur nach vom Bundesbeschaffungsamt oder den logistischen Dienststellen der Bundeswehr wahrgenommen werden sollten." Aber diese Gesellschaften sind eben keine staatlichen Einrichtungen, sondern Abteilungen der Rüstungskonzerne. In der Marinetechnik-Planungsgesellschaft (MTG) zum Beispiel sind Siemens, Krupp, SEL, Blohm & Voss, HDW usw. vertreten, in der Gesellschaft für Führungssysteme (GFS) Siemens und die AEG usw.

Die „gleitenden Preise" der Rüstungsindustrie

So sind es die großen Konzerne selbst, die sich die gigantischen Aufträge aus der Rüstung zuschanzen, die diesen gewaltigen Brocken — je nach ihrer Stärke — untereinander aufteilen. Und dabei können sie Monopolpreise verwirklichen, wie es in dieser Form in anderen Bereichen nicht möglich ist. Denn sie selbst legen diese Preise beliebig fest, und gekauft wird vom Abnehmer — dem Staat — immer. Das fängt schon bei der Entwicklung von Waffensystemen an. Das Bonner Kriegsministerium hat kaum eigene Forschungskapazitäten. So vollzieht sich die Forschung und Entwicklung neuer Waffen fast ausschließlich in den Werkstätten der Konzerne.

Und nun ist es nicht etwa so, daß die Konzerne die Kosten der Entwicklung tragen und dann das fertige Produkt an die Bundeswehr verkaufen. Nein, diese Kosten werden voll aus der Staatskasse — also von unseren Steuergeldern — bezahlt. So konnten es sich etwa die drei großen Flugzeugbauer MBB, Dornier und VFW leisten, einen Senkrechtstarter zu entwickeln, der dann gar nicht in Serie ging, sondern in Form von einigen Prototypen ins Deutsche Museum wanderte. Die Steuerzahler kostete das 1,2 Milliarden Mark. 1970 bestritt der MBB-Konzern ein Drittel seines gesamten Umsatzes aus solchen öffentlichen Entwicklungsgeldern. Bei VFW war es im gleichen Jahr sogar die Hälfte. Es ist klar, daß außer dem unmittelbaren Geschäft für die Konzerne noch ein anderer gewaltiger Vorteil in diesem System steckt: Sie können nämlich die mit Steuergeldern finanzierte Entwicklung von fortgeschrittener Technologie auch in den zivilen Bereichen ihrer Produktion anwenden — sozusagen kostenlos. Das gilt vor allem für solche Multis wie Siemens oder Thyssen.

Die Preise für die fertiggestellten Waffensysteme werden — wie gesagt — von den Rüstungskonzernen nach Belieben festgelegt. Denn wenn sie einen Auftrag bekommen, wird nicht etwa ein Festpreis vereinbart, wie das in anderen Bereichen üblich ist. Es werden vielmehr sogenannte Gleitpreise festgelegt. Und das sieht dann konkret so aus: Das Kampfflugzeug „Tornado" wurde 1968 mit einem Preis von „höchstens" 10 Millionen Mark pro Stück kalkuliert. Inzwischen jedoch ist dieser Preis schon auf 50 Millionen Mark „geglitten". Die Konzerne haben tausend Möglichkeiten, um eine solche atemberaubende Preisinflation zu rechtfertigen. Und nicht alle — vor allem die großen nicht — gehen dabei so plump vor wie der Panzer-Hersteller Luther, der einfach Lohnzettel umschreiben ließ. Denn die Aufträge werden zwar mit dem Kriegsministerium ausgehandelt. Die Kontrolle über die Preise und ihre Berechtigung liegt dann aber nicht etwa bei Spezialisten aus diesem Ministerium, sondern bei Beamten aus dem Wirtschaftsministerium, die naturgemäß von Waffensystemen nichts verstehen.

So konnte denn auch Mommsen — der **Staatssekretär** — befriedigt feststellen: „Was in die Kosten reingeht, ist nicht zu überprüfen." der **Konzern-Boss** Mommsen weiß es natürlich besser, aber schließlich ist es der Sinn dieses ganzen Systems der Waffenbeschaffung, daß eine Kontrolle oder Überprüfung gar nicht möglich gemacht werden **soll**, daß die Monopole völlig freie Hand dabei haben sollen, sich Riesenprofite aus dem Waffengeschäft anzueignen.

Ein fester Bestandteil dieses Systems ist auch die Korruption. Man denke nur an den Starfighter-Skandal. Nach Aussagen eines früheren Managers des Lockheed-Konzerns, der den Starfighter produzierte, sind Millionensummen in die Taschen des damaligen Kriegsministers Strauß bzw. seiner Partei geflossen. Ähnlich war es auch bei der Beschaffung des Schützenpanzers „Hispano Suiza" (HS 30). Als diese Waffe von Bonn für die Bundeswehr bestellt wurde, existierte noch nicht einmal ein Prototyp. Und der Panzer war erst zehn (!!) Jahre nach Vertragsabschluß einsatzbereit. Auch in diesem Fall jedoch bestreiten die an diesem Geschäft beteiligten „Volksvertreter" aus Bonn, allen voran wieder Ex-Kriegsminister Strauß, bis heute, daß Bestechungsgelder im Spiel waren.

Eine offene Form der Korruption ist jedoch auch die Tatsache, daß Bundeswehr-Generäle außer ihrer Pension noch Gelder von den Rüstungskonzernen beziehen, auch wenn man in Bonn so etwas nach amerikanischem Beispiel vornehm „Lobbyismus" nennt. Oder wie soll man zum Beispiel die Tatsache bezeichnen, daß Strauß Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH ist, die von den Rüstungskonzernen MBB und VFW betrieben wird?

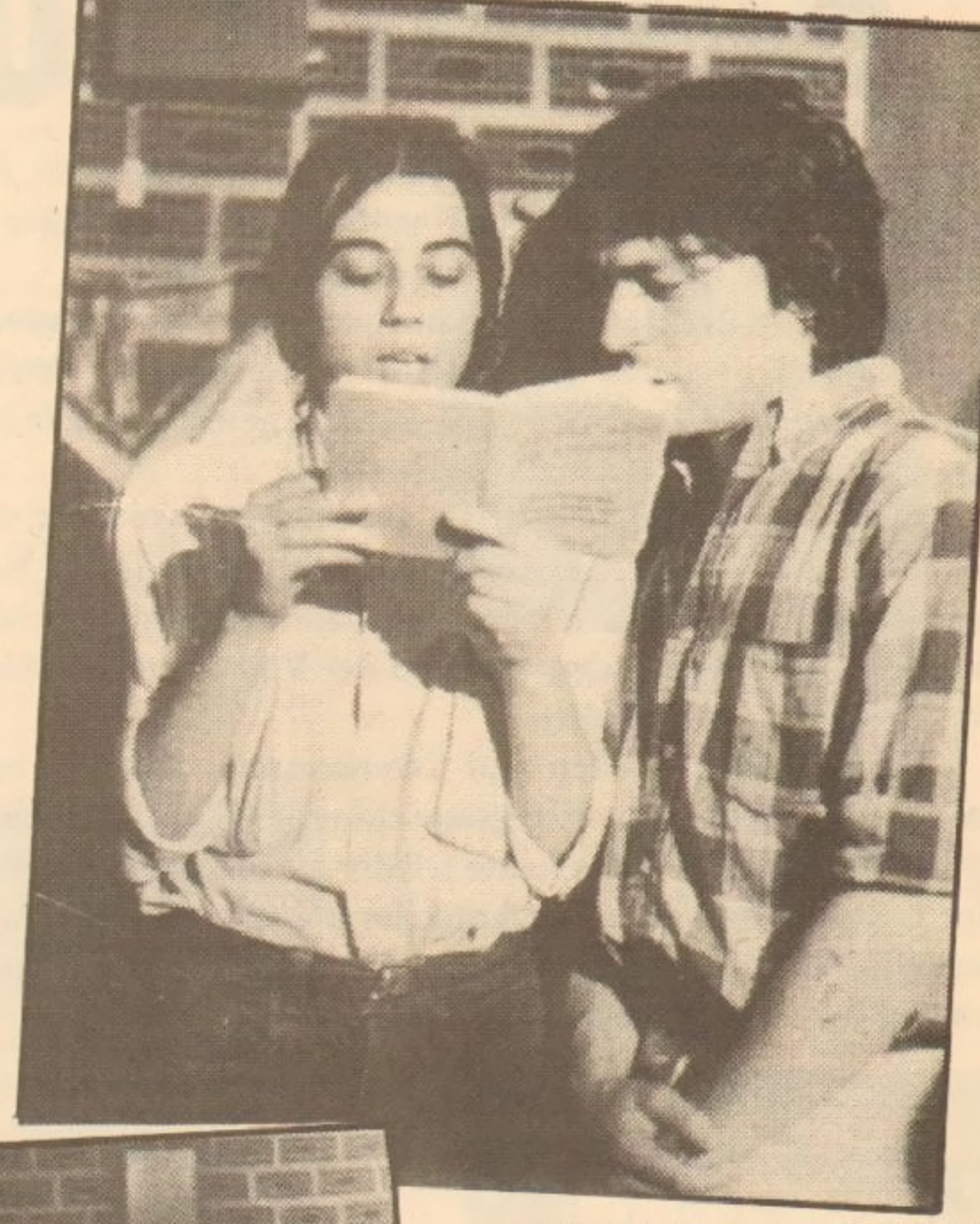
Und die gleichen Herren Minister und Parlamentarier, die sich an den Brocken, die für sie beim Rüstungsgeschäft der Monopole abfallen, gesundstoßen, die gleichen Herren jammern heute über den mangelnden Kampfgeist der in die Bundeswehr gepreßten Arbeiterjugend. So beklagte sich etwa kürzlich der Wehrbeauftragte des Bundestags, Berkhahn, bitter darüber, daß die Soldaten aus den „unteren sozialen Schichten" nicht die nötige Disziplin aufbrächten. Ja, das hätten sie gerne, die Flick, Siemens, Krupp und Thyssen: Eine Jugend, die leuchtenden Auges für sie in einen neuen Raubkrieg zieht. Aber die werktätigen Jugendlichen stehen der Bundeswehr, dem Militärapparat der westdeutschen Imperialisten ablehnend bis feindlich gegenüber. Sie wollen nicht das Kanonenfutter sein wie ihre Väter und Großväter. Diese Jugend ist ein Faktor, auf den die Kriegstreiber nicht rechnen, den sie nicht in ihre verbrecherischen Pläne einkalkulieren können.

Traditionell finden in Westberlin auf Initiative des Senats die „Berliner Sommerfestspiele" statt. Das Programm richtet sich vor allem an die Berlin-Touristen. Auch der Agitproptrupp „Roter Pfeffer" Westberlin hatte sich beteiligen wollen. Aber die Veranstalter lehnten ab. Trotzdem wurden die Tage der „Berliner Sommerfestspiele" für den „Roten Pfeffer" doch noch zu sehr aktions- und erlebnisreichen Tagen. Und das kam so. Zum ersten Mal wurde im Rahmen der „Berliner Sommerfestspiele" diesmal ein sogenanntes „Interdrama" veranstaltet. Eingeladen waren Jugendtheatergruppen aus mehreren europäischen Ländern. Mit einigen von ihnen und dem „Roten Pfeffer" entwickelte sich in zehn Tagen im Juli ein sehr interessanter Erfahrungsaustausch, der — wie sollte es bei Agitproptrupps auch anders sein — keineswegs nur am grünen Tisch, sondern auch, und sogar vor allem, beim Theaterspielen auf der Straße, im Tiergarten, auf Veranstaltungen stattfand.

„Roter Pfeffer" (Westberlin) berichtet

10 Tage im Juli...


„Was treiben die Deutschen in Afrika" — „Roter Pfeffer" auf dem Alternativen Umweltfest



„Roter Pfeffer" berichtet: Vom 15. Juli bis 25. Juli hatten wir vom „Roten Pfeffer" Gäste aus Italien, die im Rahmen der „Berliner Sommerfestspiele" in der „Interdrama" aufgetreten sind. Unsere Gäste hießen „E Zezi", „Nouva Cultura" und „Bianchi Nouvi" und kamen aus Neapel. Alle drei waren nach Berlin gekommen, um hier mit revolutionären Kulturschaffenden zusammenzutreffen und Erfahrungen auszutauschen. Dies zu organisieren, hatte der „Rote Pfeffer" übernommen.

15. Juli: Nachmittags treten wir auf dem „Alternativen Umweltfestival" auf, wo seit zwei Monaten Umweltprobleme behandelt werden. Wir singen die „Ballade von Seveso" und bringen einen Querschnitt aus unserem Programm. So die „KOB-Pantomime", das „Geldsacklied", das „Lied von der Rationalisierung", „Freifrau von Droste-Vischering", „Was treiben die Deutschen in Afrika", das alte Berliner Lied „Junge, laß dir nicht verblüffen" und enden mit „Auf Kreuzbergs grauen Straßen". Das Publikum ist aufmerksam. Einige halten sogar die Kulissen bei der Pantomime für uns. Besonders diese Pantomime und das Lied „Auf Kreuzbergs grauen Straßen" werden begeistert aufgenommen. Nach der Aufführung kommen einige. Fragen nach unseren Texten, wir führen kurze Diskussionen.

Hier lernen wir auch zwei Pantomimen kennen. „Schmetterlinge", „Jahrmarkt" und „KZ" heißen ihre Stücke. Es ist die erste antifaschistische Pantomime, die wir sehen. Nach dem Auftritt sprechen wir mit ihnen. Da die Zeit drängt — wir müssen nach Kreuzberg, wo wir auf dem Pressefest des „Roten Rebell" auftreten sollen — fragen wir sie kurzerhand, ob sie nicht mitkommen und auch dort auftreten wollen. Und sie kommen mit.

Inzwischen sind auch einige italienische Gäste eingetroffen. Gerade noch rechtzeitig zu ihrem Auftritt in der Akademie der Künste im Rahmen des „Interdrama". Einige von uns waren hingegangen, um sie dort zu begrüßen. Sie werden auf die Bühne gebeten und singen das „Solidaritätslied".

16. Juli: In Neukölln ist heute ein Stadtteilfest. Gemeinsam mit unseren Gästen gehen wir hin und treten auf. Vor allem die Kostüme, zum Beispiel ein Adliger, der geköpft wird, Pferde und Clowns ziehen die Menschen an. Und schließlich ziehen dann mit „Avanti Populo", „Bandiera Rossa", Trommelschlägen und Blechtellergeklapper bis zu 300 Menschen durch die Straßen Neuköllns. Alle haben ihren Spaß, lachen und machen mit. Nach einem gemeinsamen Abendessen mit unseren Gästen geht es dann singend bis in den Morgen...

18. Juli: An diesem Tag haben wir eine Veranstaltung in einer Kreuzberger Kneipe organisiert. Die italienischen Gäste und wir singen Lieder. Ein Film wird gezeigt. Engliche Musiker von der Gruppe „Banner Theater" tragen Lieder aus Britannien, Irland und Südafrika vor. Ein indischer Gast berichtet über den Kampf in Indien. Es herrscht eine internationalistische, kämpferische Stimmung.

1·. Juli: Für heute ist ein Erfahrungsaustausch geplant, zu dem wir auch andere fortschrittliche Kulturschaffende, wie die „Rotkehlchen", eine Fotogruppe und andere, eingeladen haben. Jede Gruppe berichtet über ihre Arbeit und ihre Probleme. Fast fünf Stunden lang wird diskutiert. Einig sind wir uns darin: Nur wenn wir dort, in dem Ort, in der Stadt, wo wir leben und arbeiten, als revolutionäre Kulturschaffende wirken, können wir uns mit den Massen verbinden.

20.-21. Juli: An zwei Abenden stellen sich die Gruppen mit Liedern, Filmen und Dias vor. Kleine Theaterstücke werden vorgeführt. Die Genossen der Roten Garde, in deren Räumen wir sind, sorgen für unser leibliches Wohl und unterstützen uns nach Kräften. Dafür bedanken wir uns noch einmal recht herzlich.



22. Juli: Heute treten die italienischen Gäste zum Abschluß der „Interdrama" noch einmal in der Akademie der Künste auf. Wir konnten ebenfalls auftreten, sangen das „Deutschlandlied" und „Auf Kreuzbergs grauen Straßen". Das „Banner Theatre" brachte Lieder aus dem Kampf der englischen Arbeiterklasse. Zusammen sangen wir das „Solidaritätslied". „Bandiera Rossa" und die „Internationale". Es wurde eine Resolution gegen die zunehmende Faschisierung in der Bundesrepublik vorgetragen und mit Beifall begrüßt. Wir haben diese Resolution, mit einem kurzem Zusatz über die „Interdrama" versehen, inzwischen an zahlreiche Zeitungen geschickt. Aber keine einzige hat sie bisher abgedruckt. Mit einem Umzug nach „italienischer Art" zogen wir dann durch die Akademie und beendeten den Abend so am anderen Morgen gegen 1 Uhr.

23. Juli: Wir treten noch einmal zusammen mit den italienischen Genossen im Tiergarten auf. Anschließend gesammelt: 205 DM kommen für die politische Gefangenen zusammen. Anschließend brachten wir die ersten Genossen zum Zug. Die anderen verabschiedeten wir am nächsten Tag.

An diese zehn Tage im Juli werden wir sicher noch lange zurückdenken. Sie waren anstrengend, erlebnisreich, lehrreich — kurz: dufte!

Bilder — oben: **Die Gäste singen mit (20.7.)**; links: **Gemeinsame Lieder (21.7.)**; unten: **Auftritt im Tiergarten** und **Sammlung für die politischen Gefangenen (23.7.).**




Pantomime auf dem Pressefest (15.7)



Resolution

Insgesamt elf Gruppen unterzeichneten die folgende Resolution, die auch vom „Roten Pfeffer" unterstützt wird:

Als an INTERDRAMA 78 beteiligte Kulturgruppen verurteilen wir die Unterdrükkung und die politischen Verfolgungen in der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlin, die gegenüber den Volksmassen angewendet werden. Zum Beispiel • das Strafrechtsänderungsgesetz §88a, §130a • den gezielten Todesschuß • das Kontaktsperregesetz.

Wir verurteilen • das Verbot kommunistischer und revolutionärer Zeitungen • die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB, den Ausschluß von Arbeitern und Werktätigen, die sich gegen das kapitalistische System aussprechen • die Entlassungen von kämpferischen Arbeitern und Werktätigen aus Betrieben und Institutionen • daß Minister in Amt und Würden sind, die unter dem Nazi-Regime verantwortlich waren für Todesurteile an Antifaschisten • die Unterdrückung gegenüber Künstlern, Wissenschaftlern und demokratischen Kulturschaffenden.

In der wachsenden Faschisierung des Staates, was eine Einschränkung der demokratischen Freiheiten, Ausdrucksfreiheit, Informationsfreiheit und Organisationsfreiheit zur Folge haben, sehen wir eine gefährliche Tendenz, der offenen Reaktion Tür und Tor zu öffnen.

Als Künstler und konsequente demokratische Kulturgruppen solidarisieren wir uns mit den Werktätigen, den Demokraten und den Revolutionären, die unterdrückt werden.

Wir betonen unseren Kampfwillen für eine wahrhaft antifaschistische Kultur.

Am 8. September 1943 wurde Julius Fucik von den Nazi-Henkern ermordet

„Wir Kommunisten lieben unser Volk"

Als am 9. Juni 1943 Julius Fučik die Worte schrieb „Menschen, ich hatte euch lieb. Seid wachsam", wußte er genau, daß er bald von den faschistischen Henkern ermordet werden wird. Die obengenannten Worte sind der Schluß seines Buches „Reportage, unter dem Strang geschrieben", in dem er seinen Lebensabschnitt und seine Erfahrungen und Erlebnisse während der Gestapohaft niederschrieb. So wie er als Kommunist gegenüber den faschistischen Schergen schwieg, Folter und Tod hinnahm, so entlarvte er den Faschismus, munterte er sein Volk auf zu kämpfen und die Sowjetunion Lenins und Stalins als Beispiel zu nehmen.

Durch einen Aufseher gelang es, seine Reportage Zettel für Zettel, teilweise auf Zigarettenpapier notiert, aus dem Gefängnis zu schmuggeln und in Sicherheit zu bringen. Sein Buch war eine Anleitung zum Handeln für diejenigen, die bereits kämpften und für die neuen Kämpfer, die aufstanden. Es wurde in 48 Sprachen übersetzt, und es wird unsterbliches Gut militanter, antifaschistischer Literatur bleiben.

Fučik wurde am 23. Februar 1903 in Smichow (Tschechoslowakei) geboren als Sohn eines Arbeiters und einer Schneiderin. Von Kind an lernte er die Sorgen und Nöte der Menschen seiner Klasse kennen. Gleichzeitig lernte er aber auch, nicht zuletzt durch seine Eltern, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen eine eigene Kultur haben, daß es galt, aus dem gesunden Volksgut zu schöpfen.

Um seinen Eltern, Freunden und Kameraden in der Zeit der ersten Weltkrieges eine Freude zu machen, begann er selbst, kleine Zeitschriften in Schulheften zu verfassen. Typisch war, daß er in dieser Zeit von Not und Elend humoristische Zeitschriften machte. Aber geprägt waren bereits damals seine kleinen Werken nicht von Hoffnungslosigkeit, sondern sie sollten dazu helfen, Hindernisse zu überwinden.

Der Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wirkte sich auch auf die Skoda-Arbeiter in Pilsen aus, wo Fučik mit seinen Eltern hingezogen war. So nahm Julius Fučik im Jahre 1917 das erste Mal an einer illegalen Demonstration am 1. Mai teil, ja er überzeugte sogar einen Teil seiner Schulkameraden, auch an der Demonstration teilzunehmen.

Julius Fučik stand bereits als Schüler fest an der Seite der Unterdrückten und der Ausgebeuteten. Anläßlich eines Generalstreiks schrieb er — als Fünfzehnjähriger — in sein Tagebuch:

Oben

„Was macht der Pöbel für Geschrei da unten?"
„Im Land sei Hungersnot..."
„Ein gutes Mittel ward dafür erfunden: Gefängnis oder Tod!"

Unten

„Ihr hohen Herren, da habt ihr Recht,
Doch auch wir lachen gern;
Und uns, dem Volk, geht's nicht mehr schlecht,
Hängt ihr erst, hohe Herrn!"

Fučik wurde Mitglied der Kommunistischen Partei und bald einer ihrer profiliertesten und scharfsinnigsten Journalisten. Er schrieb sowohl für das Zentralorgan als auch für andere Zeitschriften, die von der Partei rausgegeben wurden. Seine Liebe galt vor allen Dingen der Literatur- und Theaterkritik.

Als ihm von der reatkionären Regierung verboten wurden, in die Sowjetunion zu fahren, reiste er illegal über Deutschland auf Umwegen samt einer Delegation des Jugendverbandes trotzdem dorthin. Nach seiner Rückkehr konnte er den Arbeitern und Werktägigen von den großartigen Leistungen des Sowjetvolkes und der Sowjetunion Lenins und Stalins berichten. Als er dann auf einer der ersten Versammlungen die antisowjetischen Lügen und Verleumdungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter entlarvte, wurde er verhaftet. Bald danach zum Militär eingezogen, verlegte man ihn von einer Einheit zur anderen, da die Bourgeoisie Angst vor seiner kommunistischen, antimilitaristischen Propaganda hatte, ja, es wurde ihm sogar offiziell verboten, mit seinen Kameraden zu sprechen.

1934 wurde Fučik als Reporter der „Rude prävo" (Zentralorgan der KPC) und anderer Zeitungen in die Sowjetunion geschickt, von wo er mit flammendem Herzen vom sozialistischen Aufbau, von den neuen Menschen, von der neuen Kultur berichtete. Als er 1936 in die Tschechoslowakei zurückkehrte, mußte er halb-legal leben, da noch immer ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Er setzte aber alles daran, die Machenschaften und die kapitulantenhafte Haltung der bürgerlichen tschechoslowakischen Regierung zu entlarven, die sich dem Druck und dem Diktat Hitlers und der Westmächte beugte und bereit war, das Sudetenland an das Deutsche Reich abzutreten. Dagegen organisierte er, Fučik, den Kampf.

Als 1939 die Tschechoslowakei von den Hitlertruppen besetzt wurde, war er gezwungen, völlig illegal zu arbeiten. Von da an galt sein ganzer Haß den deutschen Okkupanten und ihren einheimischen Lakaien. Er schrieb zahlreiche Flugblätter und Aufrufe an das tschechoslowakische Volk, die zu Abertausenden in den Fabriken, in den Städten und auf dem Lande verbreitet wurden. In dieser Zeit veröffentlichte er auch illegale Abdrucke der Verfassung der UdSSR und der Geschichte der KPdSU(B).

Durch einen Zufall wurde Fučik am 24. April 1942 verhaftet und blieb im berüchtigten Gestapo-Gefängnis Pankrač bis zum Frühjahr 1943. Der Gestapo gelang es nicht, ein Wort aus ihm herauszupressen. Sie wußten, daß Fučik dem illegalen Zentralkomitee der Partei angehörte. Als er seine Frau im Gefängnis kurz sprach, sagte er ihr: „Ich weiß, daß ich sterben werde. Es wäre ein Wunder, wenn ich entkäme, und Wunder geschehen nicht. Aber glaub mir, ich denke überhaupt nicht an den Tod."

Fučik war von der gerechten Sache überzeugt und hatte Vertrauen in die Tausende und Tausende von Unbekannten Patrioten und Kommunisten, die gegen die faschistischen Okkupanten kämpften für eine bessere Zukunft.

Er wurde im Sommer 1943 in das faschistische Gefängnis Berlin-Plötzensee gebracht, und als er am 8. September von den SS-Männern zur Hinrichtung geführt wurde, sang er die Internationale und die Gefangenen des Blocks 3 in Plötzensee stimmten das internationale Kampflied der Arbeiterklasse mit ein.

Julius Fučik und die zahlreichen bekannten und unbekannten tschechoslowakischen Kommunisten und Patrioten ließen aber nicht ihr Leben, damit nach der Diktatur des Proletariats, die nach der Befreiung in der Tschechoslowakei errichtet wurde, Revisionisten wie Dubček oder Husak oder der sozialimperialistische Militärstiefel das Volk wieder nach faschistischer Art unterdrücken. Mehr als zuvor muß es Aufgabe der Marxisten-Leninisten und der aufrechten Patrioten in der Tschechoslowakei sein, das Erbe Julius Fučiks hochzuhalten und zu verteidigen.

„Wir Kommunisten", so sagte Fučik, **„lieben das Leben. Und deshalb zögern wir nicht, das eigene Leben jederzeit einzusetzen, um den Weg zu bahnen für ein wahres, freies, volles und fröhliches Leben. Wir Kommunisten lieben unser Volk. Wir lieben es mit aufrichtiger Sohnesliebe. Deshalb schonen wir unsere Kräfte nicht und scheuen keine Opfer im Kampf um die völlige Befreiung unserer Nation, damit sie als gleiche unter gleichen frei unter den freien Völkern der Welt lebe."**

Werke von Julius Fučik in deutscher Sprache:

„Reportage unter dem Strang geschrieben", edition Suhrkamp, Frankfurt
„Wir lieben unser Volk", Dietz-Verlag, Ostberlin
„Literarische Kritiken, Polemiken und Studien", Dietz-Verlag, Ostberlin
(Zu beziehen über die auf Seite 16 angegebenen Buchläden.)

Aus: „Reportage, unter dem Strang geschrieben"

22. Mai 1943. Abgeschlossen und unterschrieben. Seit gestern bin ich beim Untersuchungsrichter fertig. Es ist rascher gegangen, als ich vermutet hatte. Allem Anschein nach haben sie es eilig. Mitangeklagt sind Lída Plachá und Mirek. Seine Feigheit hat ihm nichts genutzt.

Beim Untersuchungsrichter ging es korrekt und kühl zu, es hätte einen frösteln können. Bei der Gestapo war noch ein Stück Leben gewesen, ein schreckliches, aber immerhin ein Stück Leben: Leidenschaft, die Leidenschaft der Kämpfer auf der einen Seite und die Leidenschaft der Jäger, Raubtiere oder ganz gewöhnlichen Räuber auf der anderen Seite. Einige von der anderen Seite hatten sogar etwas wie eine Überzeugung gehabt. Hier, beim Untersuchungsrichter, war nur noch Amt. Große Kolatschen mit Hakenkreuz auf den Aufschlägen plakatierten eine Überzeugung, die es nicht gab. Sie waren der Schild, hinter dem sich der kleine Beamte versteckte, um die Zeit zu überleben. Den Angeklagten gegenüber war er weder schlecht noch gut. Er lachte nicht, er blickte auch nicht finster drein. Er amtierte. Kein Blut, nur dünne Suppe.

Man hatte protokolliert, unterschrieben und in Paragraphen eingeordnet: ungefähr sechsmal Hochverrat, Anschläge gegen das Reich, Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes und was weiß ich noch. Jeder einzelne Anklagepunkt für sich reichte aus.

Dreizehn Monate rang ich hier um die Leben anderer und um mein eigenes. Mit Mut und List. Sie hatten „nordische List" in ihrem Programm. Ich glaube, darin kannte ich mich auch aus. Ich verliere nur, weil sie obendrein das Beil in der Hand haben.

Dieser Kampf also ist zu Ende. Jetzt hebt das Warten an. Zwei, drei Wochen bis zur Anklageerhebung, danach die Fahrt ins Reich und das Warten auf Verhandlung und Urteil, und zum Schluß 100 Tage Warten auf die Hinrichtung. Das ist die Perspektive. Also vielleicht vier, vielleicht fünf Monate noch. Während dieser Zeit kann sich vieles ändern. Während dieser Zeit kann sich alles ändern. Möglicherweise. Ich vermag es von hier aus nicht zu beurteilen. Ein schnellerer Gang der Ereignisse draußen kann unser Ende aber auch beschleunigen. So pflegt sich alles auszugleichen.

Es ist ein Wettlauf zwischen Hoffnung und Krieg. Ein Wettlauf zwischen Tod und Tod. Welcher würde früher kommen: der Tod des Faschismus oder mein Tod? Ist dies nur meine Frage? Nein, so fragen Zehntausende Häftlinge, so fragen Millionen von Soldaten, so fragen viele Millionen von Menschen in ganz Europa und in der ganzen Welt. Der eine hat mehr, der andere weniger Hoffnung. Aber das ist nur scheinbar so. Die Schrecken, mit denen der verfallene Kapitalismus die Welt überzogen hat, bedrohen jeden einzelnen in höchstem Maß. Hunderttausende Menschen — und was für Menschen! — werden noch fallen, bevor sich die Überlebenden werden sagen können: Ich habe den Faschismus überlebt.

Es entscheiden nur noch Monate, und bald werden nur noch Tage entscheiden. Aber gerade sie werden die grausamsten sein. Immer habe ich gedacht, wie traurig es ist, der letzte Soldat zu sein, den in der letzten Sekunde des Krieges die letzte Kugel trifft. Aber einer muß dieser letzte sein. Wüßte ich, daß ich es sein darf, ginge ich auf der Stelle.

Helden des Volkes



Max Reichpietsch
hingerichtet am 5.9.1917



Albin Köbis
hingerichtet am 5. 9. 1917

Frühjahr 1917. Schon dreieinhalb Jahre tobt das Gemetzel des ersten imperialistischen Weltkriegs. Ströme von Blut sind geflossen. Unter den Soldaten aller Länder wächst die Sehnsucht nach Frieden. Auch auf den Schiffen der deutschen Kriegsflotte. Hier ist der chauvinistische Taumel, mit dem Kaiser Wilhelm II. die werktätigen Massen für seinen Raubkrieg zu gewinnen versucht, schon kurz nach Kriegsbeginn schnell wieder verflogen. Der Klassenwiderspruch tritt an Bord schnell wieder zu Tage. Besonders nach dem „Steckrüben-Winter" 1916/17. Während die Mannschaften vertrocknete Steckrüben und verschimmeltes Brot als Verpflegung bekommen, feiert die arrogante Offiziersschicht Freßorgien, als wären sie im tiefsten Frieden.

Als 1917 die Mannschaft des kleinen Kreuzers „Nürnberg" eine Erhöhung der Brotration fordert, erklärt ihr erster Offizier: „Heute haben verschiedene Leute um mehr Brot gebeten. Das gibt es nicht, da müssen sie eben hungern. Sollte einer von ihnen dabei eingehen, so bin ich gern bereit, ihn mit allen Kriegsehren beerdigen zu lassen."

Das ist die Arroganz der kaiserlichen Offiziere. Zunächst gehen die Matrosen nur mit Beschwerden dagegen an. Aber das Echo der russischen Revolution und die heldenhafte revolutionäre Propaganda der Spartakus-Gruppe unter Führung Karl Liebknechts, die der Kaiser hinter Kerkermauern zu ersticken versucht, erreichen dennoch jeden Schützengraben, jedes Schiff. Die Matrosen beginnen, Gruppen zu bilden, in denen die Frage der Beendigung des Krieges diskutiert wird und sozialistische Literatur gelesen wird. Bald nehmen die Gruppen Verbindung untereinander auf und bilden eine Zentrale Leitung. Ihr herausragender Führer ist Max Reichpietsch, Matrose auf dem Flaggschiff „Friedrich der Große". In ihm brennt der Wunsch, den Krieg mit Gewalt zu beenden und mit dem ganzen System abzurechnen, das ihn hervorgebracht hat. Er weiß, daß dazu die Matrosen politisch organisiert werden müssen. Auf eigene Faust nimmt er diese Aufgabe, unter den Bedingungen der Illegalität, in Angriff. Während eines Fronturlaubs nimmt er in Berlin Kontakt mit der Führung der USPD auf. Die USPD-Führer sind zwar entzückt darüber, wie sehr sich die Matrosen für ihre Partei interessieren, aber außer Literatur und einigen Aufnahmeformularen geben sie ihm nur schöne Worte mit auf den Weg. Mehrfach warnen sie vor „putschistischen Aktionen".

Zurückgekehrt, deutet Reichpietsch die Unterredungen auf seine, auf revolutionäre Weise. Er berichtet begeistert, die Führer der USPD hätten ihre Unterstützung für ihre Pläne zugesagt. Massenweise treten die Matrosen der USPD bei. Im Kampf gegen die schlechte Versorgung erzwingen sie die Einrichtung von Menage-Kommissionen, indem sie auf hoher See drohen, die Feuer in den Kesseln zu löschen. In einem Rundschreiben an alle revolutionären Schiffsgruppen fordert Reichpietsch: „Wir müssen den Leuten klarmachen, daß die Menagekommissionen der erste Schritt zur Bildung von Matrosenräten nach russischem Muster sind." Erneut muß darum gekämpft werden, daß die Menagekommissionen nicht eingesetzt, sondern gewählt werden. In diesen Kämpfen hat es Reichpietsch verstanden, ein revolutionäres Vertrauensmännersystem zu schaffen und Heizer und Matrosen zusammenzuschließen. Seine verläßlichste Stütze ist dabei Albin Köbis, Matrose auf der „Prinzregent Luitpold", der auch der Zentralen Matrosenleitung angehört. Diese Leitung bereitet bald, auf Initiative von Reichpietsch, eine politische Aktion der Flotte vor. Der Regierung soll ein Friedensprogramm der Matrosen unterbreitet werden. Wenn sie nicht darauf eingeht, soll ein allgemeiner Flottenstreik durchgeführt werden. Dieser Plan bedeutet: Offener Aufruhr gegen die Regierung!

Am 1. August ordnet der erste Offizier auf der „Prinzregent Luitpold" einen militärischen Ausmarsch während der Freiwache an. Auf den Protest der Heizer hin werden Verhaftungen vorgenommen. Daraufhin gehen 400 Heizer in geschlossenem Zug von Bord. Sie halten eine Versammlung ab, auf der Köbis spricht. Als sie an Bord zurückkehren, wird Befehl gegeben, sofort auszulaufen. Köbis schickt eine geheime Mitteilung an die Zentrale Matrosenleitung: „Fahren aus, wenn in drei Tagen keine Nachricht, dann los!" Auf allen Schiffen werden die Vorbereitungen zum Kampf getroffen. Doch in diesem Moment setzen auf den in Kiel und Wilhelmshaven liegenden Schiffen Massenverhaftungen ein. Die Behörden sind durch Spitzel und Provokateure unterrichtet worden.

Vor einem Militärgericht werden mit den übelsten Mitteln der Geständniserpressung und Falschaussagen fünf Matrosen zum Tode und die anderen zu insgesamt 400 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als drei der zum Tode Verurteilten begnadigt werden, bleiben nur noch Max Reichpietsch und Albin Köbis übrig. Bis nach Köln muß man die beiden schleppen, bevor man Soldaten findet, die bereit sind, die Exekution vorzunehmen. Und auch ihnen hat man verschwiegen, wen sie da erschießen.

Niemand hat diese beiden deutschen Revolutionäre besser gewürdigt als Lenin: „Die revolutionären Matrosen der deutschen Flotte, die von vornherein wußten, daß ihr Versuch zum Scheitern verurteilt war, gingen heldenmütig in den sicheren Tod, nur um durch ihren Tod den im Volk noch schlummernden Geist des Aufruhrs zu wecken."

Ein abscheuliches Nachspiel hatte der Flottenaufstand noch. Als ein erzreaktionärer Abgeordneter des Deutschen Reichstags die Bestrafung der USPD-Führer als Hintermänner des Aufstandes fordert, distanziert sich ihr Führer Dittmann von dem Kampf der Matrosen. Allein der Spartakusbund, aus dem 1918/19 die KPD hervorgeht, ruft in einem illegalen Flugblatt im September 1917 die Arbeiter auf, dem Beispiel der revolutionären Matrosen zu folgen. Der Heldentod von Max Reichpietsch und Albin Köbis war nicht umsonst. Über ein Jahr später, am 5. November 1918, hißten revolutionäre Matrosen in Kiel die rote Fahne und gaben das Signal zur Novemberrevolution!

Kinder leben gefährlich auf unseren Straßen

Montag, 14. August. Die großen Ferien in Nordrhein-Westfalen sind zu Ende. Das bedeutet für Kinder und Eltern nicht nur die erneute Konfrontation mit dem katastrophalen Schulsystem, die erneute Angst vor Leistungsdruck und Notenterror, sondern auch die ständige Angst vor dem Verkehrstod unserer Kinder. Denn alle vier Stunden stirbt ein Kind auf Westdeutschlands Straßen. Das ist selbst für ein kapitalistisches Land ein makabrer Rekord. Eine Studie des „Forschungsbereichs Verkehrserziehung" der Universität Essen spricht von doppelt soviel Kinderunfällen wie in einem anderen Land mit vergleichbaren Verkehrsbedingungen wie zum Beispiel Frankreich. Außerdem liegt der Anteil der Kinderunfälle in bezug auf die Gesamtzahl der Unfälle „deutlich über dem Welt- und europäischen Durchschnitt" (so die Verkehrsstudie). In jeder Hinsicht, ein mörderisches Weltniveau!

In Bochum waren es 1977 allein 422 Kinder zwischen zwei und fünfzehn Jahren, die Unfälle erlitten. 84 Unfälle davon passierten auf dem Schulweg.

Wohl oder übel müssen die zuständigen Behörden auf diese völlig unhaltbaren und skandalösen Zustände reagieren. Horst Ludwig Riemer, Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen, wo jährlich fast 20.000 Kinder auf den Straßen verunglücken, vergab auch prompt einen Forschungsauftrag: Analyse der sozialen Situation der verunglückten Kinder und deren psychologische Bedingungen usw.

Die betroffenen Eltern und Kinder haben längst ohne Soziologen und Psychologen und andere Gelehrte erkannt, worauf es ankommt. In Essen-Steele beispielsweise sind auf der Lahnbeckestraße innerhalb von zehn Jahren zwölf Kinder schwer verunglückt, zwei davon tödlich, ohne daß sich die zuständigen Behörden auch nur ein bißchen darum gekümmert hätten. Als im September 1977 erneut ein Kind tödlich verletzt wurde, erreichte die Wut und Empörung der Eltern und Anwohner den Siedepunkt. Am 19. September besetzten sie die Straße und forderten die Sperrung der Straße. Ein Gelsenkirchener Gericht erklärte die Forderung für rechtswidrig, weil die Lahnbeckestraße die einzige Durchfahrt zum Divi-Warenhaus ist. Trotzdem sahen sich die zuständigen Behörden durch den öffentlichen Protest gezwungen, die Straße in eine Anliegerstraße zu verwandeln.

Die betroffenen Eltern und Kinder haben längst ohne Soziologen und Psychologen und andere Gelehrte erkannt, worauf es ankommt. In Essen-Steele beispielsweise sind auf der Lahnbeckestraße innerhalb von 10 Jahren 12 Kinder schwer verunglückt, zwei davon tödlich, ohne daß sich die zuständigen Behörden auch nur ein bißchen darum gekümmert hätten. Als im September 1977 erneut ein Kind tödlich verletzt wurde, erreichte die Wut und Empörung der Eltern und Anwohner den Siedepunkt. Am 19. September besetzten sie die Straße un forderten die Sperrung der Straße. Ein Gelsenkirchener Gericht, erklärte die Forderung für rechtswidrig, weil die Lahnbeckestraße die einzige Durchfahrt zum Divi-Warenhaus ist. Trotzdem sahen sich die zuständigen Behörden durch den öffentlichen Protest gezwungen, die Straße in eine Anliegerstraße zu verwandeln.

Ein anderes Beispiel: Auf dem unbeschrankten Bahnübergang an der Rahmstraße mußten erst zig Kinder unter den Rädern der Züge den Tod finden, bis die Stadt sich nach beharrlicher Schienenbesetzung durch die Anwohner gezwungen sah, den Übergang völlig zu schließen und eine Fußgängerbrücke zu bauen.

Als Frankfurter Kinder und Erzieher 1975 in Selbsthilfe eine Straße neben einem Kinderspielplatz blokkierten, schritt die Polizei ein und ging mit der „chemischen Keule" gegen die Kinder vor. Das also sind die wahren Maßnahmen gegen die Gefahren, die unseren Kindern auf der Straße drohen.

Eine der notwendigen Maßnahmen wäre es, genügend Kinderspielplätze einzurichten, daß die Kinder nicht mitten im Stadtverkehr spielen müssen. In Duisburg kommen beispielsweise ganze 2,1 qm Spielfläche auf ein Kind. Da die Eltern nicht bereit sind, ihre Kinder zuhause anzuketten, haben sie auch hier zur Selbsthilfe gegriffen. So haben sie einen Abbruchplatz bekommen, auf dem sie selber Spielgeräte aufbauten und selbst die Beaufsichtigung organisierten; bis jetzt hat die Stadt es nicht für nötig befunden, auch nur eine müde Mark in dieses für unsere Kinder so wichtige Projekt zu investieren.

Wenn für die Sicherheit unserer Kinder überhaupt etwas getan wird, und seien es nur die elementarsten Maßnahmen, so ist es immer das Ergebnis des mutigen Kampfes der Betroffenen. Von alleine kümmert der Staat sich einen Dreck darum. Er schickt höchstens noch seine Polizei selbst gegen Kinder vor.

Ob ein Staat menschenfeindlich ist oder nicht, kann man am besten daran ablesen, was er für seine Kinder tut. **Ein kapitalistischer Staat opfert eben auch das Wohl unserer Kinder dem einzigen Ziel, das er kennt: dem Profit.**

Was haben Sandburgen mit Berufsverboten zu tun?

Nichts. Sollte man meinen. Aber man unterschätze die Phantasie der Werbefachleute nicht. Sie haben, entsprechend gut honoriert, für eine Anzeigenserie der Bundesregierung beides unter einen Hut gebracht. Und dieser Hut heißt „deutsche Ordnungsliebe". Unglaublich? Aber wahr! Insgesamt vier Anzeigen sind es, mit denen die Bundesregierung in Illustrierten mit Massenauflage sogenannte „Vorurteile über die Deutschen" im Ausland aufgreift.

Und da wird dann bunt durcheinander gemixt: die im Ausland vielbelächelte Eigentümlichkeit mancher Deutscher, sich in Sandburgen einzumauern, mit der verhaßten Praxis der Berufsverbote; der Hang mancher deutscher Urlauber, „alles besser zu wissen" mit Schmidt-Schnauze, der sich im Feldwebelton immer wieder in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt; das großkotzige Auftreten mancher deutscher Urlauber mit der Profitsucht deutscher Kapitalisten, die ausländische Arbeiter hier in der Bundesrepublik und in deutschen Firmen in ihren Heimatländern ausbeuten u. ä.



Aus der Anzeige der Bundesregierung

Der Zweck der Übung liegt auf der Hand. Man will auf diese Weise den deutschen Auslandsurlaubern einreden, daß die ausländischen Werktätigen keinen Unterschied machen zwischen dem deutschen Volk und den deutschen Imperialisten, sondern beides in einen Topf werfen. Und man hofft, daß die deutschen Auslandsurlauber, redet man ihnen diesen Unsinn nur lange genug ein, dann auch bereit sind, die „deutsche Volksgemeinschaft" im Ausland zu propagieren und eben nicht nur ihre geliebten Sandburgen zu verteidigen, sondern auch die Praxis der Berufsverbote.

Daß in Wirklichkeit im Ausland zwar von „den Deutschen" geredet wird, die Werktätigen dabei aber sehr wohl einen Unterschied zwischen einem deutschen Arbeiter und einem deutschen Unternehmer machen, wissen natürlich auch die Bonner Politiker sehr gut. Was war denn der Ausgangspunkt für diese Anzeigenserie? Etwa die ausländische Kritik am Verhalten deutscher Urlauber? Mitnichten. Ausgangspunkt war eine Untersuchung in den USA und sieben europäischen Ländern, bei der vor allem folgende Kritik an der Bundesrepublik festgestellt wurde: die NS-Vergangenheit vieler Politiker, die Praxis der Berufsverbote, das wirtschaftliche Vormachtstreben der Bundesrepublik u. ä. m.

Interessant ist übrigens noch folgendes. Ausgerechnet zu dem meistgenannten Kritikpunkt an der Bundesrepublik, der NS-Vergangenheit vieler Politiker, vermißt man eine Anzeige in der Serie der Bundesregierung. Dazu meint der „Spiegel" (31/78): „Zu den meistgenannten Vorbehalten gegenüber den Deutschen, ihrer NS-Vergangenheit, gibt es freilich überhaupt keine Anzeige und intern nur eine merkwürdige Erklärung: Der SPD nahen Agentur und dem von ihr engagierten Zeichner Pit Flick (Honorar 100.000 Mark) sei es nicht gelungen, das Thema überzeugend ins Bild zu setzen." Kommentar überflüssig.

Nazis raus aus Weinheim!

Am Samstag und Sonntag, den 19. und 20. August, fand in Weinheim, im von der Stadt zur Verfügung gestellten Rolf-Engelbrecht-Haus, der Landeskongreß der JN (Jugendorganisation der NPD) statt. Umrahmt wurde das ganze mit einem Fackelmarsch durch die Innenstadt mit anschließender Kundgebung am 19.8. um 20 Uhr. Die Jungnazis wollten damit den NPD-Landesparteitag in der Arbeiterstadt Mannheim am 16./17.9. vorbereiten.

Volkskorrespondenz von der Bergstraße

Schon zwei Wochen vorher hatte sich an der Bergstraße eine Initiative für ein Komitee gegen Reaktion und Faschismus gegründet, die dann mit verschiedenen Weinheimer Organisationen wie der AGU (Arbeitsgruppe für Umweltfragen), der Bürgerinitiative Haganderpark der Arbeiterwohlfahrt und anderen Kontakt aufnahm. Es gelang, eine Aktionseinheit zu schließen und ein Flugblatt herauszugeben, auf das sich auch der Stadtjugendring, dem 14 Jugendorganisationen angehören, stellte.

Die Forderungen des Flugblattes waren: Keine städtischen Räume für die Neonazis in Weinheim! Kein Fackelzug und keine JN-Kundgebung! Verbot der Naziumtriebe in unserer Stadt! Nazis raus aus Weinheim! Demonstrationsfreiheit für Demokraten und Antifaschisten!

Der Stadtjugendring hatte eine Gegenkundgebung für Samstag, den 19. 8. um 18 Uhr auf dem Marktplatz angemeldet und wollte anschließend um 19 Uhr eine Saalveranstaltung durchführen. In der Woche vor der Nazi-Provokation wurde in der Weinheimer Innenstadt bzw. vor Schulen und Betrieben ca. 6.000 Flugblätter verteilt. Die Bevölkerung reagierte sehr positiv auf das Flugblatt und empörte sich vor allem gegen die Provokation durch Fackelzug und Kundgebung.

Am Samstag morgen hatten sich ca. 40 Antifaschisten zur Agitation in der Fußgängerzone versammelt. Es wurden Flugblätter verteilt und kleine Demonstrationen mit Kurzkundgebungen durchgeführt. Auch hier konnte man eine positive Resonanz in der Bevölkerung feststellen. **Auf die Kundgebung des Stadtjugendrings am Samstagabend um 18 Uhr kamen ca. 200 Antifaschisten, die dann geschlossen als Demonstrationszug zur Saalveranstaltung marschierten. Dort bildete sich dann spontan ein neuerlicher Demonstrationszug von 150 Nazigegnern, die, weil sie nicht im Saal sitzen bleiben wollten, während die Nazis ihren Fackelmarsch durchführten, zur Innenstadt zogen.** Nur unter Polizeischutz und Schmährufen konnten die Jungnazis den Ort passieren, an dem sich mittlerweile 200 Nazigegner aufgestellt hatten. Auch die Kundgebung der Faschisten unter dem Schutz von Polizeihundertschaften verlief nicht ungestört, sondern wurde immer wieder durch Zwischenrufe und Sprechchöre von Zuschauern behindert.

Die Weinheimer Antifaschisten haben damit gezeigt, daß sie sich nicht einschüchtern lassen. Weder die Drohungen der Neonazis und ihrer Schlägertrupps noch Behörden und Polizei konnten und können uns daran hindern, unser Recht auf Demonstrationsfreiheit für Demokraten und Antifaschisten wahrzunehmen.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Allestr. 49, Tel. 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.